

Bundschuh / Pichler / Walser

Wieder Österreich!

Befreiung und Wiederaufbau – Vorarlberg 1945



VORARLBERGER AUTOREN GESELLSCHAFT

Bundschuh / Pichler / Walser
Wieder Österreich!
Befreiung und Wiederaufbau — Vorarlberg 1945

Herausgegeben von der Johann-August-Malin-Gesellschaft.

Gefördert vom Land Vorarlberg.



Johann A. Malin (1902 - 1942)

Die Johann-August-Malin-Gesellschaft ist ein historischer Verein, benannt nach dem 1942 in München-Stadelheim hingerichteten Vorarlberger Widerstandskämpfer Johann August Malin. Das Ziel des Vereins ist die Erforschung und Dokumentation der regionalen Zeitgeschichte.

Werner Bundschuh / Meinrad Pichler / Harald Walser

Wieder Österreich!

Befreiung und Wiederaufbau — Vorarlberg 1945

VORARLBERGER AUTOREN GESELLSCHAFT

Titelmotiv:

Der weißen Fahne folgt die österreichische.

Bregenz, am 1. Mai 1945. Foto: Archiv der Landeshauptstadt Bregenz.

© Vorarlberger Autoren Gesellschaft, Bregenz 1995

Alle Rechte vorbehalten.

Produktion: Werner Dreier, Bregenz

Druck und Bindung: J.N. Teutsch, Bregenz

Printed in Austria

ISBN 3-900754-16-0

Inhalt

Befreiung und Wiederaufbau — Vorarlberg 1945
Vorbemerkungen (Meinrad Pichler), S. 7

Meinrad Pichler: Am Ende eines Irrwegs, S.13

Harald Walser: Vorarlbergs Startbedingungen in die
Zweite Republik, S. 39

Werner Bundschuh: Das befreite Land —
Die „Besatzungszeit“, S. 59

Abkürzungen, S. 113

Literatur, S. 114

Bildquellennachweis, S. 119

Befreiung und Wiederaufbau — Vorarlberg 1945

Vorbemerkungen

Den Anlaß für diese Broschüre gibt das Datum, ihre Notwendigkeit diktieren die aktuellen politischen Verhältnisse und den Inhalt bestimmt unsere Absicht aufzuklären.

50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 50 Jahre nach der Befreiung vom Hitler-Faschismus tun sich viele Österreicher immer noch schwer damit, die alliierten Truppen, die zwischen Ende April und Anfang Mai 1945 in Österreich einmarschierten, als Befreier anzusehen. Dies resultiert aus einer schwierigen historischen Selbstzuordnung der Österreicher bis hin zum Jahre 1938 und ihrer daraus erwachsenen ambivalenten Stellung innerhalb des nationalsozialistischen Deutschland. Denn neben der Ablehnung dieses Regimes als Fremd- und Gewalt-herrschaft gab es zumindest in den blendenden Anfangsjahren eine breitflächige Identifikation mit einzelnen Maßnahmen, mit den Siegen der Wehrmacht, mit der Person des Führers oder mit dem System als ganzem. Mit der Rekrutierung von Hunderttausenden von österreichischen Männern in die deutsche Wehrmacht wurden immer mehr Familien in das nazideutsche Freund-Feind-Schema mithineingezogen. Ein übriges taten sechs Jahre intensivster Greuelpropaganda, die auf alte Vorurteile bauen konnte und mit aktuellen Ereignissen unterlegt wurde. Auch die Soldaten, selbst wenn sie systemkritisch waren, sahen als Verursacher für die Strapazen und Entbehrungen, die ihnen abverlangt wurden, die feindlichen Armeen und weniger den großdeutschen Eroberungswahn.

Und selbst für kriegsmüde Soldaten war dieses Kriegsende zweischneidig, wenn damit die gefährvolle und ungewisse Zeit einer Gefangenschaft einherging. Zudem mußte man, ob man wollte oder nicht, zur Kenntnis nehmen, daß die übermenschlichen Anstrengungen

und Opfer eines jeden einzelnen deutschen Soldaten nicht nur vergeblich waren, sondern einer ungerechten Sache gedient hatten. Viele wollten das nicht wahrhaben und ließen sich deshalb später von unbelehrbaren Nazis mißbrauchen: in der soldatischen Traditionspflege ebenso wie in der trotzigem Beurteilung der Rolle der deutschen Wehrmacht insgesamt. Und gerade diese biographisch bedingte subjektive Sicht des Nationalsozialismus aus der Perspektive des „bloß“ Soldaten hat eine rationale Aufarbeitung dieser unmenschlichsten Epoche deutscher Geschichte fast verunmöglicht. Davon — und damit sind wir wieder im Jahre 1995 — profitieren jene, die die Ressentiments von ehemals, die deshalb noch fortwirken, weil eine wirkliche Trauerarbeit kaum stattgefunden hat, zum politischen Stimmenfang aktivieren.

Noch bis vor einigen Jahren haben sich die Altnazis zumindest auf offizieller Ebene der NS-Terminologie weitgehend enthalten, um dem antifaschistischen Grundkonsens, auf dem die Zweite Republik bisher fußte, vordergründig zu genügen. Einer jungen Gruppe um Jörg Haider blieb es vorenthalten, dieses ungeschriebene Übereinkommen zu brechen, indem in regelmäßigen Abständen Begriffe der NS-Sprache wiederbenutzt und damit diskursfähig gemacht werden. Konnte man hinter Mölzers „Umvolkung“ noch einen braunen Rülpsen vermuten, so weiß man spätestens seit Haiders „Straflagern“, daß diese Sprecher System haben. Die Voraussetzungen dafür, daß Haider sein ideologisches Outing mit Beginn der 90er Jahre für politisch opportun erachtete, wurden im Waldheim-Wahlkampf geschaffen. Hier wurden erstmals Positionen, die bisher als tabu gegolten hatten, publikationsfähig, und Haider sah, wie sehr sich die Mehrheit der sogenannten Kriegsgeneration mit einem Manne identifizierte, der zuerst seine Biografie begründet hatte und dann in seiner Tätigkeit als Wehrmachtsoffizier überhaupt nichts Unrechtes sehen konnte. Das Selbstmitleid versperrte den Blick auf das Leid derer, die zu Millionen in den eroberten Gebieten der unumschränkten Willkür und dem Terror von NS-Verwaltern und Wehrmacht ausgesetzt waren.

Wenn man nun aber von den komplizierten Verstrickungen absieht, die selbst noch 50 Jahre nach dem historischen Ereignis die subjektiven Bilder prägen, so lassen sich gerade aus der zeitlichen Distanz gewichtige objektive Tatbestände rekonstruieren: Es waren die alliierten Truppen,

die hunderttausende unschuldige Menschen aus Deutschland, Österreich und den übrigen europäischen Ländern aus ihrem Lagerlend befreit haben, es waren die Alliierten, die dem nur noch selbsterzörerischen Krieg ein Ende setzten, es waren die Alliierten, die dem Zustand der all- und gegenseitigen Bespitzelung und Verunsicherung ein Ende setzten und die glückhafte Atmosphäre schufen, „daß man wieder reden konnte“ (Eugen Leißing), und es waren schließlich die Alliierten, die die Wiedereinrichtung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse nicht nur zuließen, sondern nachdrücklich förderten. Wer also immer das nationalsozialistische Regime als Unrechts- und Gewaltherrschaft erlebt hat und das auch heute so empfindet, kann in den alliierten Truppen nur Befreier gesehen haben bzw. sehen; dies umso mehr als die Einwohner Österreichs die Unterdrückung aus eigenen Kräften abzuschütteln nicht imstande waren. Und selbst wenn das Erlebnis der Befreiung durch die anschließende Besatzung bisweilen getrübt wurde, bleibt das Faktum, daß im Mai 1945 unter Mithilfe und Duldung der Siegermächte das neue Österreich erstanden ist. Der militärische Einmarsch der alliierten Truppen war die unabdingbare Voraussetzung dafür.

Wesentlich leichter als mit dem Begriff der „Befreiung“ tut sich die volkstümliche Geschichtsbetrachtung in Österreich mit dem Schlagwort von der sogenannten „Stunde null“. Doch auch hier ist der Befund einer kritischen Geschichtsbetrachtung ein anderer.

Zweifelloso bedeutete das Ende der Nazierrschaft für Verfolgte, aber auch für die exponierten Träger des Systems einen einschneidenden biografischen Bruch, für das Gros der Bevölkerung sind aber die Kontinuitäten kennzeichnender. Wer etwa das jüngst veröffentlichte Tagebuch der damals 14jährigen Bregenzerin Anni Forster liest, kann unschwer feststellen, daß die Wende vom Mai 45 mentalitätsgeschichtlich überhaupt keinen Einschnitt darstellte. Für die meisten Vorarlberger ging das Leben in den gewohnten Bahnen weiter, nur der äußere Rahmen veränderte sich. Die materielle Knappheit war dieselbe wie in den letzten Kriegsjahren, und in einigen Gemeinden und Ämtern änderten sich nicht einmal die leitenden Funktionäre. Auch die neuen Landespolitiker waren allesamt aus der Vornaziära bekannt: Der neue Landeshauptmann Ulrich Ilg war vor 1938 Staatssekretär im Landwirtschafts-

ministerium gewesen, Wirtschaftslandesrat Eduard Ulmer Führer der Vaterländischen Front, Eugen Leißing Sekretär der ständestaatlichen Einheitsjugend. Auch die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder waren schon vor dem Verbot ihrer Partei im Jahre 1934 zumindest auf kommunaler oder gewerkschaftlicher Ebene politisch aktiv gewesen. In die provisorische Bundesregierung wurde der ehemalige Landeshauptmann Ernst Winsauer entsandt und zum neuen Arbeiterkammerpräsident der vormalige Landespartei sekretär der Sozialdemokratischen Partei Anton Linder bestellt.

Ebenso hielten sich die Veränderungen in der Justiz, in der Exekutive und in den Schulen in Grenzen. Hier wurden die diskreditiertesten Exponenten zwar abberufen, der größere Teil blieb im Dienst oder wurde zumindest bald wieder in ein solches übernommen. Nicht anders verhielt es sich mit der Wirtschaftselite. Außer einigen Bauernopfern nichts Neues; nach schlimmstenfalls einigen Wochen im Anhaltelager, dort noch dazu mit Sonderbehandlung, war alles wieder beim alten.

Die ohne Erfolg eine Nachdenkpause, Trauer und Sühne über das Gewesene und dann einen wirklichen Neubeginn forderten, waren die Widerstandskämpfer. Sie durften nun ihre gegenläufigen Ansichten zwar öffentlich dartun, gehört wurden sie kaum. Sooft sie über das Erlittene reden und zur Rede stellen wollten, störten sie den neuen Frieden. In einer Vorarlberger Gemeinde wurde ein Kommunist, der aus dem Konzentrationslager Dachau heimgekehrt war, handgreiflich aus der Gemeindestube entfernt, nachdem er geglaubt hatte, durch seine mehrjährige Haft aus politischen Gründen das Recht zur Mitsprache erworben zu haben. Die vormalig schweigende Mehrheit hatte das Sagen bereits übernommen, Querdenker waren auch jetzt nicht gefragt.

Der annähernd hundert Vorarlberger/innen, die von NS-Gerichten und in Konzentrationslagern aus politischen und rassistischen Gründen zu Tode gebracht worden waren, erinnerte man sich kaum. Im Gegenteil, ihre Angehörigen wie auch die überlebenden Opfer des Unrechtes mußten sich in teilweise erniedrigenden Verwaltungsverfahren ihre geringen Entschädigungen erstreiten, während ehemalige SS-Mitglieder die betreffenden Jahre automatisch auf ihre Pensionsversicherungszeiten angerechnet bekamen. Auch wenn die Oppositionellen mit ihrem Widerstand das Ansehen Österreichs vor der Welt gerettet und

damit die Basis für die Wiedererlangung der staatlichen Selbständigkeit gelegt hatten, dankte das Vaterland nur widerwillig. Maria Stromberger, die als Krankenschwester im KZ Auschwitz den dortigen Widerstand mitorganisiert hatte, wurde nach ihrer Rückkehr nach Bregenz nicht belohnt, sondern zusammen mit den Nazis in Brederis eingesperrt. An einen polnischen Mitkämpfer schrieb sie (nach Walser, S. 76):

„Wissen Sie, ich bin mitten unter Nazis, SS und Gestapo! Ich als ihr größter Feind! Und muß ihre Redensarten täglich anhören über die ‚Ungerechtigkeit‘, höre Klagen, was die Menschen jetzt mit ihnen tun. Dann stehen vor meinem geistigen Auge die Erlebnisse von Auschwitz! ... Das Tollste daran ist, daß ich noch still sein muß, sonst boykottieren sie mich noch.“

Ein Dornbirner, der sich 1953 für eine Bewerbung ein Leumundszeugnis ausstellen ließ, fand auf diesem den Vermerk, daß er im Jahre 1942 wegen des „Verbrechens der Fahnenflucht“ zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden sei. Mit dieser nochmaligen Diffamierung des Widerstandskämpfers legt das entlarvende Schriftstück tatsächlich Zeugnis ab: vom nicht stattgefundenen Perspektivenwechsel, von der Kontinuität in der Verwaltung und vom Umgang mit Widerstandskämpfern.

Bei näherem Hinsehen erweist sich der Neubeginn als ein Fortfahren in gewohnten Bahnen. Ausgetauscht wurden die politischen Eliten, und die unmenschlichsten Auswüchse des NS-Regimes öffentlich verurteilt. Der Rest war Schweigen, d. h. die NS-Ideologie als ganzes wurde nicht in ihrer Entstehung, in ihren Zutaten und Wirkungsweisen wirklich aufgearbeitet, sondern in den Untergrund abgedrängt. Analoges geschah mit den Trägern des Systems; auch sie wurden zwar weitgehend aus dem offiziellen Verkehr gezogen, eine tatsächliche, vielleicht Einsicht vermittelnde Konfrontation mit den Auswirkungen ihres politischen Irrlaufs fand nicht statt. Deshalb sind all die alltagsfaschistischen Mythen (z. B. „ordentliche Beschäftigungspolitik“ oder „die Juden haben den Holocaust durch ihr Verhalten selbst mitverschuldet“) noch heute so hartnäckig im Umlauf. Gerade diese Beispiele zeigen, welche nachhaltige Resonanz der nationalsozialistischen Propaganda beschieden war, wenn sie selbst noch 50 Jahre nach ihrer Entlarvung Attraktivität ausübt.

Die ausländischen Truppen konnten Österreich zwar von der nationalsozialistischen Herrschaft befreien, die mentale Vergiftung, die die nationalsozialistische Indoktrination in zahlreichen Österreichern hinterlassen hatte, konnten sie nicht ausmerzen. Diese Altlast schleppen wir noch heute mit uns. Schon von daher war der Mai 1945 keine „Stunde null“, sondern eine nachhaltige Wende zu einem gerechteren, demokratischen und der Menschlichkeit verpflichteten Staatswesen, das aber heute mehr denn je vor den Verunglimpfungen der alten und nachgewachsenen Unbelehrbaren verteidigt werden muß.

Diese Broschüre beinhaltet eine Zusammenfassung der wichtigsten bisherigen Forschungsarbeiten zum Themenbereich Kriegsende und Neukonstituierung der demokratischen Verhältnisse in Vorarlberg. Der Aufsatz von Harald Walser führt an konkreten Beispielen vor, welche nachhaltige Folgen die NS-Kriegswirtschaft für die weitere Entwicklung der Vorarlberger Industrielandschaft hatte. Damit werden wesentliche ökonomische Weichenstellungen für die Nachkriegszeit einsichtig und unsere heutigen Verhältnisse erklärbarer. Die Gegenwart als Folge des Gewesenen verstehen und damit auch gestalten zu können, entspricht unserem Verständnis von Geschichte.

Meinrad Pichler



Karoline Redler aus Bregenz, hier vor dem Volksgerichtshof, von dem sie im November 1944 zum Tode verurteilt wurde.

Am Ende eines Irrwegs

Meinrad Pichler

Vorarlbergs Befreiung von der NS-Herrschaft

Besonders seit dem Attentat vom 20. Juli 1944 waren die nationalsozialistischen Machthaber und Funktionäre in ihrem bisherigen Selbstverständnis weit stärker erschüttert, als sie es sich nach außen anmerken lassen wollten. Dazu kamen noch Berichte von allseitigen Fronteintrüben, Ressourcenknappheit und immer heftigere Beschwerden aus der Bevölkerung, die zusehends den sinnlos gewordenen Krieg nicht mehr mittragen wollte. Die Herrschaftsträger reagierten auch in Vorarlberg auf diese für sie problematische Entwicklung recht unterschiedlich. Die einen bemühten sich um eine günstige Absprungbasis für den nahenden Tag danach; die Fanatiker dagegen versuchten mit noch gesteigerter Repression die kriegsmüde und des Nationalsozialismus überdrüssige Bevölkerung in Schach zu halten. Zu Goebbels Programm des „totalen Kriegs“ gehörte nicht nur die Aktivierung der letzten Reserven an Soldaten und Arbeitskräften, sondern ebenso ein „gnadenloses Durchgreifen“ gegen alle Personen, die durch ihr Verhalten oder durch Worte erkennen ließen, daß sie nicht mehr an den „Endsieg“ glaubten.¹

Da man die hauptsächlichlichen Gegner immer noch innerhalb der ehemaligen politischen Eliten wählte, wurden von der Gestapo reichsweit Listen von vermeintlichen Oppositionellen aus dieser Bevölkerungsgruppe angelegt. Das geschah auch in Vorarlberg, wo sowohl Exponenten der früheren Christlichsozialen und Monarchisten als auch der Sozialdemokraten und Kommunisten aufgelistet, verhört und zum Teil festgenommen wurden. Diese im August 1944 angelegten Listen dienten dann in den letzten Tagen der NS-Herrschaft zur Aushebung von Geiseln, durch deren Bedrohung die Parteifunktionäre ein letztes Mal das Stillhalten der Bevölkerung erpressen wollten.

Vorläufig aber wurde an der Bregenzerin Karoline Redler ein grausames Exempel statuiert. Sie war vor 1938 Obfrau des christlichsozialen

Frauenvereins „Guta“ und Stadtvertreterin gewesen, stammte aus einer angesehenen „schwarzen“ Bregenzer Kaufmannsfamilie und hatte einen Sohn, der 1938 ins Ausland geflohen war. In Parteikreisen vermutete man, daß Richard Redler Journalist beim deutschsprachigen Sender des britischen Rundfunks BBC sei.

Im Wartezimmer eines Hohenemser Arztes machte Frau Redler 1943 gegenüber zwei Durchhaltefanatikerinnen aus Lustenau keinen Hehl aus ihrer Abneigung gegen den Krieg. Die folgende Anzeige der beiden führte zu einem Verfahren beim Landgericht Feldkirch, das aber bald wegen Haftunfähigkeit der Angeklagten liegengelassen wurde. Nun kam den Behörden dieser zurückliegende Fall gerade zupaß. Wegen „Wehrkraftzersetzung“ wurde Karoline Redler vom Wiener Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 8. November 1944 hingerichtet.² Dieses Urteil, das von den lokalen Machthabern nachdrücklich begrüßt wurde, sollte eine Warnung an all jene sein, die die Nazis bereits am Ende glaubten.

Auch der bekannte Kommunist Karl Kobras aus Hittisau wurde im August 1944 ohne Angabe von Gründen verhaftet und ins Konzentrationslager Dachau deportiert. Kobras war bereits 1941 wegen „kommunistischer Betätigung“ zu zweieinhalb Jahren „Zuchthaus“ verurteilt worden.³

Aus dem sozialdemokratischen Lager war es als erster der ehemalige Betriebsrat Norbert Tost aus Dornbirn, der bereits am 24. Juli verhaftet und wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ angeklagt wurde. Er war vom fanatischen Personalchef einer Dornbirner Textilfabrik denunziert worden, nachdem er bei einer Betriebsammlung eine Spende mit dem Argument, er wolle kein „Kriegsverlängerer“ sein, verweigert hatte.⁴

Trotz dieser Verschärfung der Repression konnten die Machthaber aber nicht verhindern, daß Resistenz und Verweigerung zunahmen. Das betraf die sinkende Ablieferungs- und Arbeitsmoral ebenso wie die immer häufigere Ablehnung der Aufnahme von Ausgebombten, Sabotageakte durch in- und ausländischen Arbeiter/innen in den Rüstungsbetrieben und die immer zahlreicher werdenden Fälle von Desertion besonders in den ländlichen Gebieten Vorarlbergs. Es gehört zu den ganz düsteren Kapiteln der Geschichte der Vorarlberger Exekutive, mit welcher blindem Gehorsam und fanatischer Hingabe einzelne



Erste Zusammenkunft von Dornbirner Widerstandskämpfern im Jahre 1945, 7. von links der „Kriegsverkürzer“ Norbert Tost.



Dieses Haus in der Bregenzer Römerstraße war von 1938 bis 1945 der Hauptsitz der Gestapo in Vorarlberg. Hier wurden die Schicksale tausender Menschen entschieden.

Gendarmen bei der Verfolgung von sogenannten „Fahnenflüchtigen“ den Terror des NS-Regimes noch in den letzten Monaten bis in die hintersten Bergdörfer hinaustrugen. Im Großen Walsertal etwa wurde im Herbst 1944 ein junger Bauer erschossen, zwei weitere verhaftet und im Militärgefängnis Graz hingerichtet. Der schießende und verhaftende Gendarm trug denselben Familiennamen wie einer der Hingerichteten. Und noch am 27. März 1945 wurde im gleichen Tale eine ganze Verwandtschaft in Haft genommen, weil ein junges Familienmitglied zum Einrückungstermin nicht erschienen war. Überhaupt war die Sippenhaft ein Repressionsmittel, mit dem die Nazis bis zuletzt nicht nur drohten, sondern auch tatsächlich erpreßten.⁵

Im Zusammenhang mit den Einrückungen in den letzten Monaten beargwöhnten und bedrängten die Nazifunktionäre besonders die Vorarlberger Ärzte, deren Untauglichkeitsatteste sie anzweifelten. Die Nazis wußten nur zu gut, daß viele Ärzte genesene Soldaten und junge Rekruten vor weiteren Zumutungen und Gefahren schützen wollten.⁶

Die breitflächigen gewaltsamen Unterdrückungsmethoden konnten zwar Verweigerungen nicht verhindern, wo es besonders um persönliche Interessen ging; sie waren aber der Hauptgrund dafür, warum sich ein wirklicher politischer Widerstand nur sehr zaghaft entwickelte.

Das Ende naht

Die offiziellen Nachrichten, mit denen die Bevölkerung selbst noch im April 1945 über die tatsächlichen Zustand des NS-Regimes getäuscht werden sollte, sprachen von Wunderwaffen und anderen militärischen Trümpfen, die der „Führer“ noch bereithalte. Und mit Durchhalteappellen und Greuelpropaganda über das angebliche Wüten der alliierten Truppen in den bereits eroberten Gebieten⁷ sollte die Opfer- und Kampfbereitschaft von Militär und Zivilbevölkerung ein letztes Mal geweckt werden. Doch die Wirklichkeit sah für jedermann wahrnehmbar anders aus: Die Zunahme der alliierten Luftpräsenz, besonders die Bombardements auf Friedrichshafen, der steigende Zulauf von Flüchtlingen, die Nachrichten der ausländischen Sender und von den eingebrochenen Fronten zurückgekehrter Soldaten, die hektische Errichtung militäri-

scher Abwehrranlagen und die zunehmende Nervosität der Führungselite waren untrügliche Anzeichen für das nahende Ende der siebenjährigen Gewaltherrschaft.

Bericht von Gebhard Niederer, der mit einer Standschützenkompanie aus den Rheindeltagegenden die Brücke am Unterhochsteg kontrollieren sollte:

„Nacht für Nacht lagerten in den Gebüsch am bayerischen Ufer der Leiblach Hunderte, die dann in der Morgenfrühe aufbrachen und versuchten, den Weg nach Bregenz und weiter in die Schweiz freizubekommen. Darunter waren sehr viele Italiener und Holländer, dann aber auch Spanier, Franzosen, Belgier, Balten, Angehörige fast aller europäischen Völker. Tausende der Zurückgewiesenen sammelten sich in den Vororten vor Lindau, ziellos, regellos, ratlos. Die Schweizer Konsularvertretung in Bregenz hatte Hochbetrieb, täglich durchfuhr ihre Wagen die Grenze. Endlich öffnete sich ein Ventil für die ungeduldig Wartenden: die Flüchtlinge wurden mit Schiff von Lindau nach der Schweiz gebracht. ... Was nicht durchgelassen wurde, wandte sich nach Osten, Richtung Kempten Salzburg, in der Hoffnung, daß dort keine von Hofer errichtete Festungsgrenze sei. Zu diesen gehörte auch eine Gruppe Inder aus den Hilfstruppen Hitlers, die mit weißen Turbanen Aufsehen erregten. Mit asiatischem Stoizismus suchten sie einen anderen Weg nach Osten. ...

Was sonst an Heeresangehörigen daherkam, war meist Einzelreisend. Mit allen möglichen Fahrzeugen, vielfach auch zu Fuß, kamen Tag und Nacht Leute aller Truppengattungen und aller Rangstufen und meldeten sich an der Kontrollstelle.

Politische Leiter gab es auch genug zu sehen. Jeden Tag kam eine Anzahl an, einmal in mehreren Kraftwagen eine Gauleitung in Bausch und Bogen, um sich, wie sich die Herren mit dem schönen Schlagwort jener Zeit ausdrückten, hier zum Einsatz zur Verfügung zu stellen. Was irgendwie aufgefliegen oder getürmt war, flüchtete sich in die Alpenfestung. Sollte man es tragisch oder humoristisch nehmen, auf alle Fälle war das ganze ein Karikatur,

wenn man an den verflissenen Glanz dachte: Mit Fahrrädern, von weit hergekommen, tauchten Reichsarbeitsdienst-Führerinnen auf, im Äußeren nun zu menschlicher Form zurückverwandelt, die Habe in Rucksäcken und Paketen auf dem Ständer rückwärts aufgeschnallt ... woher? wohin? wozu? Vehikel jeder Art und verschiedensten Ursprungs tauchten auf, besetzt mit Soldaten, beladen mit Strandgut, gefunden, geraubt, wer wußte es, jedenfalls ,organisiert'. ... Zwei SS-Männer in einem kleinen Personenwagen, auf den hinteren Sitzen vier große Käselaibe, fast zuviel Last für die ächzenden Federn des Wägelchens ... ein Bild, man wußte nicht, sollte man es einreihen in die Gattung Raubzug oder verzweifelte Selbsthilfe in Erwartung der letzten Tage einer langen Belagerung.

Am 28. und 29. April verschwand das zivile Element mehr aus dem Strom der Flüchtigen, das Bild der militärischen Regellosigkeit trat mehr in den Vordergrund — und dann folgten die Kampfhandlungen, die dem Fluchtgetriebe in Unterhochsteg eine jähes Ende bereiteten.⁸

Unter den zahlreichen Flüchtlingen, die noch kurz vor der Ankunft der französischen Armee über Vorarlberg die sichere Schweiz zu erreichen versuchten, befand sich eine ganze Reihe von Prominenten, die mit den Nazis kollaboriert hatten und nun die Rache der Sieger fürchteten: So etwa der französische Marschall Petain, Chef des Vichy-Regimes, und sein Regierungschef Pierre Laval, etliche spanische und dänische Minister von deutschen Marionettenregierungen, der Chirurg Ferdinand Sauerbruch oder der Komponist Richard Strauss. Nicht alle wurden aber in die Schweiz eingelassen. Der ehemalige Reichsaußenminister von Neurath, der deutsche Kronprinz und der deutsche Botschafter in Rom, von Mackensen, wurden von den Franzosen in Bludenz aufgegriffen.⁹

Mythos „Alpenfestung“

Vor allem der Tiroler Gauleiter Franz Hofer hatte sich die Idee zu eigen gemacht, das westösterreichische Alpengebiet zu einer Art Zitadelle oder Alpenfestung auszubauen, um hier ein uneinnehmbares Rückzugsgebiet für die Spitzen des NS-Regimes einzurichten. Allerdings nahmen die ausländischen Geheimdienste das Projekt ernster als die deutschen Militärs selbst, die sehr wohl wußten, daß Hofer hier ein letztes Mal einer wahnwitzigen Selbsttäuschung aufsaß. Ironischerweise liefen die Vorbereitungen zum Ausbau dieser „Alpenfestung“ unter dem Decknamen „Seifenblase“. Die Gegner dieses Vorhabens hätten keine treffendere Bezeichnung finden können.

Im Jänner 1945 befahl Hofer den Ausbau von Stellungen bei Bregenz, Dornbirn, Götzis, Feldkirch und Nüziders. Unter der Bauleitung der Organisation Todt¹⁰ wurden mit Pionieren und 2000 Zivilarbeitern Kampfstellungen für MG, Gruppenunterstände, Beobachtungsstände, Verbindungsgräben und Panzersperren errichtet.¹¹ Neben zahlreichen Zwangsarbeitern aus den ehemals eroberten Gebieten wurden zu diesen Schanzarbeiten auch jene potentiellen Regimegegner verpflichtet, die auf den bereits erwähnten im Juli 1944 angelegten Listen aufschienen.¹²

Zum Kommandanten der „Alpenfestung“ wurde der aus Vorarlberg stammende General Valentin Feurstein bestimmt, der aber innerhalb des Kompetenzdschungels der letzten Kriegstage zu keiner wirklichen Befehlsgewalt mehr kam. Die ganze „Alpenfestung“ erwies sich ebenso als „Seifenblase“, wie sich die letzte vollmundige Ankündigung des Bregenzer NS-Bürgermeisters Solhardt, er werde „Deutschland noch auf den Trümmern von Bregenz verteidigen“¹³, als Sprechblase entpuppte.

Das Interesse der Bevölkerung und der Weitsichtigeren unter den Nationalsozialisten ging in eine ganz andere Richtung. Man überlegte sich nämlich, wie man das Land aus eventuellen Kampfhandlungen heraushalten und damit vor Schäden bewahren könnte. Nach dem Vorbild etlicher süddeutscher Städte wie etwa Konstanz und Ravensburg¹⁴ versuchte der Lazarettarzt Dr. Georg Poschacher Bregenz über Vermittlung des Roten Kreuzes zur „offenen Stadt“ erklären zu lassen. Gleiche Verhandlungen wurden auch von Feldkircher Unterhändlern geführt.

Kontaktperson nach Genf war wie in zahlreichen anderen Angelegenheiten dieser letzten Kriegstage Ing. Carl Bitz, der Schweizer Konsul in Bregenz. Begründet wurde die Notwendigkeit dieses Status mit den zahlreichen Verwundeten, die besonders in Bregenz und Feldkirch in Schulen, Klöstern, Heimen, Kasernen und anderen öffentlichen Gebäuden notdürftig versorgt wurden.

In tagelangen hektischen Verhandlungen zwischen den Betreibern, den anwesenden Militärs und den Verantwortlichen der Städte willigten schließlich auch letztere dem Vorhaben zu. Daraufhin kontaktierte das Rote Kreuz die zuständigen französischen Militärstellen, die im Falle einer tatsächlichen „Öffnung“ von Kampfmaßnahmen abzusehen versprachen. Doch die einheimischen Verhandler hatten ihre Rechnung ohne die Parteifanatiker und die zurückweichenden Wehrmachtshaufen gemacht, denen die eigene Rettung wichtiger war als Menschenleben und Sachwerte in Vorarlberg. Damit dokumentierten jene, die stets das Wohl der „Volksgemeinschaft“ im Munde geführt hatten, daß es ihnen in Wirklichkeit nur um den eigenen Vorteil ging.

Auslandskontakte

Wie das genannte Beispiel des Schweizer Konsuls zeigt, gab es besonders seit dem März 1945 relativ unverschleierte Kontakte zu Schweizer Stellen. Im Geheimen hatte der Austausch über die Grenze hinweg schon seit Ende 1944 begonnen. Verbindungen bestanden sowohl zu österreichischen Exilorganisationen in der Schweiz wie auch zu Kontaktpersonen des britischen und amerikanischen Geheimdienstes. Die zunehmenden Aktivitäten spielten sich auf zwei Ebenen ab: Zum einen begann die Schweiz den politischen Flüchtlingen seit dem Herbst 1944 mehr Bewegungsfreiheit einzuräumen; das führte dazu, daß die politisch engagierten Exilösterreicher sich nun mehr oder weniger offen organisieren konnten¹⁵ und daß der von den Amerikanern forcierte Fritz Molden von der Schweiz aus die unverbundenen österreichischen Widerstandsgruppen in Kontakt bringen und mit notwendigen Informationen versorgen konnte.

Zum anderen kam es auf Vorarlberger Boden zu einer Reihe von inoffiziellen Verhandlungen zwischen Nazigrößen und Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes bzw. der Alliierten. So fand beispielsweise am 12. März 1945 in der Nähe von Feldkirch ein Treffen zwischen dem Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes Dr. Carl Burckhardt und dem Leiter des Reichssicherheitshauptamtes SS-General Ernst Kaltenbrunner statt, bei dem neben der Evakuierung von Konzentrationslagern auch die Übernahme von Fremdarbeitern durch die Schweiz besprochen wurde.¹⁶ Den Nazis war es recht, möglichst viele Menschen, die sie gequält und ausgebeutet hatten, noch vor der Kapitulation abschicken zu können, um damit eventuellen Racheakten vorzubeugen. Auch wollte man die Befreier tunlichst wenig von der bisherigen Lagerwirklichkeit ansichtig werden lassen. So passierten unter der Obhut des Roten Kreuzes in den letzten April- und ersten Maitagen des Jahres 1945 etwa 20.000 ehemalige KZ-Insassen die Grenze zwischen Höchst und St. Margrethen.¹⁷

Auch der überwiegende Teil der etwa 10.000 Fremdarbeiter/innen, die in Vorarlberg Zwangsarbeit leisteten, war bei Ankunft der Franzosen bereits in die Schweiz ausgeschafft worden. Offiziell, um ihnen die Repatriierung zu erleichtern, in Wirklichkeit aber, weil viele Vorarlberger vor nichts mehr Angst hatten, als voreventuellen Vergeltungsmaßnahmen der geschundenen und entrechteten jungen Menschen aus zahlreichen europäischen Ländern, in der Mehrzahl aber aus Rußland und Polen.

Ein weiterer SS-General, der Sicherheitschef für Italien Karl Wolf, fuhr am 27. April incognito über Feldkirch in die Schweiz, um hier mit amerikanischen Unterhändlern die Bedingungen einer Kapitulation der Heeresgruppe C (Italien) zu sondieren.¹⁸

Für den weiteren Verlauf der Ereignisse in Vorarlberg selbst waren aber die Kontakte zwischen den hiesigen Widerstandsgruppen und den in der Schweiz stationierten Sicherheitsdiensten der USA und Englands von entscheidenderer Bedeutung. Am wichtigsten war die nunmehrige Durchlässigkeit für die gesamtösterreichische Widerstandsbewegung O5, deren Aktivitäten nun von der Schweiz aus koordiniert und mit den Alliierten abgestimmt werden konnten. Daß aber die Tätigkeit der Nachrichtenkuriere bis zuletzt lebensgefährlich war, zeigt die

Erschießung der österreichischen Sozialistin Hilde Monte-Olday an der Feldkircher Grenze am 17. April 1945.¹⁹

Ebenso trafen die Schweizer ihre Dispositionen an der Grenze nach den Meldungen, die sie immer ausführlicher und detaillierter aus Vorarlberg erhielten. Zum Teil waren es sogar Gestapo-Leute, die in recht zwielichtiger und unentschiedener Art von sich aus den Kontakt zur Schweizer Abwehr und zu ausländischen Geheimdiensten suchten. Der Feldkircher Gestapo-Chef Kriner beispielsweise trug sich im Jänner 1945 der CIA an. Als er dann einen aus der Schweiz kommenden deutschen Widerstandskämpfer mit Reisepapieren ins Ruhrgebiet versorgen sollte, verriet er diesen an die Gestapo in Friedrichshafen. Die Meldungen von der erfolgreichen Ardennenoffensive hatten Kriner offensichtlich wieder an die deutsche Sache glauben lassen.²⁰ Der Bregenzer Gestapo-Mann Sieß trat gegen Ende 1944 mit einheimischen Oppositionellen in Kontakt. So bestellte er beispielsweise den ehemaligen Landesrat und Bundesminister Josef Mittelberger in sein Büro. Als dieser Platz genommen hatte, verließ Sieß unter einem Vorwand das Zimmer. Zuvor hatte er eine ganze Reihe von Schweizer Zeitungen vor Mittelberger auf den Tisch gelegt. Als dieser mit der Lektüre fertig war, wurde er von Sieß wieder nach Hause geschickt.²¹

Auch in den letzten Kriegstagen erwies sich, daß die Gestapo von allen Dienststellen über die Vorgänge im Ausland und an den Fronten am besten informiert war: Etwa seit dem 25. April — als Chefredakteur Hans Nägele im Vorarlberger Tagblatt noch mit einer Serie über die Vorarlberger Helden in den Franzosenkriegen von 1809 zum Abwehrkampf zu motivieren versuchte und die fanatischen Kreisleiter noch Jugendliche für den „Führer“ rekrutieren wollten — begann man in der Grenzpolizeistelle (so die offizielle Bezeichnung der Bregenzer Gestapo) in der Bregenzer Römerstraße die „Blutspuren“ zu verwischen. Als die Gestapo-Beamten am 28. April Bregenz in Richtung Arlberg verließen, hatten sie sämtliche Dokumente ihrer siebenjährigen Terrortätigkeit verbrannt.

Rückzug und Einmarsch

Als die ersten Truppenteile der 1. Französischen Armee unter dem Oberkommando von General Jean de Lattre de Tassigny am Abend des 29. April 1945 an den ehemaligen Grenzstationen bei Hohenweiler-Gmünd und Hörbranz-Unterhochsteg auftauchten und am folgenden Tag an beiden Stellen die Leiblach überschritten, gab es für die noch in Vorarlberg weilenden deutschen Wehrmachtsreste nur ein Ziel: Die Befehlshaber trachteten danach, über den Arlberg und damit in amerikanische Gefangenschaft zu kommen. Gerade die Militärs wußten am besten, wie sich die deutsche Besatzung in Frankreich aufgeführt hatte, und fürchteten nun Revanche. Mit der Aussicht auf eine bessere Behandlung durch die Amerikaner wurden auch die Soldaten zum Weiterkämpfen motiviert.²²

Im allgemeinen Kompetenzgewirr nach dem Zusammenbruch der Kommunikationssysteme hatte General Hans Schmidt in Vorarlberg die Befehlsgewalt an sich gerissen. Er war der Chef des Armeeoberkommandos (AOK) 24, das zur Bewachung der Schweizer Grenze am unteren See kurzfristig gebildet worden war und nicht wegen seiner Struktur oder Stärke so bezeichnet wurde, sondern um die feindliche Abwehr durch das Auftauchen einer neuen Armee zu verwirren. Am 26. April hatte sich Schmidt mit seinen letzten Verbänden über den Bodensee nach Bregenz abgesetzt, nachdem die Franzosen bei Meersburg den Bodensee erreicht hatten und ihn dadurch vom Zugang in die Alpenfestung abgeschnitten hatten.²³ Nachdem er nun der hochrangigste Militär vor Ort war, übernahm er die Führung. Die Verhandlungen über „offene Städte“ interessierten ihn so wenig wie die Erhaltung der Vorarlberger Infrastruktur. Ihm ging es ausschließlich darum, den Vormarsch der Franzosen so lange zu verzögern, bis er sich zu den Amerikanern durchgeschlagen hatte.

Den zurückweichenden Truppenteilen hatten sich versprengte Trupps der SS und Waffen-SS angeschlossen, die bei der brutalen Durchsetzung der Rückzugstaktik den heftigsten Terror gegen die Zivilbevölkerung ausübten.

Das erste Hindernis wurde den Franzosen mit der Sperre der Bregenzer Klause im wahrsten Sinne des Wortes in den Weg gelegt. Mehreren



General Jean de Lattre de Tassigny, Chef der französischen Befreiungsarmee, später erster Oberbefehlshaber der Nato-Landstreitkräfte.



Dr. Paul Pirker, „der die Stadt retten wollte“, indem er die Franzosen über den Haggen führte.



Anton Renz, der mit Helmut Falch die Lauteracher Brücke retten wollte und von der SS erschossen wurde.

Ultimaten des französischen Oberkommandos, die Stadt zu öffnen, wurde nicht entsprochen. So kam es am Morgen des 1. Mai 1945 zuerst zu einer Artilleriebeschießung von Bregenz, und, als sich danach immer noch niemand zur Übergabe der Stadt an der Klausen bereitfand, ab ca. 10 Uhr vormittags zum Bombardement der Stadt. Was nun die französischen Befreier dazu veranlaßt hat, die Bombardierung relativ schnell wieder einzustellen, ist schwer zu klären. Jedenfalls waren die mutigen Einzelaktionen von Professor Paul Pirker und Ingenieur Walter Kareis, die sich zur Rettung der Stadt aus dem Luftschutzstollen gewagt hatten, von eminenter Bedeutung: Der eine hatte am späten Vormittag einen französischen Trupp über Haggen-Altrente in die Stadt geführt,²⁴ der andere, obwohl noch deutsches Militär präsent war, sowohl das Rathaus als auch die von Lindau her gut sichtbaren Gebäude der Post und der Gewerbeschule weiß beflaggt.²⁵

Trotzdem war Bregenz, als gegen 13 Uhr die Vorhut der 1. Französischen Armee einfuhr, eine besonders im Zentrum verheerte Stadt: 80 Häuser waren total zerstört, zahlreiche weitere mehr oder weniger beschädigt.²⁵ Und während die einen im allgemeinen Chaos als Feuerwehrleute und freiwillige Helfer/innen zu retten versuchten, was noch zu retten war, gingen andere ans Plündern. Besonders das städtische Lagerhaus in Bregenz und die Molkerei in Dornbirn mit ihren gehörten Beständen an Lebensmitteln waren Objekte der Begierde.

Natürlich trübte die brennende Stadt die Freude über die Befreiung von der siebenjährigen Gewaltherrschaft, aber auch diese letzte Zerstörung hatte die Bregenzer Bevölkerung in Wirklichkeit den Nationalsozialisten zu verdanken. Ebenso die Zerstörung aller Achbrücken. Zwei junge Offiziere, Anton Renz aus Bregenz und Helmut Falch aus Mötz in Tirol, die die Sprengung der Lauteracher Brücke verhindern wollten, wurden von der SS in ein Lauteracher Gasthaus verschleppt, mißhandelt und dann erschossen — und ihre Leichen schließlich in eine Jauchegrube geworfen. Diese und weitere Morde der zurückweichenden deutschen Soldateska waren für die einheimische Bevölkerung ein kleiner Nachgeschmack dessen, wie in den Jahren zuvor mit den Menschen in den von den Nazideutschen besetzten Gebieten umgegangen worden war.

Die Sprengung der Achbrücken blockierte den Vormarsch der Franzosen um nahezu einen Tag. Erst am Nachmittag des 2. Mai erreichten

sie Dornbirn. Hier trafen die französischen Einheiten auf keinen Widerstand.

Eduard Ulmer, ehemaliger Landesführer der „Vaterländischen Front“ und nach 1945 Mitglied der Landesregierung und Landesstatthalter, erinnert sich 1966 recht lapidar an den „Einmarsch der französischen Truppen“ in Dornbirn:²⁷

„Am 2. Mai 1945 besuchte mich in meiner Wohnung Sala 20 um ca. 7.15 Uhr ein Angehöriger der Städtischen Sicherheitswache und überbrachte mir im Auftrag des Herrn Bürgermeisters Sepp Dreher das Ersuchen, mich möglichst sofort in seinem Dienstzimmer im Rathaus zu melden.

Um ca. 8.15 Uhr traf ich dort ein, meldete mich beim Bürgermeister, welcher mir die Eröffnung machte, daß im Verlaufe des heutigen Tages wahrscheinlich gegen Mittag die französischen Truppen in Dornbirn einmarschieren werden, und daß er den Wunsch hätte, daß ich eventuell zusammen mit Herrn Ing. Johann Martin Luger... die Übergabeerklärung für die Stadt Dornbirn dem in Betracht kommenden Kommandanten der französischen Truppen erstatte.

Ich erklärte, daß ich selbstverständlich einen solchen Dienst an meiner Heimatstadt in schicksalträchtiger Stunde übernehmen werde, und fragte, ob mir für die Erfüllung dieser Aufgabe eine besondere Instruktion gegeben werde. Bürgermeister Sepp Dreher sagte, daß er besondere Weisungen nicht geben könne, und hielt dafür, daß es zweckmäßig sei, gegen Mittag am Marktplatz bereit zu sein, um den Übergabeakt zu bewerkstelligen. Um ca. 1/2 12 Uhr nahm ich mit Herrn Ing. Johann Martin Luger Aufstellung beim Roten Haus, gegenüber der Kirche, um das Eintreffen der Besatzungstruppen abzuwarten. Vom Rathaus erhielten wir zu unserer dienstlichen Kennzeichnung eine weiße Armbinde, die den Stempel ‚Luftschutz‘ trug, und die in den Kriegstagen von den Organen des Luftschutzes verwendet wurde. Die Frau des am Marktplatz wohnhaften Herrn Medizinalrats Dr. Josef Schedler warf mir vom Fenster des 1. Stockes aus eine weiße



Eine marokkanische Gebirgsabteilung der 1. französischen Armee drang vom Kleinwalsertal über den Tannberg nach St. Anton vor.



Am Nachmittag des 2. Mai 1945 erreichten die französischen Einheiten den Dornbirner Marktplatz.

Serviette zu, die ich in der rechten Hand in Fahnenform erhob, als der erste Panzer durch die Riedgasse Richtung Marktplatz heraufkam. Dieser erste Panzer hielt bei der heutigen Insel am Marktplatz an, und (es) sprang von diesem ein französischer Offizier ab, der einwandfrei Deutsch sprechen konnte und auf den wir, nachdem er mit einer Handbewegung uns gewunken hatte, zugingen. Ich gab diesem Offizier die Übergabeerklärung ab und versicherte, daß die Stadt und ihre Bewohner der neuen Situation in Ruhe und Ordnung gegenüberstehen werden.“

Doch bereits am Kummenberg lieferten die Truppen General Schmidts ein weiteres Rückzugsgefecht, wobei die Franzosen von Lustenau aus über das schweizerische Diepoldsau hinweg die deutschen Stellungen bei Götzis unter Beschuß nahmen. Noch in der Nacht vom 3. auf den 4. Mai zogen sich die deutschen Verbände in Richtung Walgau zurück. Die Gemeinde Götzis hatte wiederum wie Bregenz den Preis zu bezahlen: Zehn Häuser waren zerstört, 200 weitere mehr oder weniger beschädigt. Hinter dem Felsabhang bei der Ruine Montfort fand man die Leichen der beiden Brüder Otto und Josef Morscher aus Klaus, die die „Verteidiger“ noch kurz vor dem Eintreffen der Franzosen ermordet hatten. So wie andere Volkssturmmangehörige waren auch sie in den letzten Apriltagen nach Hause gegangen. Hinter ihrem Haus verschoß einer der beiden unvorsichtigerweise die letzten Patronen aus seinem Gewehr. Ein SS-Mann hatte sich dadurch bedroht gefühlt.

„Die beiden Brüder wurden in die Gemeindeganzlei geholt, dort blutig geschlagen — Blutspuren waren nachher noch an den Wänden sichtbar! — in den Gemeindearrest gesperrt und zum Tode durch Erhängen verurteilt. ... Dann wurden sie von der SS gebunden und zur Schloßruine Montfort geschleppt, mit Gewehrkolben mißhandelt, durch Genickschuß getötet und über den Felsen hinuntergeworfen.“²⁸

Niemand im Dorf hatte zur Rettung von Josef und Otto Morscher einen Finger gerührt, niemand wollte sich für die sozialdemokratischen Außensteier exponieren.

Die Stadt Feldkirch war das Vorarlberger Zentrum der unterschiedlichen Strömungen des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Herrschaft. Die wichtigsten Vorarbeiten dazu hatte der im November 1942 hingerichtete Johann August Malin geleistet, der als erster Oppositionelle aus allen ehemaligen weltanschaulichen Lager zusammengebracht und trotz Folter keine Namen verraten hatte. Diese Gruppe von damals bildete nun den Kern der Widerständler des Jahres 1945. Neuer leitender Kopf war nun der spätere Bürgermeister Lorenz Tiefenthaler, der als ehemaliger Wehrmachtsoffizier die Rückzugsstrategie genau kannte. Den hektischen Aktivitäten der unterschiedlichen Feldkircher Widerstandsgruppierungen um den 1. Mai verdankt die Stadt ihre Unversehrtheit ebenso wie der bereits obsolet gewordenen strategischen Bedeutung. Ihr Hauptziel, nämlich die Rettung der Felsenau-Brücke, konnten die Feldkircher allerdings nicht erreichen. Die war den Rückzählern denn doch zu wichtig.

Wegen dieses neuerlichen Stops in Feldkirch erreichten die französischen Befreiungstruppen Bludenz erst am 4. Mai 1945. Im ganzen Walgau hatte es keinen nennenswerten Widerstand gegeben.

In der Schlinser Schulchronik hat Albert Mähr die dramatische Umbruchsphase, wie sie sich analog auch in anderen Ortschaften abgespielt hat, festgehalten:

„Das Kriegsende rückte, zwar anfangs noch langsam, aber umso bestimmter, unseren heimatlichen Grenzen näher und der Gau Tirol-Vorarlberg sollte nach den Absichten des Gauleiters Hofer und ein paar ganz fanatischer Kreisleiter den letzten Widerstand leisten. Die Brücken und deren Nebenflüsse (auch unsere Illbrücke) wurden mit Sprengstoff geladen und jedermann wußte, was das zu bedeuten hatte und sah das Unsinnige dieses aussichtslosen Kampfes. Von Mittwoch, den 4. April 1945 an, mußten die Schulkinder der II. Klasse von Schlins und Jagdberg durch mehrere Tage dem Illdamm entlang Erlen... für bei Feldkirch gegrabene Schützengräben schneiden. Diese Arbeiten erfolgten auch in anderen an der Ill gelegenen Gemeinden.

Täglich trafen Flüchtlinge aus Innerösterreich ein und mußten irgendwie untergebracht werden. Unerträgliche Zustände stellten sich der Versorgung dieser armen Menschen entgegen. ...

Am Vormittagmorgen des 29. 4. 1945 rückten deutsche Truppen in verschiedenen Autos in unser Dorf ein und räumten die zwei Schulklassen, welche nun als Lager dienten. Denselben Sonntag mittags kreisten Feindflugzeuge über unserer Ortschaft und bald erfolgte Beschuß durch Bordwaffen. Bei der Handlung Robert Mähr schlugen Geschosse in die Mauer und es war ein Glück, daß niemand von den herumstehenden Kindern und Erwachsenen getroffen wurde.

Am 3. Mai zogen unsere Truppen eiligst ab, und Auto und Panzerwagen blieben stehen. Gruppenweise kamen immer mehr unserer Soldaten an und suchten durch die verschiedenen Seitentäler zum Ziel in ihre Heimat Deutschland zu entkommen.

Am 4. Mai nachmittags rasselten französische Panzerspähwagen durch unser Dorf nach Röns, Schnifis, das Große Walsertal und durch Frommengersch einwärts, ein unaufhörlicher Zug und am 5. Mai kamen die Fußtruppen und besetzten durch 12 Tage wohl fast sämtliche Häuser, ebenso das Schulhaus. In den Häusern ging es toll zu. Stuben und jeder übrige Raum war mit Soldaten belegt. Pferde und viele ‚Muli‘ weideten in den Baumgärten des öfteren ab. Etwas Jungvieh, Schafe und Schweine mußten gestellt werden.

Das Verhältnis der Einwohner zu den Besatzungstruppen war gut. Fahrräder mußten versteckt werden und wurden einem aus der Hand genommen, ebenso kamen Jagdgewehre, Photoapparate zur Ablieferung. Abends war zeitig Sperrstunde; es durfte niemand mehr auf der Straße sein. Alle diese unangenehmen Maßnahmen wurden bald gelockert, nur setzten später dann Hausdurchsuchungen in fast sämtlichen Häusern ein, wobei manches schöne Stück weggenommen wurde. Oberhalb des Dorfes (Oberdorf) H. Nr. 1 am Waldesrand fanden drei SS-Soldaten, die von den Franzosen erschossen wurden, ihr Grab. Keine Eisenbahn, kein Auto, keine Post, keine Zeitung, überhaupt jeder Verkehr



Opfer des NS-Terrors der letzten Tage: Alois Jeller aus Bludenz (o.r.); Max Ibele aus Bregenz (o.l.); Otto und Josef Morscher aus Klaus (u.r. und l.).



war vollständig lahmgelegt. Langsam rückten die ersten Heimkehrer ins Dorf, aber nur sehr spärlich und nach Monaten. ... Auf eine gemeine Anzeige hin wurden bei einem Mann im ‚Töbele‘, Alfred Ernst, Waffen (Maschinengewehre) gefunden und folglich in Haft genommen. Bei der erst nach Monaten abgehaltenen Gerichtsverhandlung bekam dieser Mann 20 Jahre Zuchthaus.“

Die Bludenzener Widerstandsbewegung wußte von den verheerenden Auswirkungen der deutschen Rückzugstaktik für die Stadt Bregenz. Um einer eventuellen Verteidigung auch von Bludenz zuvorzukommen, versuchte eine etwa vierzigköpfige Gruppe von Mutigen in der Nacht vom 3. auf den 4. Mai die NS-Kreisleitung, die zum Sammelpunkt der letzten Fanatiker geworden war, zu besetzen und damit weitere zerstörerische Befehle zu verhindern. Da sich in der Kreisleitung aber auch bewaffnete SS-Männer befanden, scheiterte dieser Versuch. Dabei geriet der Eisenbahner Alois Jeller in die Hände des Kreisleiters. Unter tätiger SS-Beihilfe wurde Jeller verhört und dann mit einem Gewehrkolben erschlagen. Dem bereits Getöteten wurde „sicherheitshalber“ noch ein Fangschuß ins Genick versetzt.²⁹

Erfolgreicher bei der Gefangennahme von zerstörerischen nazi-deutschen Desperados war die Widerstandsgruppe im hinteren Montafon, der es mit ihrem mutigen und wohlgedachten Coup gelang, sämtliche Illwerkeanlagen vor der geplanten Sprengung zu retten.

Auch in Langenegg hatten etliche Männer versucht, den Krieg aus ihrer Gemeinde fernzuhalten. Deshalb sperrten sie den NS-Ortsgruppenleiter und einige seiner Getreuen im örtlichen Sennereigebäude ein. Irgend jemand rief aber eine Einheit der sich versprengt aus dem Allgäu zurückziehenden SS-Verbände zu Hilfe, welche die eingesperrten Nazi-anhänger freischuß. Dabei wurden die Widerstandskämpfer Innozenz und Robert Bader, Otto Bechter, Martin Gmeiner, Josef Nußbaumer und Adolf Schwärzler getötet. In Krumbach hatte der aus der Wehrmacht desertierte Bregenzer Max Ibele den Widerstand organisiert. Beim Versuch, die Sprengung einer Brücke zu verhindern, wurde auch er erschossen.³⁰

Nach der Überwindung einer letzten Sperre bei Dalaas erreichten die französischen Truppen am Nachmittag des 6. Mai das Westportal des Arlbergtunnels. Dieser war allerdings nicht mehr passierbar, da eine Gruppe von Einwohnern von St. Anton in der Nacht zuvor im Tunnel eine Sprengladung gezündet hatte, um die Franzosen am Vormarsch zu hindern. Auch sie wollten zur amerikanischen Zone gehören. Umso überraschter waren diese „Heimatschützer“ dann, als am Vormittag des 6. Mai aus dem Kleinen Walsertal kommende französische Gebirgstruppen das Arlberg-Dorf besetzten.

General Schmidt und seinen letzten verbliebenen Haufen war es allerdings gelungen, bei Landeck in amerikanische Gefangenschaft zu gelangen.³¹ Ganz Vorarlberg hatte er sich zur Erreichung dieses Zieles zum Faustpfand genommen. Zwölf aufrechte Vorarlberger wurden dabei noch letzte Opfer einer rücksichts- und schonungslosen Soldateska, die selbst noch in der ausweglosen Niederlage eines vermeintlichen persönlichen Vorteils wegen über Leichen ging.

Am 8. Mai 1945 gab der Oberbefehlshaber der 1. französischen Armee, General Jean de Lattre de Tassigny, in Lindau das Ende des Krieges bekannt. Die Bregenzer Besatzung feierte den ersehnten Anlaß mit einem Feuerwerk, im ganzen Land läuten die wenigen Kirchenglocken, die von einer Konfiszierung durch die deutschen Kriegsherren verschont geblieben waren. Als sich der siegreiche französische General, in dessen Stab sich ein junger Offizier namens Valery Giscard d'Estaing befand,³² Ende Mai 1945 offiziell die Schlüssel der Stadt Bregenz überreichen ließ, waren die auffälligsten Spuren der Zerstörung bereits weggeräumt und der Wiederaufbau schon eingeleitet. Dieser ging in der Folgezeit in einem solchen Tempo vor sich, daß für ein Nachdenken über das Gewesene kaum Zeit blieb.



Innozenz Bader



Josef Nußbaumer

Männer der Widerstandsbewegung Langenegg versuchten dem Nazi-Spuk ein Ende zu setzen, indem sie den Ortsgruppenleiter und einige weitere fanatische „Durchhalter“ einsperrten. Eine zu Hilfe gerufene SS-Einheit erschöß in einem Feuergefecht sechs Männer der Widerstandsbewegung.



Martin Gmeiner



Adolf Schwärzler



Robert Bader



Otto Bechter



Wieder Österreich! — Männer der Widerstandsbewegung Kleinwalsertal unter ihrem Anführer Peter Meusbürger.

Anmerkungen

- ¹ Boberach: Meldungen aus dem Reich, S. 6685.
- ² Von Herren und Menschen, S. 139 ff.
- ³ Ebd., S. 313.
- ⁴ Ebd., S. 132.
- ⁵ Von Herren und Menschen, S. 148f.
- ⁶ Feststellung des Schweizer Nachrichtendienstes im März 1945; zit. bei Küng: Die Ostschweiz und das Ende des Zweiten Weltkrieges, S. 32.
- ⁷ Wie sehr die rassistischen Voraussdiffamierungen besonders der Marokkaner tatsächlich verfangen, zeigt etwa das Tagebuch der 14jährigen Anni Forster aus Bregenz, deren angstvoll-negative Haltung gegenüber den Afrikanern schon tief verankert war, ehe sie solche zu Gesicht bekam. Vgl. Gmeiner: Recherche sur Bregenz, bes. S. 111-155.
- ⁸ Zit. nach Schelling: Festung Vorarlberg, S. 38 f.

- ⁹ Vgl. Küng: Die Ostschweiz und das Ende des Zweiten Weltkrieges, S. 71 und 94 f.
- ¹⁰ Dr. Fritz Todt war Leiter der Obersten Reichsbehörde für das Bauwesen. Aus öffentlichen Bauverwaltungen, privaten Firmen und dienstverpflichteten Arbeitern schuf er im Laufe des Krieges die sogenannte „Organisation Todt“ (OT), die nach der Eingliederung der Bauformationen der Wehrmacht zu einer der mächtigsten Sonderorganisationen des Hitler-Staates anwuchs. Vgl. Broszat: Der Staat Hitlers, S. 331.
- ¹¹ Löffler: Vorarlberg 1945, S. 32.
- ¹² Siehe Schelling: Festung Vorarlberg, S. 94.
- ¹³ Zit. nach Schelling: Festung Vorarlberg, S. 93.
- ¹⁴ Vgl. Moser: Die Grenze im Krieg, S. 115.
- ¹⁵ Vgl. Bundschuh: Anton Linder im Schweizer Exil (1934-1945), S. 321.
- ¹⁶ Aussage Kaltenbrunnens beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß, Protokoll Bd. XI, S. 336 f.
- ¹⁷ Küng: Die Ostschweiz und das Ende des Zweiten Weltkrieges, S. 89.
- ¹⁸ Küng: Die Ostschweiz und das Ende des Zweiten Weltkrieges, S. 73 f.
- ¹⁹ Von Herren und Menschen, S. 257.
- ²⁰ Vgl. Persico: Geheime Reichssache, S. 188 ff.
- ²¹ Gedächtnisprotokoll von Dr. Josef Mittelberger im Besitz von Ulrich Mittelberger, Alberschwende.
- ²² Löffler: Vorarlberg 1945, S. 107.
- ²³ Vgl. Löffler: Vorarlberg 1945, S. 27ff.
- ²⁴ Vgl. Pirker, Citadelle Bregenz.
- ²⁵ Vgl. Von Herren und Menschen, S. 222 f.
- ²⁶ Vgl. Gmeiner: Recherche sur Bregenz, S. 242 ff.
- ²⁷ Manuskript im Stadtarchiv Dornbirn.
- ²⁸ Schelling: Festung Vorarlberg, S. 123.
- ²⁹ Von Herren und Menschen, S. 228 f.
- ³⁰ Schelling: Festung Vorarlberg, S. 221 ff.
- ³¹ Rauchensteiner: Krieg in Österreich 1945, S. 270 ff.
- ³² Vgl. Christen: Wie Colmar 1945 befreit wurde.



*Der Schutt auf den Straßen war recht bald beseitigt. Viel länger liegen blieb der Schutt der Nazi-Jahre in den Köpfen und Herzen vieler Menschen.
Schutträumen in der Bregenzer Jahnstraße, Mai 1945*

Vorarlbergs Startbedingungen in die Zweite Republik

Harald Walser

Von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ des „Tausendjährigen Reichs“, das in Österreich sieben Jahre dauerte, wird verschiedentlich behauptet, sie sei sehr erfolgreich gewesen. Das mag stimmen: Eine einflußreiche Minderheit profitierte in der Tat von der NS-Wirtschaftspolitik. Für die meisten Menschen aber schaute das etwas anders aus.

Zudem war die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik von allem Anfang an auf ein Ziel ausgerichtet: Deutschland sollte für den von Hitler geplanten Raubzug gerüstet sein.¹ Als es 1938 zum „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich kam, waren die Vorarbeiten für den kommenden Krieg schon sehr weit gediehen. Für die heimischen Unternehmer bedeutete dieses Faktum, daß man sich den neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten stellen mußte, wenn man sich nicht in kürzester Zeit zu den Verlierern der „neuen Zeit“ rechnen wollte.

In Vorarlberg gehörten die Inhaber der großen Textilindustriebetriebe eindeutig nicht zu den Verlierern, sondern zu den Gewinnern. Sie profitierten von staatlichen Aufträgen, stellten ihre Betriebe in beträchtlichem Ausmaß auf die Erfordernisse der Rüstungsindustrie um und nutzten auch die sich im NS-Unrechtsstaat bietenden Möglichkeiten, um sich von den NS-Stellen geraubtes jüdisches Eigentum anzueignen. Auch das Land Vorarlberg als Ganzes gehörte — wie wohl kein anderes österreichisches Bundesland — zu den Gewinnern, wie weiter unten noch darzustellen sein wird.

Tausende von einheimischen und ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, die ganz erheblich für eine positive wirtschaftliche Bilanz gesorgt hatten, zählten zu den Verlierern. Aus dem öffentlichen Bewußtsein wurden vor allem die „fremdländischen Arbeitskräfte“ gestrichen, wenn sie dort überhaupt jemals eine Rolle gespielt haben.

Vorarlberg erlebte in der NS-Zeit markante wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen. Zum einen erforderten die kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten die weitgehende Umstellung vieler

textiler Mittel- und Großbetriebe auf Metallverarbeitung und andere Industriebereiche. Das war für das Textilland längerfristig gesehen eine positive Entwicklung: weg von einer extrem einseitigen Orientierung auf den textilen Bereich hin zu einer breiter gefächerten industriellen Produktion.

Zum anderen gehörte Vorarlberg auch in bezug auf die Bevölkerungsentwicklung zu den Gewinnern: in der NS-Zeit „umgesiedelte“ Südtiroler blieben ebenso hier wie viele deportierte Zwangsarbeiter, die aus den zu Beginn des Krieges besiegten Ländern stammten. Zudem war der aufblühende Wirtschaftsstandort Vorarlberg schon in den letzten Kriegsjahren, aber vor allem dann unmittelbar nach Kriegsende für viele vertriebene Deutsche aus den Ostgebieten ein attraktives Zuzugsgebiet.

Die „Startbedingungen“ waren 1945 also sehr gut. Eine sogenannte „Stunde Null“ hat es für die Wirtschaft im „Ländle“ nicht gegeben: Vorarlberg war während des Krieges von Zerstörungen weitgehend verschont geblieben, Demontagen durch die Besatzungsmacht hielten sich in engen Grenzen, und die in den Jahren zuvor geschaffenen Werte blieben somit erhalten.

Der Begriff „Stunde Null“ für die Situation im Jahre 1945 wird inzwischen aber auch für die Situation im übrigen Österreich größtenteils abgelehnt. Obwohl die wirtschaftliche Situation in den übrigen Teilen der Republik damals nicht einfach war: ein Drittel des Eisenbahnnetzes war zerstört, der Bestand an Lokomotiven machte gerade noch die Hälfte jenes vom Jahr 1937 aus, zehn Prozent aller Wohnungen waren zerstört, die Ernte 1945 erbrachte nur noch die Hälfte jener des Jahres 1937, der Hunger war vor allem in den Städten wieder allgegenwärtig, und zudem drückten die Kosten für die Besatzungsmächte, die nicht von allen als „Befreier“ angesehen wurden. Ernst Hanisch gibt in seinem kürzlich erschienenen Standardwerk zur österreichischen Geschichte aber zu bedenken, daß dies nur die eine Seite der Medaille ist:

„Auf den zweiten Blick freilich zeigt sich, daß die NS-Industrialisierung die Ausgangsbasis der österreichischen Wirtschaft deutlich verbessert hatte.“²

Und Hanisch verweist dabei auf den Industrialisierungsschub in der NS-Zeit und vor allem auf die hochqualifizierten Arbeitskräfte, deren entwickeltes technisches Know-how in dieser Aufbauphase natürlich „Gold“ wert war.

In Vorarlberg gab es verglichen mit anderen österreichischen Regionen kaum Probleme mit der Lebensmittelversorgung — wie dies beispielsweise nach dem 1. Weltkrieg der Fall gewesen war. Über die von Hanisch angesprochene Höherqualifizierung der „human resources“ hinaus profitierte das Land zudem von mehreren „handfesteren Erbteilen“ aus der NS-Zeit.

Das materielle Erbe der NS-Zeit

„Weißes Gold“: die Wasserkraftwerke

„Die Bedeutung der genannten Großkraftwerke geht weit über den lokalen Umfang hinaus. Die Vorarlberger Illwerke (Vermuntwerk) liefern allein durchschnittlich 150 Mill. KWh in die große 220.000-Volt-Leitung des RWE (Rheinisch Westfälisches Elektrizitätswerk, HW) und bestreiten somit einen beträchtlichen Teil des deutschen Stromverbrauchs.“³

So lautet die Einschätzung des Berliner Reichswirtschaftsministeriums in einer energiewirtschaftlichen Studie zwei Jahre vor dem sogenannten „Anschluß“. Unmittelbar nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Österreich wurden lange vorbereitete Pläne in die Tat umgesetzt, die den massiven Ausbau der Wasserkraftwerke im Montafon vorsahen.

Zuerst ging es an die Umwandlung der Eigentumsverhältnisse, denn im März 1938 gehörten noch 42 Prozent der Illwerkeanteile der schweizerischen „Finelectra“. Deren Beteiligung wurde zugunsten des RWE, das seinen Anteil auf 41,6375 Prozent ausbauen konnte, deutlich auf 5,775 Prozent reduziert. Die Anteile des Landes Vorarlberg (5 Prozent), des Landes Württemberg (15 Prozent) und weiterer deutscher Elektrizitätsunternehmen blieben gleich.⁴

Schon im März 1938 wurde mit Vorarbeiten zum Ausbau begonnen, da der Strom der Illwerke für das Ruhrgebiet, die Herzkammer der deutschen Rüstungsindustrie, vorgesehen und daher von kriegswichtiger Bedeutung war. Allein das Rodundwerk lieferte schrittweise ab Juli 1943 (Endausbau Mai 1944) mehr als doppelt soviel Energie wie das einzige bis 1938 in Betrieb stehende Vermunt-Kraftwerk.⁵

Andere Bauwerke wie das Obervermuntwerk, der fast 19 Kilometer lange Stollen zum neuen Latschau-Werk und der Ausbau der bestehenden Anlage sowie der Bau des Silvrettaspeichers wurden ebenfalls noch in der NS-Zeit vollendet.

Die eigentliche Bedeutung der Illwerke lag gar nicht so sehr in der Dauerleistung. Angesichts der zu erwartenden Probleme in der Energieversorgung durch den bevorstehenden Krieg waren die Planer im Reichswirtschaftsministerium darauf bedacht, für Krisensituationen — etwa die Zerstörung von Anlagen durch Sabotage oder Bombardements — vorzusorgen. Die Anlagen im relativ „bombensicheren“ Vorarlberg waren daher für die Strom-Engpaßleistung vorgesehen.

Während 1938 das zu jenem Zeitpunkt mit Abstand größte österreichische Wasserkraftwerk — das Vermuntwerk — maximal 86 MW Engpaßleistung sicherstellen konnte und schon damals ausschließlich für den reichsdeutschen Bedarf arbeitete, sahen die großzügigen Ausbaupläne eine geplante Engpaßleistung von 410 MW vor. Und dieser Plan ging auch auf: Bis in die letzten Wochen des Krieges lieferten die Illwerke trotz der Zerstörung etlicher Überlandleitungen Strom ins Ruhrgebiet!⁶

Es waren denn auch gewaltige Summen, die zu Beginn der NS-Zeit von reichsdeutscher Seite investiert wurden: insgesamt 207 Millionen Reichsmark, mehr als das Zwanzigfache des damaligen Vorarlberger Landesbudgets. Und die mit diesem Geld geschaffenen Werte blieben dem Land Vorarlberg und der Republik Österreich 1945 erhalten.

Insgesamt stieg der deutsche Kapitalanteil in Österreich von 1938 bis 1945 von neun Prozent auf 57 Prozent.⁷ In Vorarlberg waren an diesem Anstieg vor allem die Illwerke beteiligt. Die fast 90 Prozent Aktienanteile an diesem Stromversorgungsunternehmen, die sich 1945 in deutscher Hand befanden, gingen 1947 aufgrund der Regelungen des



2. Verstaatlichungsgesetzes dann aber an die Republik Österreich (70,2 %) bzw. an das Land Vorarlberg.⁸

Gestärkt aus dem Krieg: die großen Textilfirmen

Die Textilindustrie im gesamten Deutschen Reich führte während des 2. Weltkrieges einen harten Überlebenskampf und stand 1945 wirtschaftlich geschwächt da. Mit einer Ausnahme: Vorarlberg.

Den großen heimischen Firmen — F. M. Hämmerle, Franz M. Rhomberg, Carl Ganahl, Herrburger & Rhomberg, Getzner, Mutter & Cie. — war es in der NS-Zeit sogar gelungen, ihre wirtschaftliche Position deutlich zu verbessern. Das hatte mehrere Gründe.

Fast alle Eigentümer dieser alteingesessenen Familienunternehmen waren schon vor 1938 als eifrige Förderer der NSDAP bekannt⁹ und wurden von den nationalsozialistischen Machthabern nach 1938 daher in vielfacher Hinsicht bevorzugt behandelt: Sie profitierten beispielsweise vom wohl größten Raubzug der Geschichte, den sogenannten „Arisierungen“. So übernahmen F. M. Hämmerle und Franz M. Rhomberg zur Gänze das größte Kaufhaus Österreichs, das weltweit bekannte Kaufhaus Herzmansky. Dieses Unternehmen beschäftigte 730 Personen und machte einen Umsatz, der das Budget des Landes Vorarlberg um weit mehr als das Doppelte übertraf. Aber auch andere heimische Unternehmen bereicherten sich massiv an jüdischem Eigentum.¹⁰

Die großen heimischen Textilunternehmen erkannten in der NS-Zeit eine weitere große Chance: Die Übernahme von Teilproduktionen reichsdeutscher Rüstungsbetriebe sicherte im Krieg Beschäftigung und Umsatz. Dies wurde im Zuge der zunehmenden Verlagerung der Produktion aus den bombengefährdeten reichsdeutschen Industriezentren in die vorerst noch „bombensichere Ostmark“ auch für andere Teile Österreichs wichtig.¹¹

Das gelang in Vorarlberg mit verschiedenen Strategien. Zum einen wurden neue Firmen mit entsprechenden Aufgabenbereichen gegründet. Die Bedingungen dafür waren ideal, denn durch die immer stärkere kriegsbedingte Einschränkung der textilen Produktion wurden firmeneigene Arbeitskräfte frei und lagen Räumlichkeiten brach. So entwik-



Die Bleicherei Degerdon in Gais: Die Götzner Textilfirma Huber ließ hier während des Krieges Rüstungsgüter herstellen.



Das Kaufhaus Herzmansky in Wien: Von F.M. Hämmerle und Franz M. Rhomberg 1938 „arisiert“.

kelte sich die Götzner Firma Hubers Erben bis Kriegsende durch eine Firmengründung in Götzis und zwei Firmenübernahmen in Gais und Schlins mit rund 900 Beschäftigten zum größten metall- und eisenverarbeitenden Unternehmen Vorarlbergs.¹²

Zum anderen gelang es beispielsweise F. M. Hämmerle und Franz M. Rhomberg, das damals mit Abstand größte metallverarbeitende Unternehmen Vorarlbergs — die Rüschi-Werke in Dornbirn — mit massiver Unterstützung und gegen den erbitterten Widerstand der damaligen Eigentümer zu übernehmen. Unter den Bedingungen des „geplanten Kapitalismus“ mit fixierten äußeren Marktdaten (Rohstoff- und Arbeitskräftebeschaffung durch öffentliche Stellen, Abnahmegarantien zu festgelegten Preisen etc.) war dies während des Krieges eine der wenigen Möglichkeiten, reale Gewinne zu machen.

Ein heikles Problem für Nachkriegsösterreich im allgemeinen und Vorarlberg im speziellen bildete die Frage der „Rückstellungen“ von „arisierten“ Vermögenswerten sowie Wiedergutmachungszahlungen und Entschädigungen für durch nationalsozialistische Unrechtsmaßnahmen erlittene finanzielle Einbußen.

In den ersten acht Jahren nach Kriegsende waren insgesamt nur zwei Drittel des geraubten Grundbesitzes und gar nur ein Viertel des Wertes „entjudeter“ Geschäfte zurückgestellt worden. Die zuständige Stelle beim Landesgericht Feldkirch hatte insgesamt 337 Anträge zu behandeln, von denen bis 1952 97 bewilligt waren. Dabei war es häufig zu peinlichen Versuchen gekommen, die Rückgabe geraubten Gutes zu verhindern. So argumentierte beispielsweise die Gemeinde Hohenems im Verfahren zur „Rückstellung“ der ehemaligen Synagoge, der jüdischen Schule und anderer Liegenschaften der Kultusgemeinde Hohenems, die Betreiberin des Verfahrens — die Kultusgemeinde Wien — sei hierzu gar nicht berechtigt, das könne nur die ehemalige Eigentümerin, die Kultusgemeinde Hohenems. Die aber gab es als Folge des nationalsozialistischen Massenmordes gar nicht mehr!¹³

Es gab auch andere Versuche, „arisierte“ Güter und Liegenschaften nicht abgeben zu müssen: So trat beispielsweise Oskar Rhomberg von der Firma Franz M. Rhomberg, der gemeinsam mit Alfred Hämmerle von F. M. Hämmerle das von ihnen „arisierte“ Kaufhaus Herzmansky bis Kriegsende gemeinsam geführt hatte, nach 1945 als Kaufinteressent

auf, da sich der rechtmäßige Besitzer Max Delfiner noch im Ausland befand. Das Unternehmen wurde dann aber 1948 doch an diesen zurückgegeben.¹⁴

Investitionen in die Infrastruktur

In der NS-Zeit wurde in Vorarlberg sofort an die Verwirklichung sehr vieler Straßenbauprojekte gegangen: Die Hauptverkehrsrouten durch Vorarlberg von Bregenz bis zum Arlberg wurden ausgebaut, die Zufahrt zum Hochtannberggebiet wesentlich verbessert und im Arlberggebiet durch den weiteren Ausbau der Flexenstraße die Infrastruktur für den Aufstieg der Fremdenverkehrsorte Lech und Zürs geschaffen.¹⁵ Daneben gab es viele weitere Straßenausbauvorhaben in den einzelnen Gemeinden. Die Ausgaben für Straßenausbau stiegen in Vorarlberg 1938 bezogen auf das Jahr zuvor um 137,7 Prozent von umgerechnet RM 3.557.000,- auf 8.455.000,-.¹⁶ Die Errichtung vieler Reichsarbeitsdienstlager und — in der Folge — 15 Projekte zur Entwässerung von Riedgebieten waren weitere noch 1938 in Angriff genommene und noch während des Krieges vollendete Investitionsprogramme.¹⁷

Das wohl wichtigste Projekt aber war der Bau der sogenannten „Südtirolersiedlungen“. Hitler und Mussolini hatten sich im Juni 1939 darauf geeinigt, daß im Zuge der sogenannten „Option“ die „Rückführung“ der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols ins Deutsche Reich durchgeführt werden soll.

Für Vorarlberg bedeutete dies, daß die neugegründete VOGEWOSI (Vorarlberger gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m.b.H.) unter Führung von Dipl.-Ing. Alois Tschabrun sofort damit begann, in den wichtigsten Industriestandorten des Landes für damalige Verhältnisse hochwertige Siedlungen zu errichten. 65 Prozent der Gesamtkosten dieses für Vorarlberg einmaligen Projekts im sozialen Wohnbau wurden durch zinsfreie Kredite des Deutschen Reichs finanziert. Gebaut wurden insgesamt 16 Siedlungen in Bregenz Schendingen und an der Rheinstraße, in Lochau, Hard, Lustenau, Lauterach, Dornbirn (Sala, Egeten, Rüttensch, Kehlerstraße), Hohenems, Götzis, Rankweil, Feldkirch (Siechengrund, Liechtensteinerstraße) und Bludenz. Die ins-

gesamt 2005 Wohnungen boten über 10.000 „Umsiedlern“ Wohnraum und hatten durchschnittlich 60,56 m².¹⁸

Für ein Land, das damals etwa 150.000 Einwohner hatte, bedeuteten diese Bauten natürlich eine wesentliche Linderung der Wohnungsnot. Denn der neugeschaffene Wohnraum kam verschiedentlich auch der einheimischen Bevölkerung zugute.

Vorarlberg war von Zerstörungen weitgehend verschont geblieben und hatte 1945 somit einen deutlichen Vorteil gegenüber allen anderen österreichischen Bundesländern.

In Feldkirch war die damalige Lehrerbildungsanstalt während des Krieges von einem massiven Luftangriff betroffen gewesen, in Bregenz gab es in den letzten Tagen des Krieges größere Zerstörungen. Hingegen mußte Wien gleich 53 Angriffe über sich ergehen lassen, Graz 56, Klagenfurt 48 oder Innsbruck 22. Dementsprechend schaute die Bilanz aus: Die Schadenssumme betrug laut Österreichischem Jahrbuch 1945/46 bezogen auf die damaligen Preisverhältnisse im Mai 1945 für ganz Österreich 7.534 Millionen Schilling, davon entfielen 33 Prozent auf Wien, auf Niederösterreich 25 Prozent und auf die Bundesbahnen 16 Prozent. Von Kriegsschäden waren im „Ländle“ nur 0,16 Prozent der Gebäude betroffen, in Wien hingegen 28 Prozent, in Innsbruck sogar 60 Prozent, in Klagenfurt 69 Prozent, in Villach 85 Prozent und in Wiener Neustadt gar 88 Prozent aller Gebäude.¹⁹

Die während des Krieges geschaffenen Werte blieben Vorarlberg also erhalten: Die verschiedenen Illwerke-Bauten, die vielen „Südtiroler-Siedlungen“, Straßen und Kanäle verbesserten nach 1945 die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Vergleich zu anderen Regionen ganz entscheidend.

Allerdings sollen die verantwortlichen Landespolitiker bei der Übernahme der „Südtiroler-Siedlungen“ wenig Geschick gezeigt haben. Die sehr erfolgreiche Siedlungsgesellschaft VOGEWOSI war ja während des Krieges gegen den Willen der Geschäftsführung mit der weniger glücklich operierenden Tiroler „Neuen Heimat“ verschmolzen worden. Erst 1957 wurde das Vermögen der VOGEWOSI nach einem Vergleich beim Landesgericht Feldkirch wieder dem Land Vorarlberg übereignet, „nachdem der Rahm durch die «Neue Heimat Innsbruck» abgeschöpft war“²⁰ — so Alois Tschabrun, der vormalige Direktor der VOGEWOSI:



Bregenz-Schendingen, 1940: In ganz Vorarlberg wurden in den Südtiroler-Siedlungen insgesamt 2005 Wohnungen errichtet.



Die Flexenstraße im Bau, 1938: wichtig für die aufstrebenden Wintersportorte Lech und Zürs.

„Armseliger und diletantischer (sic!) konnte es gar nicht zugehen (. . .), Niemand hatte zur rechten Zeit den richtigen Blick, die Fähigkeit und die Courage, die Wiedergutmachung in die Hand zu nehmen, eine Jahrhundert-Chance wurde vertan.“²¹

Das immaterielle Erbe der NS-Zeit

Bevölkerungsgewinn: Südtiroler, Zwangsarbeiter, Flüchtlinge

Unmittelbar nach Kriegsende soll es in Vorarlberg etwa 240.000 Menschen gegeben haben, am 10. August 1945 wurden bei der Volkszählung noch 200.847 Menschen registriert.²² Darunter befanden sich gut 10.000 Südtiroler „Optanten“, die im Land seit 1939 eine neue Heimat gefunden hatten, sowie etwa 17.000 Deutsche und 12.000 Österreicher, die es im Zuge der Kriegseignisse aus anderen Bundesländer hierher verschlagen hatte.

Im Dezember 1945 lebten noch 186.386 Personen im Land: Die meisten durch den Kriegsverlauf nach Vorarlberg verschlagenen (Südtiroler, Flüchtlinge) oder deportierten (Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene) Menschen, die in ihre Heimat zurückkehren wollten, waren damals aus Vorarlberg weggezogen. Das bestätigt auch die weitere, etwas ruhigere Entwicklung: Im Oktober 1948 wohnten rund 192.000 Personen im Land.

Das Land hatte damit Ende 1945 im Vergleich zur Vorkriegszeit — 1939 gab es laut Volkszählung 156.091 Einwohner — ein gewaltiges Bevölkerungswachstum zu verzeichnen und über 30.000 oder fast 20 Prozent mehr Einwohner. Trotz knapp 8.000 im Krieg Gefallener wäre es schon allein dank des durch die NS-Bevölkerungspolitik geförderten Geburtenüberschusses von 1938 bis 1945 (10.757 Menschen) zu einem Bevölkerungswachstum gekommen. Insbesondere aber die Wanderungsgewinne wirkten sich für die weitere Entwicklung des Landes positiv aus.

Die Veränderung der industriellen Struktur

Für die Entwicklung der großen heimischen Textilbetriebe sehr wichtig war während des Krieges, daß es den meisten von ihnen gelang, ihre Produktion zu diversifizieren. Zu Beginn des Krieges sträubten sich viele „Textilbarone“ dagegen, daß von den Stellen, die für die Organisation der „Kriegswirtschaft“ zuständig waren, kriegswirtschaftlich wichtige Betriebe in Vorarlberg angesiedelt werden. Die Flugzeugwerke Dornier sollten in Bregenz ein Werk für 6.000 bis 8.000 Arbeitskräfte errichten, Daimler-Benz in Hard eines für 8.000 und auch die Flugzeugwerke Junkers schauten sich im Vorarlberger Unterland nach einem Areal um, auf dem ein Großbetrieb gebaut werden sollte. Aber die heimischen Textilunternehmer nutzten ihre Einflußmöglichkeiten und verhinderten die Realisierung dieser Pläne²³, denn sie befürchteten wohl nicht zu Unrecht, daß der dadurch entstehende Bedarf an Arbeitskräften sich negativ für die „Niedriglohnindustrie“ Textil auswirken würde.

Mit Kriegsverlauf und den daraus resultierenden Notwendigkeiten ließen sich Verlagerungen reichsdeutscher Rüstungsbetriebe ins relativ bombensichere Vorarlberg auch durch prominente Fürsprecher nicht mehr verhindern, immerhin aber wurde im Gegensatz zu anderen Gebieten die Textilindustrie nicht völlig verdrängt.²⁴ Für Vorarlberg bedeutete dies eine Art von „Neuindustrialisierung“, wie sie — bedingt durch die Kriegswirtschaft — auch in verschiedenen dezentralen und kleineren Industriegebieten Deutschlands vonstatten ging. Das deutsche „Wirtschaftswunder“ nach 1945 wird von Wirtschaftswissenschaftlern auf diese Veränderungen in der industriellen Struktur zurückgeführt.²⁵ Zuerst waren es nur wenige Kleinbetriebe, die nach Vorarlberg vermittelt wurden, ab 1943 aber verstärkte sich diese Tendenz, und schließlich wurden bis Kriegsende insgesamt 37 auswärtige Unternehmen im Land angesiedelt. Viele von ihnen blieben auf Dauer hier. So waren im Jahre 1950 von den insgesamt 44 Industriebetrieben der Bereiche Eisen- und Metallverarbeitung, Maschinenbau und Elektroindustrie lediglich 20 schon vor 1938 im Land tätig gewesen. Insbesondere die größeren nach Vorarlberg verlagerten Betriebe hatten allerdings durch Maßnahmen der Besatzungsmacht und wegen Rohstoffmangels ihre Produktion radikal einschränken müssen: Von den 600 Beschäftigten der in Lochau ansässigen Bayerischen Leichtmetallwerke

im Jahre 1945 arbeiteten Ende 1949 gerade noch 32 (5,5 %), bei den Michelwerken in Bregenz waren es noch 46 (8,3 %) von ehemals 552, bei der ebenfalls in der Landeshauptstadt angesiedelten Firma Graetz noch 63 (8,2 %) der ehemals 771. Andere Firmen mußten die Produktion auf Dauer oder kurzfristig völlig einstellen: die Dornierwerke in Dornbirn mit ehemals 787 Beschäftigten, die Firma Gebrüder Sievers (Hard) mit 227, das Rondo-Werk (Dornbirn) mit 237, Kürbi & Niggeloh (Rankweil) mit 228 und die Firma Steinheil & Söhne, die 1945 in Lustenau noch 302 Personen in der Lohnliste gehabt hatten. Das letztgenannte Unternehmen nützte aber die Gunst der Stunde, wechselte den Standort in die benachbarte Schweiz und baute dort einen Zweigbetrieb der Firma Heinrich Wild in Heerbrugg großzügig aus.²⁶

Heimische Unternehmen wie Elektra Bregenz oder Konrad Doppelmayr & Söhne in Wolfurt schafften den Umstieg von der Produktion von Kriegsgeräten und anderen kriegswichtigen Waren auf die Erfordernisse der Nachkriegszeit bestens und waren wesentlich am wirtschaftlichen Aufschwung Vorarlbergs in der Nachkriegszeit beteiligt. Dies gilt auch für etliche andere Betriebe, die zu Beginn der NS-Zeit als Klein- und Kleinstbetriebe galten und dank Aufträgen von Heeresstellen während des Krieges rasant wuchsen, etwa die Maschinenbaufirma Hans Künz in Hard, die galvanische und chemische Metallveredelung Collini in Hohenems und die dort ansässige einzige Schuhfabrik des Landes, Andreas Amann.²⁷

Die Veränderung der industriellen Landschaft Vorarlberg läßt sich statistisch an der Berufsstruktur ablesen. Insgesamt zeigt sich der Industrialisierungsschub in der Tatsache, daß die Zahl der Beschäftigten von 1938 bis 1948 um 90,5 Prozent (!) oder von 24.808 auf 47.271 (Beamte und in der Landwirtschaft Beschäftigte sind in diesen Zahlen wegen der Vergleichbarkeit nicht enthalten) stieg. Das Jahr 1938 wurde als Vergleichsgröße gewählt, weil es das letzte Friedensjahr mit einer dementsprechenden wirtschaftlichen Struktur war. Das Jahr 1948 läßt sich besser als etwa das Jahr 1945 mit 1938 vergleichen, weil rüstungswirtschaftlich bedingte Disproportionalitäten kaum mehr vorhanden waren: Während 1938 noch 42,8 Prozent der unselbständig Beschäftigten in der Textilindustrie tätig waren, gab es in diesem Bereich zehn Jahre später nur noch 22,2 Prozent. Die effektive Zahl der in der Tex-

tilindustrie tätigen Personen war aber entgegen der prozentuellen aufgrund der massiven Zunahme der Unselbständigen nur ganz leicht von 10.615 auf 10.504 gesunken.²⁸

Der große Rationalisierungsdruck, der während des Krieges auf den Firmen lastete und von der Rüstungsinspektion ständig verschärft wurde, war ein weiterer Faktor, der zu einem Modernisierungsschub in der heimischen Industrie führte. Das betrifft vor allem Fragen der Arbeitsorganisation — also etwa die Umstellung auf Akkord- und Schichtarbeit. Die Unternehmen mußten in den letzten Kriegsjahren sehr effizient arbeiten, um einer Stilllegung durch die Rüstungsinspektion zu entgehen. Diese „Effektivierung“ der Produktion nach „innen“ wurde von den Heeresstellen nach in periodischen Abständen durchgeführten Inspektionen eingefordert: Das entsprechende „Know how“ ging den Betrieben auch nach Kriegsende natürlich nicht verloren.

Daß aus dem Ländle nach 1945 der „Goldene Westen“ Österreichs wurde, hat also seine Ursache nicht zuletzt in Entwicklungen während der NS-Zeit.

Erst jüngst hat auch Wiens Altbürgermeister Helmut Zilk darauf hingewiesen, daß ihm 1946 Vorarlberg als „gelobtes Land“ erschienen sei, wenn er es mit seiner in Trümmern liegenden Heimatstadt verglichen habe. Zilk war damals als Lehrer mit 32 Wiener Kindern in Schwarzenberg auf einem Erholungsurlaub.²⁹

Für das Land positiv war nach dem Krieg, daß es in der französischen und nicht wie die östlichen Bundesländer in der sowjetisch besetzten Zone Österreichs lag. Denn dort scheuten viele Unternehmer angesichts der unsicheren politischen Lage vor Investitionen zurück. Für Vorarlberg gilt noch stärker als für die gesamte Republik, was Ernst Hanisch festgestellt hat:

„Alle Energie wurde auf den ökonomischen Wiederaufbau konzentriert.“³⁰

Das führte dann auch in den Jahren von 1946 bis 1952 zur sehr hohen wirtschaftlichen Wachstumsrate von durchschnittlich zwölf Prozent pro Jahr.³¹

Kulturelle Stagnation

Die Wirtschaft Vorarlbergs hat also massiv von der NS-Rüstungspolitik profitiert. Und der wirtschaftliche Aufschwung nach 1945 beruht zu einem großen Teil auf dem in diesen sieben Jahren geschaffenen Fundament. Kontinuität gab es über das Jahr 1945 aber auch in einem anderen Bereich: in der Kunst und der Kultur. Hier waren die Auswirkungen dementsprechend weniger positiv: Es bedeutete für Jahrzehnte kulturelle Stagnation. Zwölf Jahre Diktatur — fünf davon im austrofaschistischen „Ständestaat“ und sieben im NS-Staat — wirkten sich fatal aus: Die Werke der heute bekannten und hochgerühmten literarischen Moderne — von Autoren wie Ingeborg Bachmann, Paul Celan und Ilse Aichinger — fanden nach dem Krieg nur wenig Resonanz. Hingegen durften sich jene Autoren, die schon in der NS-Zeit erfolgreich publiziert hatten, über weiterhin hohe Auflagen und reges Interesse freuen. Zu ihnen gehörten Bruno Brehm, Friedrich Schreyvogel, Karl Heinrich Waggerl und die Vorarlbergerin Natalie Beer, die bis zu ihrem Tod eine notorische Verteidigerin der NS-Zeit und ihrer Protagonisten war und dennoch die höchsten Auszeichnungen des Landes erhielt. Noch 1983 meinte sie in einem Interview anlässlich der Verleihung der Franz-Michael-Felder-Medaille:

„Hitler war nicht mehr imstande, Leute zu finden, die, so wie er, wirklich das Gute gewollt hätten und getan hätten...“³²

Doch die Förderung der „Alten Kämpfer“ bzw. im Falle Beer „Kämpferinnen“ ist nur ein kennzeichnender Aspekt der kulturpolitischen Situation in Vorarlberg nach dem Krieg. Es kam auch zu massiven Einschränkungen der künstlerischen Freiheit. So wurde beispielsweise die Zensurpraxis aus der Diktatur nahtlos in die Zweite Republik „herübergerettet“. Das gilt nicht nur für die bis in die achtziger



Natalie Beer

So darf sie nicht nach Vorarlberg

Rhettta Frabotta (Foto), von Elvis Presley entdecktes Hollywoodsterchen, wird nicht in Versuchung kommen, nach Österreich zu fahren. In diesem Aufzug nämlich dürfte sie sich keineswegs in Vorarlberg blicken lassen. Die sittenstrenge Obrigkeit hat nicht nur den Modetanz Twist, sondern auch Bikinis und öffentliche Samstag-Tanzveranstaltungen verboten. Wer dagegen verstößt, zahlt bis zu 320 Mark oder muß bis zu einem Monat ins Gefängnis.



*Bikini- und Twistverbot erregten auch außerhalb Vorarlbergs Aufsehen:
Ausschnitt aus der Bildzeitung, 1962.*

Jahre exzessiv ausgelegten Möglichkeiten zur Kinozensur³³, sondern auch für das Theater. In der Gemeinde Götzis wurde beispielsweise 1946 die Aufführung von Friedrich Schillers „Kabale und Liebe“ generell abgelehnt. Begründet wurde dies unter anderem damit, daß der Selbstmord des Protagonisten Ferdinand am Ende des Stückes den Vorarlbergern durch „jahrhundertealtes Traditionsgut“ immer „fremd, krankhaft und grauenerregend, ob der inneren Haltlosigkeit“ gewesen sei. Darüber hinaus könnten die Zuschauer den bösen Präsidenten in Schillers Stück mit dem — so wörtlich — „redlichen Führer“ Landeshauptmann Ulrich Ilg identifizieren. Dieser Gefahr wollte man ein Jahr nach dem Tod eines anderen „Führers“ entgegen und verbot die Aufführung.³⁴

Da kann es kaum verwundern, daß der damalige Theaterdirektor Kurt Kaiser rückblickend über diese unmittelbare Nachkriegszeit meinte, daß die Zensurpraktiken damals in Vorarlberg weit über „den Rahmen der nationalsozialistischen Zensurstellen hinausging“.³⁵

Verbote wie die des Modetanzes „Twist“ und des Tragens der damals aufgekommenen zweiteiligen „Bikini“-Badeanzüge im Jahr 1962 durch die Vorarlberger Landesregierung zeigen, daß der kulturelle Mief der vorangegangenen Jahrzehnte noch lange Zeit nachwirkte.³⁶

Doch das ist nichts Besonderes und nicht nur ein Erbe der NS-Zeit, sondern auch ein langfristiges Ergebnis des „Kulturkampfes“ in der Ersten Republik. Erst in den sechziger Jahren gibt es Ansätze zur Verbesserung dieser Situation. Es gilt für Vorarlberg wohl im großen und ganzen auch das, was Hanisch für ganz Österreich konstatiert:

„Das konservative Paradigma verlor Mitte der 1960er Jahre seine Bindekraft.“³⁷

Anmerkungen

- ¹ Siehe Blaich, Wirtschaft und Rüstung im „Dritten Reich“, S. 15 ff.
- ² Hanisch, Österreichische Geschichte, 1890-1990, S. 407.
- ³ IfZ, MFA, MF T/71/102, Reichswirtschaftsministerium Nr. 604.004 ff.
- ⁴ Siehe dazu Walser, Bombengeschäfte, S. 81 f.
- ⁵ Österreichische Kraftwerke in Einzeldarstellungen. Folge 27. Kraftwerk Rodund, S. 18.
- ⁶ Siehe Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft, O.O. o J., S. 7 und S. 27 sowie VLA/DMG, Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft. Zusammenfassender Gesamtbericht, S. 5.
- ⁷ Siehe Hanisch, Österreichische Geschichte, 1890-1990, S. 353 f.
- ⁸ Siehe Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft, O.O. o J., S. 5 und S. 28 sowie Huebner, Vorarlberg und seine Energiewirtschaft, S. 17.
- ⁹ Siehe dazu Walser, Die Hintermänner.
- ¹⁰ Siehe dazu Walser, Bombengeschäfte, S. 32-38.
- ¹¹ Siehe dazu Schausberger, Rüstung in Österreich 1938-1945.
- ¹² Siehe dazu Walser, Bombengeschäfte, S. 206 ff.
- ¹³ Siehe Dreier, „Rücksichtslos und mit aller Kraft“, S. 230 ff.
- ¹⁴ Siehe Walser, Bombengeschäfte, S. 38 und 324 sowie Schriftliche Mitteilung von Henry Delfiner an das Kaufhaus Herzmansky vom 30. 3. 1989 (Kopie im Besitz des Verfassers).
- ¹⁵ Vorarlberger Tagblatt vom 31.12.1938, S. 4.
- ¹⁶ MAF, RW 21-28/4, Bericht über die Lage im „Rü In XVIII Bereich“ vom 10.1.1940.
- ¹⁷ Siehe Walser, Bombengeschäfte, S. 106-112.
- ¹⁸ Siehe Vorarlberger gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m.b.H. (Hg.), Geschäftsbericht 1940, S. 8 sowie weiters Tschabrun, Widerstand und Nazi-Orden sowie Walser, Bombengeschäfte, S. 113-117.
- ¹⁹ Siehe Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Österreicher und der Zweite Weltkrieg, S.151 und Albrich/Gisinger, Im Bombenkrieg, S. 273.
- ²⁰ Tschabrun, Widerstand und Nazi-Orden, S. 83.
- ²¹ Tschabrun, Widerstand und Nazi-Orden, S. 89.
- ²² Alle angeführten Zahlen sind folgenden Werken entnommen: Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol-Vorarlberg; 100 Jahre Handelskammer, S. 113-119.; Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik, Folge 1/

1945, S. 47 f., Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, I. Jahrgang, Neue Folge.

²³ Siehe dazu Walser, Bombengeschäfte, S. 178 ff.

²⁴ Siehe etwa Hetzer, Die Industriestadt Augsburg, S. 133 ff. und 137.

²⁵ Siehe etwa Geyer, Deutsche Rüstungspolitik, S. 166.

²⁶ Siehe Walser, Bombengeschäfte, S. 197.

²⁷ Siehe Walser, Bombengeschäfte, S. 273.

²⁸ ÖStA-AdR, Bürckel-Akten, Karton 35/1.902/4 und das Statistische Handbuch für die Republik Österreich, I. Jahrgang, Neue Folge.

²⁹ Siehe Vorarlberger Nachrichten vom 13.3.1995, S. A 5.

³⁰ Hanisch, Österreichische Geschichte. 1890-1990, S. 437.

³¹ Siehe Hanisch, Österreichische Geschichte. 1890-1990, S. 438.

³² Zit. n. Walser, „... nicht die Letzten?“, S. 170.

³³ Siehe dazu Zensur in Vorarlberg.

³⁴ Siehe dazu Fritsch, Die Situation des professionellen Theaters der Nachkriegszeit in Vorarlberg, S. 112 f.

³⁵ Zit. n. Fritsch, Die Situation des professionellen Theaters der Nachkriegszeit in Vorarlberg, S. 74.

³⁶ Siehe dazu Walser, Für Ethik, Sitte und Moral, S. 63 ff.

³⁷ Hanisch, Österreichische Geschichte. 1890-1990, S. 426.

Das befreite Land — Die „Besatzungszeit“

Werner Bundschuh

Radio Vorarlberg: Der erste freie Sender Österreichs

Am 2. Mai meldete sich um circa 21.30 Uhr Radio Vorarlberg als erster befreiter Sender Österreichs mit den Worten:

„Hier spricht der österreichische Rundfunk, Sender Vorarlberg in Dornbirn.“¹

Daß dies möglich wurde, war der Dornbirner Widerstandsbewegung zu verdanken. Bei der Rettung des Senders kam Postamtsvorsteher Gottfried Öttl und Ing. Otto Schubert eine zentrale Rolle zu. Sie verhinderten die geplante Sprengung. Schubert richtete im Keller des Rathauses in Dornbirn eine neues provisorisches Studio ein. Die 1 1/2 Sendestunden waren in den ersten Tagen nach der Befreiung äußerst wichtig, da sie die einzige Möglichkeit boten, Verlautbarungen und Kundmachungen an eine breitere Öffentlichkeit zu bringen. Allerdings gab es im Lande nur noch wenige Radioapparate, da diese durch die Gestapo beschlagnahmt worden waren. Die Nachrichtenbeschaffung war in den ersten Monaten für den Sender sehr schwierig, die Information der Bevölkerung sehr mangelhaft.²

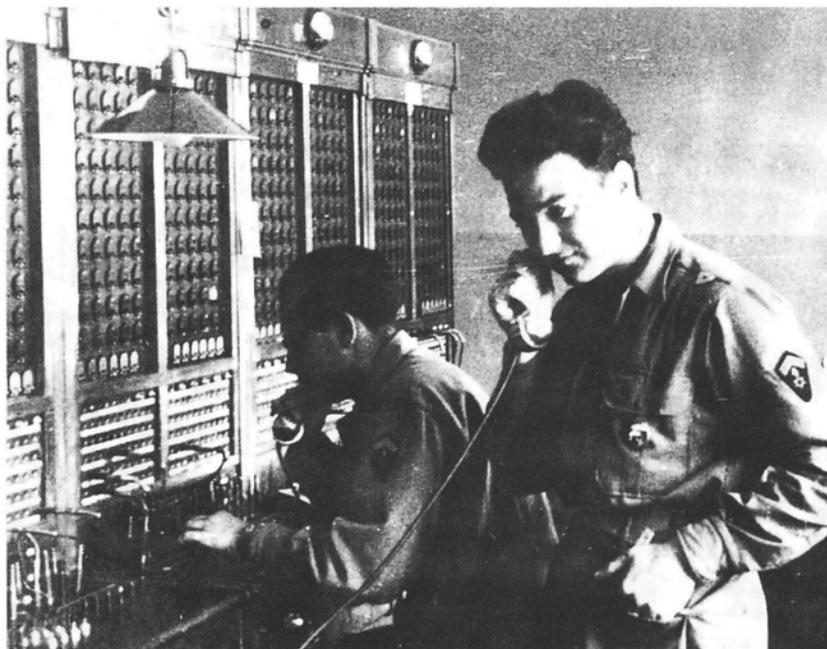
Aus einem Zeitungsartikel von Sendeleiter Obering und Otto Schubert: Vier Monate Österreichischer Sender Vorarlberg

„Im Postamt Dornbirn fanden sich einige Männer, die mit mir entschlossen waren, in ihrem Bereich die sinnlosen Zerstörungen zu verhindern. Durch Versprechungen und Drohungen gelang es, den Sendeleiter dazu zu bewegen, den noch in der Nacht vorher wiederholten Auftrag des Kreisleiters nicht auszuführen. Der Sprengstoff wurde beiseite geschafft und unschädlich gemacht.“

Als um die Mittagsstunde der „Gauleiter“ Hofer von Innsbruck aus seinen verzweifelten Aufruf, den Widerstand bis zum äußersten fortzusetzen, hielt, zu einer Zeit also, als dieser Mann selbst längst den Entschluß zu feiger Flucht gefaßt hatte, wurden die Leitungen vom Studio Innsbruck unterbrochen. Von den Fenstern des Postamtes aus sahen wir zur gleichen Zeit, wie sich die SS-Abteilungen auf dem Platz vor der Kreisleitung formierten. Anstelle der Rede des Gauleiters tickte unterdessen das Pausezeichen der Station dem Augenblick entgegen, da Dornbirn wieder österreichisch werden sollte. In den Nächten vorher waren die notwendigen Geräte, welche zur Aufnahme des Betriebes eines provisorischen Studios notwendig waren, bereitgestellt worden. Mein Plan war, mich so schnell als möglich des Kellers des Rathauses zu bemächtigen, in welchem die Außenstelle West untergebracht war. ... Es wurde 1/2 10 Uhr, bis durch das Mikrophon zum ersten Male nach sieben Jahren wieder ein österreichischer Sender seine Stimme im Äther erhob.“

Zwiegespräch mit Luxemburg

„Und diese Stimme wurde noch am gleichen Tage von Beobachtern in Bern, London und Luxemburg gehört, die gespannt darauf warteten, ob meine Absicht, den Sender zu erhalten, von Erfolg sein würde. Am nächsten Tage schon rief die Stimme des Sprechers vom Sender Luxemburg durch den Äther die neue Station an. Es kam zu einem Zwiegespräch zwischen Radio Vorarlberg, dem ersten Repräsentanten des wiedererstandenen Österreich und dem Sprecher des Senders Luxemburg. Schon am nächsten Morgen brachten die Sender der Stimme Amerikas zu Beginn ihres Nachrichtendienstes die Mitteilung von diesem Gespräch. Im Anfang mangelte uns begreiflicherweise alles zur Führung dieses provisorischen Betriebes. Aus unserem Nachbarlande, der Schweiz, kam die erste Hilfe in Form von Schallplatten, Verstärkern und sonstigem notwendigen Material. Ein bescheidenes Programm von aus dem Radioapparat übertragenen Nachrichten



Französische Zensurstelle im Postamt Dornbirn, 1945.



Erste Sitzung des Vorarlberger Landesausschusses am 24. Mai 1945 im Feldkircher Gesellenhaus. Von links: Dr. Elmar Grabherr (Schriftführer), Emil Nesler, Hans Mayer, Jakob Bertsch, Ulrich Ilg, Karl Zerlauth, Adolf Vögel, Eugen Leissing, Eduard Ulmer.

ten, einigen Schallplatten und eigenen Nachrichten durch das Mikrophon, begann die Sendetätigkeit. Schon acht Tage nachher konnte der Betrieb in ein behelfsmäßig gebautes Studio verlegt werden. Von da an dehnte sich die Sendetätigkeit aus, die Franzosen stellten ein fahrbares Studio zur Verfügung, welches vorher seinen Dienst in den Sandwüsten Afrikas getan hatte. ... Aus den 1 1/2 Stunden Sendebetrieb im Anfang ist heute ein Programm-dienst von beinahe 12 Stunden täglich geworden.“³

Die politische Neuordnung

Der provisorische Landesausschuß

Zwischen dem 29. April und dem 6. Mai 1945 wurde durch den Einmarsch französischer Truppen auch in Vorarlberg der nationalsozialistische Machtapparat beseitigt.

Österreich wurde nach der Befreiung von den Alliierten in vier Besatzungszonen aufgeteilt, die bis zur Anerkennung der Provisorischen Regierung Renner strikte getrennt blieben. Allerdings war die Zoneneinteilung, wie sie sich im Jahre 1945 schließlich herausbildete, keineswegs von vorneherein von den Alliierten so geplant gewesen. Der militärische Vorstoß der Franzosen in Südwestdeutschland und in Vorarlberg veränderte die diesbezüglichen Pläne der Amerikaner, Engländer und Russen.⁴

Die für Vorarlberg zuständige französische Militärregierung galt zunächst weiten Bevölkerungskreisen weniger als Befreiungsmacht vom Nationalsozialismus denn als fremde Besatzungsarmee.⁵ Nicht 1938 mit dem Überfall der deutschen Truppen auf Österreich, sondern mit dem „Einmarsch der Franzosen“ begann für viele die „Besatzungszeit“.⁶ Für „Ehemalige“ bedeutete der „Zusammenbruch“ subjektiv vielfach „das Ende“, zumindest eine äußerst unsichere Zukunft.⁷

Die französische Militärverwaltung wurde in der ersten Phase von Offizieren gebildet, die als Militärgouverneure und Ortskommandanten eingesetzt wurden. In Bregenz, Feldkirch und Bludenz richteten die Franzosen Unterabteilungen ein, und in der Landeshauptstadt begann ab Mitte Mai der Aufbau einer Militärverwaltung für das ganze Land,

deren Leiter zunächst Oberstleutnant d' Audibert de Lussan war. In dieser Zeit setzten die Franzosen neue Bürgermeister ein, und durch ein Dekret des in Vorarlberg kommandierenden Generals de Hesdin wurde am 24. Mai ein „Vorarlberger Landesausschuß als provisorische oberste Behörde der zivilen Verwaltung“ bestellt — allerdings unter der Oberhoheit der französischen Militärbehörden.⁸

Was jedoch mit dem Land letztendlich geschehen sollte, war nicht so eindeutig festgelegt, wie es im nachhinein erscheinen mag. Es gab verschiedene Pläne und Optionen. Der Bregenzer Bürgermeister Dr. Julius Wachter gehörte zu jenen, die das „Alpenland“-Projekt des Singener Bürgermeisters Dr. Bernhard Dietrich forcierten, das den Zusammenschluß von Baden, Württemberg, Bayern und Österreich (zumindest des westlichen Teils) vorsah. Am 10. Oktober 1945 erfolgte in Bregenz die Gründung des „Aktionskomitees des Alpenländischen demokratischen Bundes“. Ex-Unterrichtsminister Dr. Emil Schneider, der Bregenzer Altbürgermeister Stefan Kohler und der Bregenzer Bezirkshauptmann Dr. Emil Seeberger nahmen daran teil. Der Konstanzer Stadtarchivar Dr. Otto Feger träumte von einer „Schwäbisch-Alemannischen Demokratie“. Die Pläne zur Schaffung eines Bundes süddeutscher, katholischer Staaten unter Einschluß von Vorarlberg enthielten in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine nicht zu unterschätzende politische Brisanz.⁹

Die führenden Landespolitiker verfolgten eine andere Politik. Zunächst bemühte sich der Landesausschuß um den raschen Aufbau einer neuen Zivilverwaltung, die im wesentlichen auf drei Ebenen bestand. Der „Vorarlberger Landesausschuß“ stellte provisorisch die oberste zivile Verwaltungsbehörde dar; auf kommunaler Ebene nahmen von der Militärregierung eingesetzte Bürgermeister und ernannte Stadt- beziehungsweise Gemeinderäte ihre Tätigkeit auf; schließlich war die „Österreichische demokratische Widerstandsbewegung“ als überparteiliche antifaschistische Organisation mit dem Ziel gegründet worden, die NS-Ideologie zu beseitigen, das öffentliche Leben zu demokratisieren und die „Entnazifizierung“ der Verwaltung und in den Betrieben voranzutreiben.¹⁰

Eine entscheidende Rolle bei der Installierung eines Landesausschusses kam im Vorfeld dem Feldkircher Rechtsanwalt Dr. Arthur

Ender zu, der gegen Kriegsende über Hans Ciresa¹¹ Verbindung mit dem englischen Geheimdienst, dem Secret Service, aufgenommen hatte.¹² Er bereitete ab Februar 1945 eine Namensliste vor, die er den einrückenden französischen Truppen am 3. Mai in Feldkirch überreichen konnte. Ender schlug eine Konzentrationsregierung vor, an deren Spitze der Dornbirner Landwirt Ulrich Ilg stehen sollte, der während der austrofaschistischen Ära bereits der Landesregierung angehört hatte und kurzfristig unter Dollfuß Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft gewesen war.

Die Gründe für seine Nominierung sah Ilg selbst so:

„Es dürften zwei Gründe gewesen sein, die für dieses Votum bestimmend waren: Als erstes schien es zweckmäßig, daß ein bäuerlicher Exponent die Hauptverantwortung übernimmt, im Interesse der brennenden Frage der Ernährungssicherung. Nachdem ich noch in der autoritären Zeit auf dem Wege der geheimen Wahl an die Spitze des Bauernstandes berufen wurde, lag es irgendwie in der Luft, sich an diese Wahl zu erinnern. Fürs zweite hatte ich Gelegenheit, als einer der ersten politischen Mitarbeiter in den Maitagen 1945 im Vorarlberger Sender einen Aufruf zu erlassen, über vermehrten Anbau, über Bereitstellung von Schrebergärten, über Einteilung der Lebensmittelkarten und dergleichen mehr. Da der Sender seinen Sitz in Dornbirn hatte, mußte eine solche Initiative in erster Linie hier anhängig gemacht werden. Und dadurch habe ich mich eigentlich unbewußt auch selbst in den Vordergrund gestellt.“¹³

Der von den französischen Behörden bestellte provisorische Landes-
ausschuß:

Präsident:

Ulrich Ilg: Präsidium, Sicherheitswesen, Inneres, Justiz

Vizepräsident:

Jakob Bertsch:* Fürsorge, Bauwesen, Post- und Fernmelde-
wesen

Mitglieder:

Adolf Vögel:	Finanzen
Eduard Ulmer:	Wirtschaft
Eugen Leissing:	Kultur, Erziehung, Wissenschaft
Hans Mayer*:	Verkehr, Wiedergutmachung, Sicherheits- direktion
Emil Nesler*:	Arbeit
Karl Zerlauth	Ernährung, Landwirtschaft

(*Sie zählten zum sozialdemokratischen Lager.)

Noch bestand ein von den Alliierten erlassenes Parteienverbot. Dennoch war in Wirklichkeit bei der personellen Zusammensetzung der verschiedenen Gremien klar nach Parteigesichtspunkten verfahren worden. Die „ÖVP“ stellte mit fünf Vertretern die Mehrheit im Landesausschuß und besetzte die Schlüsselressorts. Dem sozialistischen Lager waren drei Mitglieder zuzurechnen, die Kommunisten waren leer ausgegangen.¹⁴

Herbert Stohs, führender Kopf der Dornbirner ÖDW über die Bestellung Ulrich Ilgs:

„Wir hatten noch keine Landesregierung. Vorläufig galten noch die Bestimmungen für einen Gau Tirol-Vorarlberg. So haben wir mit allem Nachdruck verlangt, daß Vorarlberg wieder die Selbständigkeit erhält. Die Franzosen haben dafür das entsprechende Verständnis gezeigt. Ich erinnere mich sehr genau, daß ich an einem frühen Morgen beim ehemaligen Staatssekretär Ulrich Ilg im Stall war, als er seine Kühe molk, und ihm dort im Namen der Widerstandsbewegung zugeredet habe, er möge sich doch an die Spitze dieses Landesausschusses stellen, um Vorarlbergs Unabhängigkeit durchzusetzen. Alle, gleichgültig welcher politischer Richtung sie angehörten, würden ihm das Vertrauen schenken.“¹⁵

Die Not zwang zur Zusammenarbeit.¹⁶ Die gemeinsame Erfahrung von Unterdrückung während der Nazi-Zeit, die Verantwortung gegenüber der französischen Militärregierung und vor allem die Fülle ungelöster Verwaltungs- und Wirtschaftsprobleme überdeckten zunächst noch die weltanschaulichen Differenzen. Es gab Parteiongen, keine Parteien.¹⁷

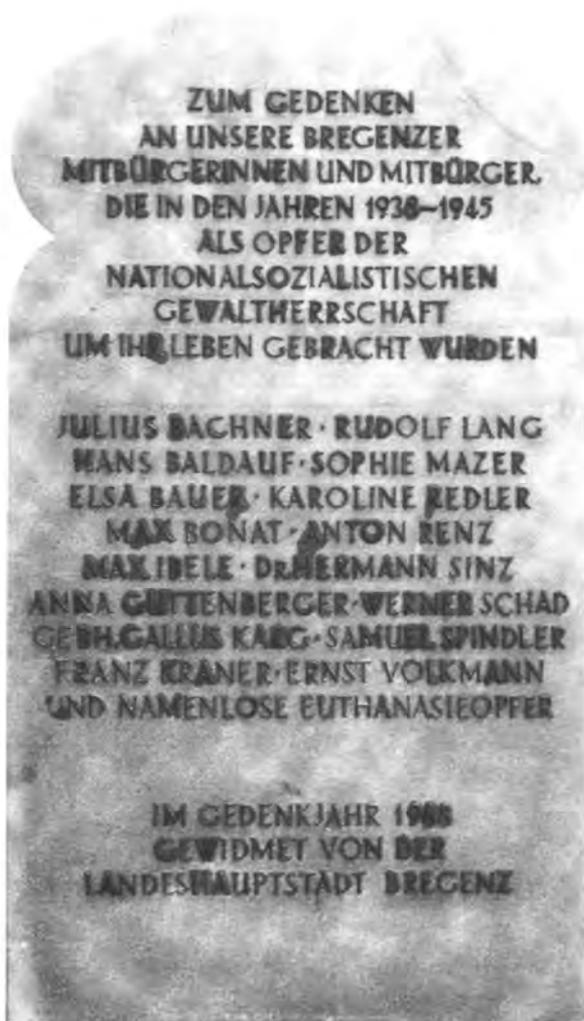
Dies änderte sich im September, als der Alliierte Rat für Österreich die ÖVP, SPÖ und KPÖ als demokratische Parteien anerkannte. Zunächst wurde noch der „Burgfriede der demokratischen Parteien“ geschworen, doch angesichts der am 25. November 1945 stattfindenden ersten Nationalrats- und Landtagswahlen in der Zweiten Republik traten die Unterschiede deutlich hervor.

Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene

Auf kommunaler Ebene setzten die französischen Behörden Bürgermeister ein, die eine breite Zustimmung erwarten ließen. Allerdings gab es gelegentlich außergewöhnliche Maßnahmen: In Mäder setzten die Franzosen einen Belgier ein, für die Sicherheit in Sulzberg, Doren und Langen war bis Juni der serbische Oberst Pavlovic zuständig.¹⁸

In die Gemeindestuben zogen in der Regel gleich viele „ÖVP“- wie „SP“-Vertreter ein. Allerdings nicht überall. In Götzis wurde das Verhältnis mit 2:1 festgelegt. Im Gemeinderatsprotokoll vom 5. Oktober heißt es dazu:

„G.R. Kerber als Sprecher der Sozialdemokraten bemerkt hiezu, daß die heutige Zusammensetzung der Gemeindevertretung, nämlich 17 ehemals Christlichsoziale und 7 Sozialdemokraten, nicht dem seinerzeit festgelegten Verhältnis von 1:2 entspricht. Es entwickelt sich eine rege Debatte, an welcher sich besonders Bürgermeister Dr. Rhomberg, Vizebürgermeister Lampert und G.R. Ritschl beteiligten. Letztere erklärten, daß bei den diesbezüglichen Verhandlungen dem Vorschlag der ehemals Christlichsozialen, das Verhältnis 1:3 anzuwenden, gegenüberstand. Es wurde sodann ein Mittelweg gewählt und das Verhältnis 1: 2,5 vereinbart...“



Gedenktafel an der Bregenzer Seekapelle. 50 Jahre nach dem sogenannten „Anschluß“ ehrte die Stadt Bregenz jene Bregenzerinnen und Bregenzer, die von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft um ihr Leben gebracht wurden. Gleichzeitig ließ das Bundesdenkmalamt aus „ästhetischen Gründen“ die Gedenktafel am ehemaligen Gefängnis in der Bregenzer Oberstadt von der Außenfassade entfernen.

Ungewöhnlich gestaltete sich die politische Zusammensetzung der provisorischen Stadtverwaltung in Bregenz. Wie die Ausschüsse der „Widerstandsbewegung“ war sie zur einen Hälfte mit Angehörigen der Konservativen und zur anderen mit Mitgliedern der SPÖ und KPÖ besetzt. Die Kommunisten um Vizebürgermeister Max Haller waren also überproportional gut vertreten.¹⁹

Bei der ersten Sitzung der provisorischen Stadtvertretung am 13. Juni 1945 wurden alle Beschlüsse einstimmig gefaßt. Im Protokoll heißt es:

„Auch Vizebürgermeister Haller betonte die Bereitschaft, unter Zurückstellung aller parteipolitischen Interessen für das allgemeine Wohl gemeinsame Arbeit zu leisten. Die erste Sitzung, bei der alle Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden, berechtigte zur Erwartung, daß man sich in der neuen Stadtverwaltung nicht gegenseitig überstimmt, sondern überzeugt.“

Auf Antrag des kommunistischen Vizebürgermeisters wurde beschlossen:

„Der Bürgermeister (Dr. Julius Wachter) möge dem Herrn Kommerzialrat Stefan Kohler den Dank der Stadt dafür aussprechen, daß er auch in der schwierigen Zeit von 1938 bis 1945 den Friedhof mit Liebe und Hingabe gepflegt und betreut hat, und ihn in aller Form bitten, sich dieser Arbeit auch fernerhin anzunehmen. ... Die Stadtverwaltung möge schon in dieser Sitzung die Errichtung eines würdigen Denkmals für die Blutopfer des Nationalsozialismus (hingerichtete Bregenzer und in Bregenz verstorbene ehemalige KZ-Häftlinge) in Aussicht nehmen.“²⁰

Jedoch erst im Jahre 1988 wurde dieser Beschluß in die Tat umgesetzt und eine entsprechende Gedenktafel an der Seekapelle angebracht.

Wie in allen anderen Städten ging die neue Stadtvertretung 1945 daran, NS-Straßennamen zu tilgen. So wurde die Reichsstraße von Bregenz nach Lochau in „Straße der Première-Armee-Française“ umbenannt.

Die Zusammenarbeit der Kommunisten mit den Sozialisten — es fanden gemeinsame Parteisitzungen statt — funktionierte allerdings

nur wenige Monate, dann wurde sie auf Betreiben anderer, aus der Gefangenschaft heimgekehrter Sozialisten beendet.

Auszug aus der Niederschrift über die 6. Sitzung der provisorischen Stadtvertretung in Bregenz am 17. Juli 1945:

Etwas war am Nationalsozialismus einmalig: Der Zusammenbruch, mit dem er geendet hat. Infolgedessen ist heute jede Behörde in gewissem Sinne ein Amt für Wiederaufbau. Wie man aber bei einem Hausbau nicht von heute auf morgen mit fertigen Entwürfen vor die Öffentlichkeit treten kann, so ist auch bei der Neuerrichtung des öffentlichen Lebens viel Vorarbeit nötig. ... Daß man seither wieder auf den Pfänder fahren kann, daß entlassene Soldaten freie Fahrt nach Hause bekommen, daß aus dem Bludenzener Lager alle Österreicher schon lange freigelassen sind, daß 90 der Hölle von Dachau entronnene Österreicher nach Vorarlberg kommen und sich hier erholen konnten, daß Bregenz wieder Gas hat, daß wieder eine uniformierte Polizei Dienst macht — dies und viel anderes mehr ist nächst dem Entgegenkommen der franz. Militärregierung auch der Arbeit zu verdanken, die in der Stadtvertretung mit vorbildlicher Einmütigkeit geleistet wurde.²¹

In Dornbirn allerdings war die Lage von vornherein anders. Hier amtierte zunächst NS-Bürgermeister Josef Dreher bis Ende Mai ungehindert weiter. Die Franzosen setzten ihm nur einen Beirat, der aus vier Konservativen und vier Sozialisten bestand, zur Seite. Unter den „Beiräten“ befand sich auch Ulrich Ilg, der provisorische Leiter des Landesausschusses. Am 18. Mai wurde Dreher durch den Harder Juristen Dr. Günther Anton Moosbrugger abgelöst.²² Die Kommunisten wurden — im Gegensatz zu Bregenz — von der Gemeindestube ausgeschlossen und ihre Bemühungen, einen Stadtrat zu erhalten, scheiterten.²³



Spottkarte auf den neuen, aus Hard stammenden Bürgermeister, Dornbirn, 1945.



Der Dornbirner Bürgermeister Dr. Anton Moosbrugger mit französischen Offizieren.

Aufruf des neuen Dornbirner Bürgermeisters Dr. Anton Moosbrugger:

„Es gilt nun aber nicht nur, die Vergangenheit restlos zu liquidieren, sondern auf den Trümmern ein neues Vaterland aufzubauen. Hiezu rufe ich alle Gutgesinnten der Stadt auf. Was zwischen den Parteien Trennendes liegt, wird derzeit als nebensächlich beiseite gelegt. Wir sind entschlossen, alle unsere Kräfte daran zu setzen, wieder ein freies und glückliches Österreich zu schaffen und sind dessen gewiß, daß jene Nationen, die uns von dem Joche des Nazismus befreien, uns ihre Kraft und Hilfe leihen, um uns als dem ersten Opfer der Aggression den Wiederaufbau zu ermöglichen.“²⁴

Die „Österreichische demokratische Widerstandsbewegung“

Mit der Befreiung des Landes durch die Franzosen konnten sich die „Widerständler“ an die Öffentlichkeit wagen. Und in den ersten Wochen nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft spielten sie eine bedeutende Rolle, da sie naturgemäß als Ansprechpartner der einrückenden Truppen fungierten. Außerdem hatten sie ihren — wenn auch bescheidenen — Beitrag zur Befreiung des Landes geleistet. Ihre Orts- und Personenkenntnis waren für die Franzosen unerlässlich. Deshalb wurden sie auch in die provisorischen Gemeindeverwaltungen berufen. Da sich erst Ende Mai der Landesausschuß konstituierte, besaßen die deklarierten Nazigegner für gut drei Wochen auf lokaler Ebene eine nicht unbeträchtliche Macht, da sie von den Franzosen mit exekutiver Gewalt ausgestattet wurden.

Allerdings bestand keine Einigkeit darüber, wie der organisatorische Aufbau einer landesweiten Organisation der „Widerständler“ erfolgen sollte. Die weltanschaulichen Gräben der isoliert agierenden Gruppen waren tief, persönliche und lokale Animositäten verhinderten eine Konzentration der Kräfte. Außerdem gab es diverse Ablehnungs-

fronten gegen eine Machtausweitung der antifaschistischen „Widerstandsbewegung“.

Am 7. Juni einigten sich die Vertreter der verschiedenen Gruppen dennoch auf Schloß Glopper bei Hohenems auf ein gemeinsames Vorgehen unter dem Namen „Österreichische demokratische Widerstandsbewegung, Land Vorarlberg (ÖDW)“. Sie erhielt jedoch keine legislativen und exekutiven Vollmachten und wurde zusehends an den Rand des politischen Geschehens gedrängt.

Ein besonderes Anliegen der ÖDW war die „Entnazifizierung“. Damit stand sie vor einer Sisyphusarbeit, an der sie letztlich zerbrach. Denn die Vorstellungen von Landeshauptmann Ilg und der Landesregierung deckten sich in wichtigen Punkten nicht mit jenen der Widerstandsbewegung, wie noch zu zeigen sein wird.

Der organisatorische Rahmen der ÖDW sah neben der Landesleitung sechs Bezirksausschüsse und schließlich 72 Ortsausschüsse vor. Die Arbeit wurde auf verschiedene „Referate“ aufgeteilt.²⁵ Das wichtigste war zweifellos das Referat für politische Gutachten. Es diente den heimischen und den französischen Behörden als Auskunftsstelle über die NS-Betätigung einzelner Personen. Diese Gutachten entschieden im Einzelfall über Verhaftung oder Entlassung, über den Arbeitsplatz oder die Wohnung, hatten also existentielle Bedeutung. Auch die Erfassung jener Personen, die durch das NS-Regime aus politischen Gründen geschädigt worden waren, oblag der ÖDW.

Es zeigte sich jedoch recht bald, daß einzelne Ortsgruppen bei der Ausstellung von politischen Gutachten überforderte waren. Im August nahm der Landessekretär der ÖDW, Dr. Georg Blocher, zur tristen Situation Stellung:

„Es wird überall darüber Klage geführt, daß auf der einen Seite harmlose Mitläufer des Nationalsozialismus verhaftet und auf der anderen Seite nationalsozialistische Funktionäre und Aktivisten enthaftet oder auf freiem Fuße gelassen werden.“²⁶

Der Eindruck, daß die Kleinen gehenkt und die Großen laufen gelassen werden, herrschte nicht zu Unrecht vor. Dadurch verlor die ÖDW rasch an Ansehen. Diesem Vertrauensschwund sollte durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit entgegnet werden. Über eine landes-

weite Inspektion der Tätigkeit der „Säuberungsarbeiten“ hieß es am 31. Oktober in einem VN-Artikel:

„An der Spitze der Ergebnisse steht die Tatsache, daß es keines äußeren Anstoßes bedurfte, sondern daß die politische Säuberung wie ein Elementarereignis spontan aus der vaterlandstreuen Bevölkerung kam. Die ÖDWB lenkte die verschiedenen damit zusammenhängenden Aktionen in geordnete Bahnen und beseitigte mit Hilfe ihrer umfassenden Organisation Ungerechtigkeiten, die durch Maßnahmen einzelner hervorgerufen wurden. ... Darüber hinaus wurde in unermüdlicher und systematischer Arbeit eine klare Übersicht über die großen und kleinen vaterlandsverräterischen Zwingherren einerseits und den Mitläufern und Zwangsmitgliedern andererseits geschaffen.“

Dieser Rechenschaftsbericht beschönigte jedoch die tatsächliche Situation der ÖDW. Denn ein grundlegendes Problem bestand darin, daß sich in ihr nicht nur tatsächliche NS-Gegner befanden, sondern daß etliche Wendehälse Unterschlupf gefunden hatten. War es bis zur Gründung der Landesorganisation im Juni ein exklusiver Kreis, der sich als „Widerständler“ bezeichnen durfte, so brachte es die notwendige Öffnung mit sich, daß die wirklichen Idealisten bald in der Minderzahl waren. Die 72 Ortsstellen wiesen schließlich 1400 Mitglieder auf.

Wenige Tage vor den November-Wahlen kam es in Feldkirch zum Eklat. Die dortige Ortsstelle resignierte:

„Die wirklichen Widerständler können nur ihr größtes Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß es möglich ist, führende Stellen in der Verwaltung mit Personen zu besetzen, die sich nicht früh genug zum Nationalsozialismus bekennen konnten, oder zumindest während des ganzen Krieges eifrig mit Leuten dieser Art liebäugelten.“²⁷

Ab 15. Dezember bezeichnete sich die ÖDW als „Freiheitsbewegung“. Nach den Wahlen entzog ihr die Landeshauptmannschaft die Gutachter-tätigkeit und wies sie den sogenannten „politischen Ausschüssen“ in den Gemeinden zu. Die Demontage der „Freiheitsbewegung“ durch die gewählten Mandatäre führte zu ihrem schnellen Ende: Am 14. März

1946 stellte sie ihre Tätigkeit ein und wurde in einen Verein umgewandelt.

Die „richtigen Widerständler“ organisierten sich im selben Monat im „KZ-Verband Vorarlberg“. Obmann wurde der ehemalige Kommandant der Lustenauer Heimwehr Hermann Hämmerle, der 22 Monate im KZ Buchenwald verbracht hatte.²⁸ Der Landesführung gehörten des weiteren Kaplan Georg Schelling, Dr. Max Riccabona (Feldkirch), Adolf Hämmerle (Lustenau), Engelbert Böhler (Kennelbach), Josef Jäger (Dornbirn), Mattias Groß (Bludenz), Dr. Mayer (Bludenz) und Hr. Bitschnau (Feldkirch) an.²⁹

Bereits im Jänner hatte in Innsbruck die Gründungsversammlung des „Vereins rassistisch Verfolgter für Tirol und Vorarlberg“ stattgefunden. Die Veranstaltung verlief allerdings nicht konfliktfrei:

„Zu Protesten kam es, als der Vertreter der ÖVP, Parteisekretär Baumann, die Grüße und Wünsche seiner Partei überbrachte. Zwischenrufer erkundigten sich, ob er auch Überbringer der Grüße des Ehrenpräsidenten der ÖVP und Präsidenten des Nationalrates Kunschak sei, der sich kürzlich erst wieder öffentlich als Antisemit bekannt hat.“³⁰

Probleme bei der „Entnazifizierung“

Mit dem sogenannten „Verbotsgesetz“ und dem „Verfassungsgesetz über Maßnahmen zur Wiederherstellung gesunder Verhältnisse in der Privatwirtschaft“ wurde noch 1945 der erste Versuch unternommen, die österreichische Gesellschaft und Wirtschaft vom Nationalsozialismus zu säubern. Die NSDAP und ihre Organisationen wurden verboten, ihre Mitglieder mußten sich registrieren lassen³¹.

In Vorarlberg betraf diese Registrierungspflicht rund 20.000 Menschen, circa 9 % der Bevölkerung. Die ehemaligen „Illegalen“ — Personen, die zwischen dem 1. Juli 1933 und dem 13. März 1938 der NSDAP oder einer Unterorganisation angehört hatten — wurden von der Leitung von Betrieben ausgeschlossen, „illegale“ Arbeitnehmer entlassen³².

In den Betrieben sollte die „Entnazifizierung“ mit einer „Wirtschaftsdemokratisierung“ verknüpft werden. Es war auch klar, welche Unternehmen im Textilland Vorarlberg für solche Maßnahmen in Frage kamen. Doch der Wunsch war der Vater des Gedankens: Es gab keine durchführbare Strategie, die die Kombination von betrieblicher Mitbestimmung, Entnazifizierung und Verstaatlichung — wie sie von führenden Sozialisten im Lande gefordert wurde — zu einem Anliegen weiterer Kreise gemacht hätte.

Bei Kriegsende waren der französischen Verwaltung nur die groben Linien der „Entnazifizierungspolitik“ klar. Die personelle Säuberung, die administrative und (straf)rechtliche „Dénazification“ sollte durch eine geistige und kulturelle „Entgiftung“, die „Désintoxication“, ergänzt werden. Die „Désannexion“ beabsichtigte, nicht nur eine rechtliche, sondern mentalitätsmäßige Trennung der Österreicher und Österreicherinnen von den Deutschen herbeizuführen. Das Endziel war, eine an die Wurzel gehende „Démocratisation“ zu erreichen.³³

Die Ortskommandanten und Sicherheitsoffiziere internierten die bekannten Nationalsozialisten zunächst vor allem aus Sicherheitsgründen. In der französischen Zone (Tirol und Vorarlberg) wurden bis zum 15. September 1946 insgesamt 9.440 Personen interniert, das waren 14,4 Prozent der registrierten Nationalsozialisten.³⁴ In Vorarlberg wurden fast alle von den alliierten Behörden verhaftet. In jedem Bezirk gab es ein großes Internierungslager: bei Lochau (Bregenz), in Brederis (Feldkirch) und in Bludenz-Rungelin. Daneben existierten kleinere Anhaltelager mit Arbeitskommandos.³⁵ Sowohl was die Verhaftungspraxis als auch die Rigorosität der Anzeigen angeht, lag die französische Zone vor der britischen und sowjetischen, nur die Amerikaner hatten noch höhere Werte.³⁶

Allerdings erwiesen sich die „Säuberungen“ — etwa in der Verwaltung und im öffentlichen Dienst — wie oben ausgeführt, in der Praxis als schwierig. Der „Säuberungskommission“ des Landes gehörten acht Mitglieder, die unter dem Nazismus besonders zu leiden hatten, und ein Vertreter des Militärgouverneurs an. Für Lehrer, Post- und Eisenbahnbeamte und „die übrigen“ gab es eigene Personalausschüsse. Nach Ansicht der französischen Stellen übten diese Gremien im Ländle jedoch zu starke Nachsicht.³⁷

Noch schwieriger als die „Entnazifizierung“ der NS-Funktionäre und Mitglieder der SS bzw. der hochrangigen Wehrmichtsangehörigen war jedoch die Frage zu lösen, was mit den NS-Wirtschaftsverantwortlichen geschehen sollte. Landeshauptmann Ulrich Ilg und Eduard Ulmer, der Wirtschaftsreferent der Landesregierung³⁸, vertraten gegenüber den „Ehemaligen“ eine weiche Linie, denn sie waren der Meinung, daß besonders die Industriellen — und sie gehörten fast durchwegs zur Kategorie der „Schwerbelasteten“ — für den Wiederaufbau benötigt würden.³⁹ In diesem Punkt nahmen auch die Franzosen eine pragmatische Haltung ein.

Die „Entnazifizierung“ vollzog sich deshalb nur schleppend. Im Jahre 1946 ging ihre Durchführung auf die österreichische Regierung über, allerdings behielt sich der Alliierte Rat das Recht vor, unter bestimmten Voraussetzungen selbst Personen aus Staat und Wirtschaft zu entfernen⁴⁰. Die Entnazifizierung der Wirtschaft stieß jedoch insgesamt auch in Vorarlberg auf unüberwindliche Schwierigkeiten.⁴¹

Gewerkschaftsbericht über die „Entnazifizierung“:

„Die mit der Wirtschaftssäuberung verbundenen Arbeiten gleichen einem Bandwurm ohne Ende. Sie zählen zu den schwierigsten und undankbarsten Arbeiten des Landessekretariates und das Ergebnis steht in keinem Einklang zu der hiefür aufgewendeten Zeit und Mühe, ... Wohl haben die französischen Besatzungsbehörden gleich nach der Befreiung eine gewisse Anzahl nazistisch Belasteter, darunter auch einige größere Fabrikanten in Haft gesetzt oder in Anhaltelager gebracht und für deren Betriebe Zwangsverwalter bestellt. Doch zur Hauptsache waren die Lager mit kleinen Nazis gefüllt, während andere viel stärker Belastete sich der Freiheit erfreuen konnten.“⁴²

Auch den verantwortlichen Arbeitnehmervertretern wäre es mit der Zeit am liebsten gewesen, wenn die Entnazifizierung überhaupt eingestellt worden wäre.⁴³ Die mangelnde Bereitschaft, mit der nationalsozialistischen Vergangenheit vollständig zu brechen, wurde besonders in der kommunistischen „Tageszeitung“ beklagt.

Klage in der kommunistischen „Tageszeitung über die mangelnde Entnazifizierung:

„Warum zweierlei Recht? Heute sind uns wieder zwei besonders krasse Fälle im ‚Ländle‘ bekannt geworden, die blitzlichtartig aufzeigen, wie die Lage heute ist.

Herr Arthur Hämmerle und Herr Eugen Rhomberg, beide bekannte ‚Wirtschaftsführer‘ und Kriegs-Großgewinner, wurden — wie uns aus Dornbirn gemeldet wurde — ‚krankheitshalber‘ aus dem Lager, in dem sie bisher als Nazi festgehalten waren, freigelassen.

Als Mitbesitzer zweier der größten Voralberger Textilfirmen, nämlich ‚Hämmerle‘ und ‚Herrburger und Rhomberg‘, gehören sie zu jener dünnen Schicht einflußreicher Großindustrieller, die kraft ihres Geldes und Einflusses schon früher entscheidenden Einfluß auf die Politik in Vorarlberg hatten — und wohl auch haben werden. Sie verfügen über die nötigen ‚Beziehungen‘ und auch über das nötige Geld, um dafür zu sorgen, daß ihnen alles, was sie gegen Österreich taten, ‚vergeben und vergessen‘ wird, denn Geld ist Macht und Macht geht vor Recht.“⁴⁴

Mitte des Jahres 1945 hofften noch viele, daß der demokratische Neuanfang eine weitgehende Entnazifizierung mit sich bringen würde. Diese Erwartungen wurden enttäuscht.

Schule und Sport: Im Dienste der „demokratischen Erziehung“

Im Sommer ging der Landesausschuß daran, Weichen für das neue Schuljahr zu stellen. Am 11. August ordnete er die „Überleitung der Oberschulen in die früheren Schultypen“ an. Damit erfolgte die Rückkehr zu den alten Mittelschulen.

Unterzeichnet wurde diese Verordnung von Landesschulinspektor Heinrich Winsauer, der dieses Amt schon von 1929 bis 1938 bekleidet

hatte. Als 64jähriger wurde dieser führende Repräsentant des „Ständestaates“ wiederum an die Spitze des Landesschulwesens gestellt. Ihm oblag es, das Vorarlberger Schulwesen aus jenen Trümmern neu aufzubauen, welche sieben Jahre nationalsozialistischer Herrschaft und mehr als fünfeneinhalb Jahre Krieg zurückgelassen hatten. Noch im August setzte er die Lehrpläne von 1935 wieder in Kraft. Nicht zuletzt seinem Einfluß ist es zuzuschreiben, daß das Schulwesen nach Ende des Krieges ausgesprochen restaurative Züge aufwies.⁴⁵

Am 5. Oktober tagte der Landesschulrat zum ersten Mal und faßte grundsätzliche Beschlüsse. So wurde allen schulpflichtigen Kindern künftighin untersagt, einem Verein beizutreten. Damit sollte die Jugend „vom sattsam bekannten ungesunden Wettbewerb ferngehalten“ und „der Familie das Kind wieder zurückgegeben“ werden. Diese Maßnahme diene angeblich auch dazu, die Autorität der Lehrer und Lehrerinnen zu stärken.

Da wegen der Kriegseignisse und der Kohleferien das Schuljahr 1944/45 nur rund vier Monate gedauert hatte, wurde die Wiederholung des Schuljahres angeordnet und der Aufstieg in die nächste Klasse nur mit besonderen Prüfungen gestattet. Den Religionsunterricht erhob man wieder zum Pflichtfach.

Das Gremium befaßte sich außerdem mit der Anordnung des Staatsamtes für Unterricht über die „Schüler-Auslese“, die vorsah, daß Schüler und Schülerinnen, die bei der HJ oder beim BdM Unterführer waren oder sonstige Parteifunktionen bekleidet hatten, nicht ohne weiteres an der Schule belassen oder neu aufgenommen werden durften.

Die Lehrpersonen hatten zu Beginn des Schuljahres bei den Bezirksschulkonferenzen ein Treuegelöbniß auf die Republik Österreich abzugeben. Die Säuberungen im Vorarlberger Lehrkörper wurden sehr zurückhaltend durchgeführt. Daraus leiteten die „Vorarlberger Nachrichten“ ab,

„daß sich das nationalsozialistische Gift im Vorarlberger Schulwesen nicht so festsetzen konnte wie anderswo. Von den Lehrpersonen an den Volks- und Hauptschulen mußten insgesamt 19,8% und an den Mittelschulen 17,6% dem Disziplinarverfahren unterzogen werden.“⁴⁶

Daß schließlich nur vier Prozent der Lehrer aus dem Schuldienst entlassen wurden, hängt jedoch schlicht und einfach damit zusammen, daß in keinem Bundesland die „Entnazifizierung“ der Lehrerschaft so großzügig gehandhabt wurde wie in Vorarlberg. Deshalb war hier auch der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in den Lehrkörpern am höchsten.⁴⁷

Beim Aufbau einer demokratischen Ordnung kamen der Jugend-erziehung und der Ausbildung der künftigen Lehrer und Lehrerinnen eine immense Bedeutung zu. In den ersten erscheinenden Zeitungen spielte dieses Thema deshalb eine wichtige Rolle. In einem mehrteiligen Artikel legte der Landeshauptmann seine Vorstellungen von einer künftigen Jugend- und Erziehungsarbeit ausführlich dar.

Landeshauptmann Ulrich Ilg zur Jugend-erziehung:

„Die Losung heißt heute wieder, wir wollen die Jugend zur Demokratie erziehen. Ich würde es aber für vollständig verfehlt halten, wenn wir davon ableiten wollten, man müsse die Jugend zum Politisieren erziehen. Politisierende Jugend haben wir wahrhaft reichlich genug gehabt. Worauf es ankommt ist das, daß den jungen Leuten Grundbegriffe beigebracht werden, deren Verankerung Voraussetzung ist für eine fruchtbare Demokratie. So vor allem die Achtung der gegenseitigen Überzeugung, die Erkenntnis, daß man sich nicht einbilden darf, alles selbst am besten zu wissen und zu verstehen, daß man immer beide Seiten hören müsse, ehe man ein Urteil gibt, daß es keine Tugend ist, andere Leute in ein schlechtes Licht zu stellen und daß jeder Mensch seine Meinung und seine Bedürfnisse einordnen und unterordnen müsse unter das allgemeine Wohl.“⁴⁸

Am 6. November wurde die „Staatliche Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalt“ in Feldkirch feierlich wiedereröffnet. Zu diesem Anlaß führte Oberst Jung aus:

„Diese Feier ist ein neuer Abschnitt in der Wiederherstellung des Landes Vorarlberg. Schon vor ungefähr zwei Monaten hatte ich Gelegenheit, einer ähnlichen Feier beizuwohnen. Damals handelte

es sich um die Umschulung der Lehrer in der Mehrerau. Heute handelt es sich darum, die Handwerker und Baumeister am Wiederaufbau Österreichs heranzubilden, die einmal als Lehrer die Jugend auf einen richtigen und guten Weg zu führen haben.“⁴⁹

Bei der Neuorganisation des Vorarlberger Sportwesens spielten die ÖDW und ihr Referat „Sport“ eine Geburtshelferrolle. Am 16. Juli 1945 war auf Betreiben von Dr. Karl Schmidler in Feldkirch mit Zustimmung der französischen Behörden der überparteiliche und überkonfessionelle „Vorarlberger Sportverband“ (VSV) gegründet worden. Der VSV, der sich ausdrücklich zur Republik Österreich bekannte und zu einem wichtigen Gründungsmitglied des Allgemeinen Sportverbandes in Österreich wurde, nahm damit eine Vorbildfunktion ein. Die überparteiliche Ausrichtung des Sportwesens sollte ein Beitrag zur Entideologisierung der Jugend leisten — ein Anliegen, das auch die Schulbehörde hatte.

Grundsätze des überparteilichen Sportverbandes VSV:

- „1. Jede offensichtlich auf militärische Ausbildung abzielende Betätigung (Wehrsport) ist verboten.*
- 2. Jede parteipolitische Betätigung mit dem Verband und im Verbandsverband ist verboten.*
- 3. Die Freiheit der religiösen Überzeugung und Betätigung der Mitglieder ist gewährleistet und geschützt.*
- 4. Jede öffentliche vereinsmäßige sportliche Betätigung außerhalb des Vorarlberger Sportverbandes ist verboten. Alle bestehenden und entstehenden Sportvereinigungen des Landes einschließlich des Bergsportes müssen statutengemäß dem in Vorarlberg allein zuständigen Vorarlberger Sportverbande angehören.*
- 5. Grundsätzlich darf in jeder Ortsgemeinde nur eine Sportvereinigung, die alle Sportarten umfaßt, bestehen. Ausnahmen kann der Vorarlberger Sportverband aus Zweckmäßigkeitsergründen zulassen.*“⁵⁰

Das Verhältnis zur Militärregierung

Die Truppen der Ersten französischen Armee, die in Vorarlberg einrückten, kannten kein „Fraternisierungsverbot“ wie etwa die Amerikaner, die zur gleichen Zeit in Tirol einmarschierten. Für die Franzosen galt Österreich als Freundesland, und die Soldaten verhielten sich in der Regel danach.⁵¹ Damit unterschied sich die Lage vom angrenzenden süddeutschen Raum. Hier waren die ersten Maßnahmen der Besatzungsmacht nicht dazu angetan, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen: „Wilde“ Requisitionen, Plünderungen, Beschlagnahmungen, Geiselnahmen oder sogar Erschießungen prägten dort die erste Phase der Besatzungszeit.⁵² Zu vereinzelt Übergriffen kam es auch hierzulande. In den ersten Nachkriegswochen befanden sich allein in Vorarlberg zirka 25.000 bis 30.000 französische Soldaten.⁵³

Die Hauptaufgabe der neugeschaffenen Landesstellen bestand darin, durch eine gute Kooperation mit den französischen Behörden das Bestmögliche für das Land herauszuholen. Dies war besonders in den ersten Monaten sehr schwierig. Jede Beamten- und Lehreranstellung, buchstäblich jede Lebensmittelkarte, jeder Grenzübergang, jede Dienstreise in eine andere Zone mußte von den „Besatzungsbehörden“ genehmigt werden.

Auch gab es Versuche, das sich anbahnende Vertrauensverhältnis zu stören. In seinen Lebenserinnerungen schreibt Ulrich Ilg:

„Es gab Zwischenfälle, wo die Schuld auf seiten der zivilen Stellen lag; sei es, daß Beleidigungen vorgekommen sind oder daß Besatzungsstellen bewußt angelogen wurden. In solchen Fällen mußte ich oft einen Canossagang machen und eine Entschuldigung vorbringen, um alles wieder ins normale Geleise zu bringen. Je länger die Zusammenarbeit andauerte, umso freundschaftlicher wurde das Verhältnis zu den führenden Besatzungsleuten, welche ich mehrmals mit ihren Frauen in meine Familie eingeladen habe.“⁵⁴

Besonders in Götzis war die Lage zunächst sehr angespannt, da diese Gemeinde zu jenen gehört hatte, die verteidigt worden war. Durch Monate hindurch blieben deshalb hier rund 1.300 Soldaten stationiert. Unmit-

telbar nach dem Einmarsch kam es zu erheblichen Ausschreitungen durch einzelne marokkanische Soldaten.

Bei der ersten Gemeinderatssitzung am 18. Mai berichtete der Götzner Bürgermeister Dr. Armin Rhomberg unter Punkt 1 der Tagesordnung,

„daß zwei Bürger der Gemeinde in der vergangenen Nacht einem Mordanschlag zum Opfer gefallen sind. ... Bei Oberhauser Erwin, Berg 27, stieg ein mit dem Turban verummumter, französische Uniform tragender Soldat, vermutlich Marokkaner, durchs Fenster ein, verlangte Schnaps und Madame. Nachdem ein anwesender junger Mann sowie die Frau des Genannten durchs Fenster flüchteten, floh auch Erwin Oberhauser durchs Fenster, worauf der Eindringling allein gelassen, sich entfernte.

Hierauf dürfte sich dieselbe Szene bei Mittelberger zugetragen haben, zumal beim Einsteigfenster der Aufschlag des Gewehrkolbens am Fußboden sich zeigte. Mann und Frau lagen in der Früh, als ein Nachbar ihnen rufen wollte, tot im Bette. Die Frau hatte einen Brustschuß, der Mann einen Halsschuß...

Ing. Ritschl stellt den Antrag, es möge geachtet werden, daß die Marokkaner kaserniert werden.“⁵⁵

In Feldkirch schritt die französische Militärpolizei gegen Demonstranten ein, die gegen die Requirierung von Rindern und Lebensmitteln durch die Militärbehörden protestierten. Ungeklärte Überfälle auf Bauernhöfe sorgten ebenfalls für eine erhebliche Unruhe unter der Bevölkerung.⁵⁶

Aus der Antrittserklärung des General Bethouart beim Empfang in Innsbruck am 18. Juli 1945:

„Im Namen der französischen Republik übernehme ich heute das Oberkommando über die französischen Besatzungstruppen in Österreich und die Leitung der Militärregierung in den österreichischen Ländern Tirol und Vorarlberg.



Generaladministrator Voizard besucht im Sommer 1945 Vorarlberg. Links oben Colonel Jung, oben Mitte Landeshauptmann Ulrich Ilg.



*Französische Kolonial-
soldaten in der
Dornbirner Marktstraße*

*Der Mineur Rudolf Bodemann wurde am
24. 6. 1942 in Finnland standrechtlich
erschossen, nachdem er in Briefen
Möglichkeiten für Widerstand innerhalb der
Wehrmacht angedeutet hatte.*



Seinem Ideal treu und in Einhaltung der Vereinbarungen, die es mit den Alliierten getroffen hat, verfolgt Frankreich in diesem Lande nur friedliche Ziele.

Aber Frankreich darf nicht vergessen, daß es ein Hauptopfer der Nazibarbarei geworden ist. Seine Familien sind in Trauer. Sein Boden ist mit Trümmern bedeckt. Den Sieg, der die Vernichtung Deutschlands ermöglichte, hat es teuer erkaufte durch das Blut und die Leiden seiner besten Söhne.

Die französische Militärregierung wird vor allem die Ordnung aufrechterhalten. Sie wird mit größter Strenge gegen diejenigen vorgehen, die versuchen wollten, diese Ordnung zu stören.

Sie weiß von den moralischen Schäden, die in Tirol und Vorarlberg infolge der brutalen Annexion durch Deutschland, sowie durch den Krieg angerichtet worden sind. Es ist ihr heißer Wunsch, allen jenen zu helfen, die durch fleißige Arbeit ihren Willen zum Wiederaufbau ihres Landes bekunden wollen. ...

Gleichzeitig wird sie sich der Wiedereinführung jener Freiheitsrechte widmen, für deren Sicherung die Alliierten gekämpft haben und noch kämpfen. Sie wird schonungslos alles vernichten, das noch an den Unterdrücker, den Nationalsozialismus, an seine Schandtaten und an seine Verbrechen erinnert. Sie wird mit größter Energie und auch mit Strafen gegen diejenigen vorgehen, die sich noch weigern würden, mit einem Regime zu brechen, das sich nur auf Haß und Tyrannei gestützt hat. Sie wird keinerlei Hemmnisse der Tätigkeit der militärischen Stellen oder Verwaltungskörper dulden, die sie in den beiden Ländern einsetzen muß.

Doch wünscht sich die französische Regierung nichts anderes als der Bevölkerung, deren Los ihr anvertraut ist, freundschaftlich zu begegnen. Sie ist sich der Größe der Geschichte und der Einrichtungen dieses Landes wohl bewußt.“

Am 2. Oktober wies der Landeshauptmann in einem Interview mit der Schweizer Zeitung „Die Tat“ Beschuldigungen des Auslandes gegen die französischen Militärbehörden zurück.⁵⁷

Landeshauptmann Ulrich Ilg über die Beziehungen der Bevölkerung zu den Franzosen:

„Es liegt mir am Herzen, die im Auslande verbreiteten Gerüchte, wonach die Franzosen unmenschliche Handlungen gegenüber der einheimischen Bevölkerung Vorarlbergs sich zuschulden kommen lassen, auf das entschiedene zurückzuweisen. Gewiß gab es zu Beginn der Besatzung einige Mißverständnisse und vereinzelt Ausschreitungen. Tatsache ist aber ebenso, daß bei vorgebrachten berechtigten Klagen in vielen Fällen von den vorgesetzten militärischen Stellen gegen Übelstände eingeschritten wurde.

Je mehr sich in dieser Hinsicht die Verhältnisse konsolidierten, desto besser wurden auch von Tag zu Tag die Beziehungen der Zivilbevölkerung zu den französischen Militärbehörden. Einen besonderen Beweis für diese Tatsache erbringen jene Nationalsozialisten, die ihren Ärger über diese Besserung der Verhältnisse nicht verbergen können.“⁵⁸

Die Einschätzung der „Besatzer“ durch die Bevölkerung hing neben der Lebensmittelversorgung auch von der Heimkehrfrage ab. Zum Zwecke der Befreiung von heimischen Soldaten aus französischer Kriegsgefangenschaft hatte der Bregenzer Stadtrat Theo Lingenhölle die „Vorarlberger Auskunftsstelle für österreichische Heimkehrer“ in Bregenz ins Leben gerufen. Zahllose Verhandlungen — vor allem mit den Militärbehörden in Lindau und Tuttlingen — folgten. Da sie teilweise mit großem Erfolg geführt wurden, übertrug der provisorische Landesausschuß der Heimkehrerstelle die Rückführungsagenden. Ihre Abgesandten waren stets mit der Vollmacht des Landeshauptmannes ausgestattet.⁵⁹

Die „zeitungslose Zeit“ ist zu Ende

Während der nationalsozialistischen Zeit erschien nur eine einzige Zeitung, das „Vorarlberger Tagblatt“. Chefredakteur war Dr. Hans Nägele.⁶⁰ Am 27. April 1945 wurde dieses Propagandablatt eingestellt. Bis zum 1. September gab es keine landesweite Zeitung mehr. Erst dann genehmigten die französischen Militärbehörden die Herausgabe eines „unabhängigen“ Presseorgans, der „Vorarlberger Nachrichten“.

Von Mai bis zum Herbst erschienen nur die amtlichen Blätter in den Städten Bregenz⁶¹, Feldkirch und Bludenz. Dort wurden Behördenersätze, Anordnungen der Franzosen und dergleichen mehr veröffentlicht.

Aus dem Amtsblatt der Landeshauptstadt Bregenz, Nr. 1:

Die Glocken der Heimat

An die Befreier!

Zuerst erhebt sich unsere Stimme wieder — zum erstenmal nach Jahren der Bedrückung, der Blut und Tränen, des Unheils, des Unterganges einer Welt, die nichts als Untergang verdient hat.

Noch sind wir zu sehr befangen von allem, zu dem wir jahre lang verurteilt waren, ein Urteil, wie fürchterlicher noch keines gefällt worden ist.

Aber davon wollen wir jetzt nicht reden! Uns bewegt nur eines: daß wir frei geworden sind!

Eine strahlende Freiheit, die über alle Zeiten hindauern wird, weil sie uns durch einen Befreier geschenkt worden ist, der sich an edler Gesinnung und großmütigem Verständnis von niemanden überbieten läßt.

Das mächtige Frankreich hat uns seine Söhne als Boten einer Welt gesandt, die wir in ihren klaren Werten nur noch wie aus einem fernen Märchen kannten.

Darum können wir uns im Danke nicht erschöpfen. Aber auch darum sind wir in unseren Worten karg. Denn der Ergriffene ist stets zum Schweigen geneigt.

*Aber in unserem Schweigen klingen alle Glocken der Heimat:
Freiheit und Brüderlichkeit⁶²*

Die ersten Monate nach Kriegsende waren durch einen eklatanten Informationsmangel gekennzeichnet, der naturgemäß die Gerüchtebörse anheizte:

„Das Vorarlberger Volk ist über die gegenwärtige politische Lage in Österreich überhaupt nicht, über Deutschland geringfügig und über die Welt nur spärlich durch Radiosendungen unterrichtet. ... Gelegentlich kommen durch Einzelreisende spärliche Nachrichten aus dem durch die amerikanischen Truppen besetzten Gebiete Österreichs, also aus Tirol, Salzburg und Oberösterreich hierher nach Vorarlberg, die aber je nach Berichterstatter und seinen Erlebnissen persönlich gefärbt sind. Alle Nachrichten werden begreiflicher Weise begierig aufgenommen.“⁶³

Am 1. September 1945 erschienen die „Vorarlberger Nachrichten“ zum ersten Mal. Damit sollte ein neuer Abschnitt im Pressewesen in Vorarlberg beginnen:

„Wenn wir an den Aufgabenkreis der Presse denken, kommt uns unwillkürlich das Wort ‚Pressepropaganda‘ in unguete Erinnerung und fast scheint es uns leichter, zu sagen, was eine gute Presse nicht bringen soll, als Positives aufzuzählen. Wir sind durch Jahre von der Presse nichts anderes mehr gewohnt als Lüge, Entstellung, Verheimlichung, Völkerhaß und Betrug. ... Um so begreiflicher ist heute die Sehnsucht nach der Wahrheit, auch auf die Gefahr hin, daß sie nicht immer populär ist. Man verträgt heute in dieser Beziehung schon ein wenig mehr, in dem Bewußtsein, daß man früher manchmal Unrecht getan hat, wenn man wegen Kleinigkeiten so unzufrieden war. Die beste Presse ist deshalb die, welche den Mut zur Wahrheit besitzt.“⁶⁴

Am 1. Oktober beschloß der Alliierte Rat, das Pressewesen neu zu ordnen. Die zugelassenen Zeitungen hatten jedoch eine demokratische Grundhaltung einzunehmen, nationalsozialistische und großdeutsche Gesinnungsäußerungen waren streng verboten, die „Besatzungsmacht“ durfte nicht negativ dargestellt werden.

Im Anschluß an seine Sitzung vom 1. Oktober erließ der Alliierte Rat nachstehende öffentliche Bekanntmachung zum Pressewesen:

„In Anerkennung der großen Bedeutung einer österreichischen Presse für den Wiederaufbau des Landes, die Stärkung der demokratischen Einheit des österreichischen Volkes und die Wiedererrichtung eines freien, unabhängigen und demokratischen Österreichs erklärt der Alliierte Rat:

1. Die demokratische Presse wird hiermit das höchstmögliche Ausmaß an Freiheit unter den nachstehend genannten Bedingungen gewährt:

Die Presse muß demokratische Grundsätze aufrechterhalten, wie auch den entschlossenen Kampf gegen nationalsozialistische, deutsche und militärische Denkweise und deren Lehren in allen ihren Formen und Erscheinungsformen im politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben.

Die Presse darf keine Mitteilungen bringen, die geeignet sind, die militärische Sicherheit der Besatzungsstreitkräfte aller oder irgendeiner Besatzungsmacht zu gefährden.

Die Presse darf keine böswilligen Mitteilungen veröffentlichen, die gegen die Besatzungsmächte oder eine von diesen gerichtet sind und die darauf abzielen, die Einheit unter den Alliierten zu stören oder im österreichischen Volke Mißtrauen oder Feindseligkeiten gegen die Besatzungsmächte oder eine von diesen oder deren Streitkräfte in Österreich hervorzurufen. Die Presse darf keine Mitteilungen bringen, die geeignet sind, die militärische Sicherheit der Besatzungsstreitkräfte aller oder irgendeiner Besatzungsmacht zu gefährden.

2. Die Verbreitung der demokratischen österreichischen Presse, die in Übereinstimmung mit den im Punkt 1 festgelegten Bedingungen herausgegeben wird, ist in ganz Österreich gestattet, ohne Rücksicht auf die Zone, in der sie herausgegeben wird.

3. Zeitungen und Zeitschriften unterliegen nicht der Zensur.

4. Die Verletzung der in Punkt 1 festgelegten Bedingungen hat Bestrafung einschließlich der zeitweiligen oder dauernden Ein-

stellung der Zeitung oder der Zeitschrift zur Folge, die den Verstoß beging.

5. Die Aufsicht über die Einhaltung der vorstehend angeführten Richtlinien einschließlich der in Punkt 4 vorgesehenen Strafen obliegt dem Alliierten Rat.“

In der französischen Zone wurde für jede zugelassene politische Partei ein Blatt genehmigt: Das „Vorarlberger Volksblatt“ als Organ der ÖVP, der „Vorarlberger Volkswille“ als Zeitung der SPÖ und die „Tageszeitung“ als kommunistischer Ideenverbreiter. Daneben existierte zur Information der öffentlichen Dienststellen noch die „Vorarlberger Landeskorrespondenz“.

Sowohl das Radio als auch die Zeitungen unterstanden der Aufsicht durch die Militärbehörden. Offensichtlich wurde diese Tatsache nur im Falle des „Volksblattes“. Anfang März 1946 verfügte die Militärverwaltung die vorläufige Einstellung der Zeitung,

„weil das genannte Blatt durch Aufsätze, die von ihm am 24. November 1945 sowie am 19. und am 21. Februar veröffentlicht wurden, gegen die Bestimmungen des Art. 1 (Wahrung der demokratischen Grundsätze, Kampf gegen den Nationalsozialismus) des Dekrets des Interalliierten Rates über die Pressefreiheit verstoßen hat.“

Besonders der Novemberartikel, der am Tag vor den ersten Wahlen in der Zweiten Republik erschienen war, erregte den Unmut der französischen Behörden. In einer „Fabel“ setzte sich der „Volksblatt“-Schreiber mit der Frage der „Besatzung“ auseinander. In unverhohlener Weise hieß es dort auf die drei zugelassenen politischen Parteien und die Alliierten gemünzt:

„Unter einem Baum saßen drei beisammen, die man bisher nur selten vereint gefunden hatte: der Fuchs, der Wolf und der Bernhardiner. ... Was sollen aber die großen Tiere (Löwe, Bär, Strauß und Hahn) in unserem Wald? Wenn sie sehen, daß wir gerecht und billig alle Last gemeinsam tragen, dann werden sie gehen. Wir wollen mit ihnen in Freundschaft leben, aber der Wald soll wieder unser Wald

sein. Das Ei, das der Strauß da brütet, ist ein gutes, wie mich deucht. Sie sollen uns zufrieden lassen. Das ist meine (des Bernhardiners) Meinung.“

Weitere belastende Passagen auf Seite 2, eine ganze Spalte, waren schon vor dem Druck zensuriert und aus dem Blatt herausgenommen worden.⁶⁵ Als am 19. Februar im Leitartikel „Die Illegalen“ in Schutz genommen und in ihrem Fall für „Gerechtigkeit und Nächstenliebe“ plädiert und zwei Tage darauf das hohe Lied vom „Gebirgsjäger“ gesungen wurde, war das Maß voll: Bis zum 4. April wurde die Zeitung eingestellt.

Die Frage, wie mit den Nationalsozialisten verfahren werden sollte, bestimmte natürlich auch den ersten „Wahlkampf“ im November.

Die Länderkonferenzen

Die Wiederentstehung Österreichs, seine innere und äußere Gestaltung war durch das Nebeneinander der vier Aliierten monatelang ungewiß und die Anerkennung der mit Hilfe russischer Truppen an die Macht gekommenen Regierung Renner in den westlichen Bundesländern fraglich.

Die stärksten Bestrebungen, eine Gegenregierung zu installieren, gingen von Tirol und dessen Landeshauptmann Karl Gruber aus. Auf drei „Länderkonferenzen“ wurde diese Gefahr gebannt. Beim ersten Treffen am 24. September wurde die „Provisorische Regierung Renner“ auch vom „Westen“ anerkannt. Aus Vorarlberg waren bei dieser entscheidenden Konferenz Landeshauptmann Ilg, Landesamtsdirektor Dr. Meinhard Grabmayr, die Landesräte Bertsch, Leissing und Vögel sowie als Sekretär Dr. Elmar Grabherr anwesend. Auch der kommunistische Landesvertreter, Max Haller, war ins niederösterreichische Landhaus in Wien gekommen.⁶⁶

Um die Anerkennung der Regierung Renner durch die Alliierten zu erreichen, wurde ihre Grundlage verbreitert: Vorarlberg wurde in der Person des früheren Landeshauptmannes Ing. Ernst Winsauer berücksichtigt.⁶⁷ Er wurde Unterstaatssekretär im Staatsamt für Ernährung.⁶⁸

Innerhalb der Länderkonferenz gab es drei Kommissionen: Eine politische, die sich in erster Linie mit der Verfassung und mit Wahlfragen zu befassen hatte, eine juristische, der die Überprüfung der Gesetze oblag und eine Wirtschaftskommission. Bei der Ausarbeitung der Länderrechte nahm Ulrich Ilg als Berichterstatter der Bundesländer eine ganz wesentliche Stellung ein. Die Verfassungsnovelle im Oktober trug seine Handschrift, allerdings blieben die wesentlichen Rechte bei der „Zentrale“ in Wien, was die „Föderalisten“ sehr bedauerten.

Noch während der 2. Länderkonferenz wurde das Kabinett Renner von den Alliierten am 20. Oktober offiziell anerkannt. Bei der dritten Versammlung am 25. Oktober wurde beschlossen, daß Österreich einen Monat später eine gewählte Regierung erhalten solle.

Die ersten Wahlen in der 2. Republik und die Konstituierung des neuen Landtages

Inwieweit dieser erste Wahlkampf angesichts der ungeheuren Probleme der Nachkriegszeit in der Öffentlichkeit überhaupt wahrgenommen wurde, ist schwer zu sagen.⁶⁹ Erst eine Woche vor der Wahl erschienen die Zeitungen der drei demokratischen Parteien.

Für die ÖVP war es das Ziel, angesichts der bestehenden Probleme keine politische Diskussion zu führen:

„Wenn ein Schiff in Seenot gerät, dann gibt es darüber keine Debatte, ob alle Mann an Bord mit Hand anlegen müssen oder nicht. In einer solchen Diskussion wäre es völlig verfehlt, darüber zu diskutieren, welchen Kurs dieses Schiff nach Beendigung dieses Sturmes einzuschlagen hat.“⁷⁰

Die SPÖ knüpfte an Traditionen der Arbeiterbewegung an. Sie war gegen Faschismus, für einen demokratischen Aufbau des Staates unter der Führung der Arbeiter und Bauern, für die Verstaatlichung „volksfeindlichen Vermögens“, die Trennung von Staat und Kirche und den Zusammenschluß aller Länder. Im Wahlkampf erinnerte sie an die christliche Diktatur von 1934-38, die von den führenden Repräsentanten der

ÖVP als die „andere Art der Demokratie“ ausgegeben wurde. Während die Sozialdemokraten einen klaren Zusammenhang zwischen dem „Austrofaschismus“ und dem Nationalsozialismus sahen, pflegte die Volkspartei den Dollfuß-Mythos weiter.

Aus dem Wahlaufruf der Österreichischen Volkspartei am Vorabend der ersten Wahlen

„Österreicher und Österreicherinnen!

Bauern!

Die Scholle ist Eure Lebensgrundlage. Sie muß Euch gesichert bleiben. Wir fordern die Unantastbarkeit des bäuerlichen Besitzes. Ihr müßt die Gewähr haben, daß Eure Söhne über Eure Felder schreiten können und daß Eure Enkel die Bäume fällen, die Ihr gepflanzt habt. Das kann nur in einem freien Österreich sein.

Arbeiter!

Ihr wollt, daß ihr an Eurem Arbeitsplatz ruhig arbeiten könnt. Meinungsverschiedenheiten wird es stets geben, aber sie dürfen nicht zum Arbeitsausfall werden. Wir verlangen für Euch ausreichende Löhne und Niedrighaltung der Preise. Der Schwarze Markt darf nicht Eure kleinen Ersparnisse verzehren. Jeder, der nicht arbeitet, lebt auf Eure Kosten. Wir bekämpfen Ausbeutertum, wollen aber gleichzeitig, daß ehrliche Arbeit Euch und dem Staate die Grundlage geordneten Lebens bilde.

Heimkehrer!

Ihr habt lange genug geschwiegen. Jetzt seid Ihr aufgefordert, zu sprechen. Was hat Euch in der langen Zeit Eures Fernseins von der Heimat für ein Bild von ihr vorgeschwebt? Ein Platz am warmen Herde, einen trauten Feierabend im Kreise Eurer Familie. Es ist an Euch, diesen Traum zu verwirklichen durch Eure Stimme für die Österreichische Volkspartei.

Wähler und Wählerinnen von Vorarlberg!

In geschichtlicher Stunde ruft die provisorische Staatsregierung Euch auf, durch freie Wahl Euch eine Volksvertretung und damit der Republik eine vollberechtigte Regierung zu geben. Das künftige Schicksal des Landes ist damit in Eure Hand gelegt. Gewissenhaft heißt es da zu entscheiden, wer gewählt werden soll. Es wird über die Zukunft des ganzen Volkes entschieden. Unheil und Elend wälten im Lande. Wer hat dagegen alles, was in seiner Macht stand, aufgebottelt, es zu verhüten? Erinnert Euch! Welche Partei hat seit ihrem Bestande, seit dem Jahre 1889 ohne Unterlaß das Volk gewarnt vor den Gefahren des Militarismus?

Welche Partei hat nach dem furchtbaren ersten Weltkrieg von 1914—1918 die Parole durch alle Länder Europas, ja der ganzen Welt, getragen

„Nie wieder Krieg!“

Ihr müßt betennen: Wie waren es, die Sozialisten!

Viele sind diesem Ruf gefolgt — aber die Mehrheit unseres Volkes, besonders die Frauen hatten anderen Parteien vertraut. Unverständnis und Leichtsinns haben uns verspottet! Und doch haben wir recht behalten: Die Katastrophe, vor der wir leidenschaftlich gewarnt haben, ist zweimal über uns hereingebrochen, und heute tragen wir die Folgen! Erinnert Euch! Wer hat das Volk in allen Ländern gewarnt vor den Verschwörungen des schweineindustriellen Kapitalismus, der zum Kriege treibt — um der Kriegsgewinne willen? Es waren die Sozialisten aller Länder und mit ihnen die österreichische Sozialdemokratie!

Wohl alle haben uns angehört, viele sind uns gefolgt. Aber eine verblendete Menge hat den Verleumdungen eines Fürsten Starobinberg lieber Gehör geschenkt, hat im Dienst der Geldsäcke der Alpine-Montana-Gesellschaft bewaffnete Sturmwehrscharen gebildet, um die Sozialdemokratie niederzuschlagen.

Sie haben den Krieg im Innern des Staates entfesselt — den Vorboten des Völkerrkrieges! Sie haben dem Faschismus den Weg gebahnt. Diesmal laßt Euch auch durch die schönsten Reden anderer Parteien nicht täuschen und wählt die Partei, die durch Taten bewiesen hat, daß sie die einzige Partei des Volkes ist und wählt die

Sozialistische Partei

Kandidaten für den Nationalrat:

Linder Anton, Altbundesrat und Sekretär des Gewerkschaftsbundes, Feldkirch
Greusing Josef, Schmiech, Lauterach
Bertsch Jakob, Vizepräsident des Landesauschusses, Feldkirch
Würbel Karl, Gemeindefsekretär, Söhruns
Preiß Mathilde, Hausfrau, Bregenz

Kandidaten für den Landtag:

Bertsch Jakob, Vizepräsident des Landesauschusses, Feldkirch
Greusing Josef, Schmiech, Lauterach
Reber Eduard, Landwirt, Dornbirn
Würbel Karl, Gemeindefsekretär, Söhruns
Grabber Gebhard, Stader, Vizebürgermeister, Lustenau
Draxler Hans, Bundesbahnbeamter, Bregenz
Kagengruber Franz, Vizebürgermeister, Dornbirn
Togele Michael, Werkmeister d. Bundesbahn, Bludenz
Ceresa Hans, Präsident d. Gewerkschaftsb., Feldkirch

Kalb Theodor, Landwirt, Herd
Sepp Johann, Schneidermeister, Stadtrat, Dornbirn
Nealer Emil, Maschinenbauer, Bludenz
Kerber Wilhelm, Bauführer, Gögis
Preiß Mathilde, Hausfrau, Bregenz
Brogge Karl, Textilarbeiter, Dornbirn
Engstler Eduard, Bundesbahnpenzionist, Gemeinderat, Tüziens
Zumtobel Josef, Landwirt, Klaus
Länge Gottlieb, B.-B.-Penf., Kleinbauer, Fußach
Kersch Ulrich, Bahnbediensteter i. R., Tengen
Mayer Johann sen., Bundesbahnpenzionist, Bregenz
Valentini Ferdinand, Feinmechaniker, Gemeinderat, Lustenau
Spannring Stefan, Schuhmacher, St. Gallenkirch
Kielwein Franz, Bundesbahnbeamter, Rankwei
Kugler Leopold, Webmeister, Kannelbach
Schwärzler August, Tischler, Stadtrat, Bregenz
Kindermann Johann, Schuhmachermeister, Bregenz
Wiederin Johann Josef, Werfführer i. P., Srajsauz
Perberschlagler Franz, Maschinist, Bregenz

Für den Inhalt verantwortlich: Sozialistische Partei Österreichs.

Landesorganisation Vorarlberg.
Der Obmann: Jakob Bertsch.

Walter, Feldkirch

Aufruf der SPÖ-Vorarlberg zu den Wahlen am 25. November 1945.

Frauen!

Sollen Eure Kinder wieder ganz Euch gehören? Oder sollt Ihr sie wieder nicht so erziehen können, wie Ihr wollt? Sie gehören außer der Zeit, die für ihre Weiterbildung erforderlich ist, zu Euch. Daher streben wir Einschränkung der Frauenarbeit an, damit Ihr Euch ihnen voll widmen könnt. Die Arbeit des Mannes muß die finanzielle Sicherstellung der Familie gewährleisten...

Jugend!

In Deinen Händen liegt das künftige Geschick unseres Vaterlandes! ... Willst Du, daß es Dir einst eine sichere Zukunft bietet, dann mußt Du jetzt den Männern der Österreichischen Volkspartei das Vertrauen schenken.

Ihr alle!

...Die Österreichische Volkspartei verspricht nicht goldene Berge vor den Wahlen. Aber sie ist ehrlich bemüht, ein allen sozialen Schichten des Volkes gerecht werdendes Programm zu verwirklichen. Neue Männer, neue Ziele, neue Wege! Keine organisatorische Bindung an die Kirche, wohl aber Achtung der christlichen Grundsätze, die allein die moralische Grundlage unserer Gesittung verbürgen!⁷¹

Für die Sozialdemokraten waren seit dem Februar 1934 elf, für die Kommunisten seit ihrem Verbot sogar zwölf Jahre vergangen, in denen sie sich nicht öffentlich politisch betätigen durften. Die KPÖ stellte die Säuberung des Landes von Nazismus und den Kampf gegen jede Art von Faschismus in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes und hoffte auf eine geeinte Arbeiterpartei, um die Auseinandersetzung mit der „Reaktion“ schlagkräftiger führen zu können. Die SP ging auf diese Avancen nicht ein.

Im Vorfeld dieser Wahlen, die den antifaschistischen Konsens brüchig werden ließen, da der Kampf um die Stimmen der „Ehemaligen“ bereits einsetzte, verlor die „Österreichische demokratische Widerstandsbewegung“ — wie oben gezeigt — rapid an Bedeutung.

Das Ergebnis am 25. November 1945 war eindeutig: Die traditionellen Lager erwiesen sich als äußerst stabil, zwei Diktaturen hatten das Wählerverhalten nicht grundlegend verändert. Allerdings war es eine „Frauenwahl“: Von den 77.824 Wahlberechtigten waren nicht weniger als 52.419 Frauen (67,3%)! 70,2% der gültigen Stimmen entfielen auf die ÖVP (48.916), 27,4% auf die SPÖ (19.016) und 2,4% auf die KPÖ (1709). Damit stellte die ÖVP 19 Abgeordnete und die SPÖ sieben, die KPÖ erhielt kein Mandat.⁷² Bei diesen ersten Wahlen waren laut Verbotsgesetz 15.156 Personen (16,4%) vom Urnengang ausgeschlossen.⁷³

Mitglieder des XVI. Vorarlberger Landtages:

ÖVP:

Ilg Ulrich, Bauer, Dornbirn
Sprenger Andreas, Angestellter, Bludenz
Feuerstein Dr. Josef, Rechtsanwalt, Bregenz
Schwärzler Vinzenz, Fabrikant, Hard
Zerlauth Karl, Bauer, Ludesch
Juen Rudolf, Bahnangestellter, Bregenz
Vögel Adolf, Bauer, Doren
Mähr Andreas, Angestellter, Feldkirch
Ulmer Eduard, Kaufmann, Dornbirn
Muther Xaver, Gewerbetreibender, Bludenz
Schwärzler Kaspar, Bauer, Egg
Leissing Eugen, Kaufmann, Bregenz
Ammann Gebhard, Arbeiter, Hohenems
Peintner Josef, Kaufmann, Lustenau
Keßler Josef, Bauer, Bartholomäberg
Rhomberg Dr. Armin, Bürgermeister Götzis
Rauch Josef, Bauer, Satteins
Fritz Gedeon, Gastwirt, Mittelberg
Fink Josef, Arbeiter, Bezau

SPÖ:

Bertsch Jakob, Postbeamter, Feldkirch
Greußing Josef, Schmied, Lauterach

Würbel Karl, Gemeindegsekretär, Schruns
Grabher Gebhard, Sticker, Lustenau (bis 21.10.1948)
Ciresa Hans, Kriminalbezirksinspektor, Feldkirch (ab 21.10. 48)
Draxler Hans, Bahnbeamter, Bregenz
Katzengruber Franz, Postbediensteter, Dornbirn
Nagele Michael, Werkmeister, Bludenz

Landtagspräsidium:

Ilg Ulrich
Feuerstein Dr. Josef
Bertsch Jakob

Die konstituierende Sitzung des 16. Vorarlberger Landtages fand am 11. Dezember 1945 statt. Als Alterspräsident fungierte Kaspar Schwärzler, der in seiner Eröffnungsansprache die historische Verankerung „der Demokratie“ in diesem Lande hervorstrich und den eigenen Anteil am NS-Unrechtstaat herunterspielte.

Aus der Eröffnungsrede des Alterspräsidenten des Landtages, Kaspar Schwärzler:

„Nach dem Überfall des übermächtigen Dritten Reiches auf Österreich wurden sämtliche Mitsprache- und Kontrollrechte des Volkes vollends beseitigt. Die Willkür einiger Weniger — und nicht der Besten — trat an die Stelle der Vertreter des Volkes. Verfolgungen aller Art setzten ein. Es konnte dies auch nicht anders sein bei einer Bewegung, die den Begriff der Rasse höher wertete als den Menschen, die Macht über das Recht stellte und übervölkische Bindungen und Verpflichtungen leugnete.

Neben dem doppelt schmerzlich empfundenen Verlust der Demokratie verloren wir in Vorarlberg auch unsere Selbständigkeit doppelt, indem Vorarlberg als selbständige Verwaltungseinheit radikal beseitigt und sogar der Name des Landes soweit als möglich verpönt wurde.

Zuletzt hat noch ein verbrecherischer Krieg dazu geführt, daß das blühende Leben von Tausenden von Vorarlbergern vernichtet oder dauernd beschädigt wurde, rund hundert Vorarlberger Heimstätten in Schutt zerfielen und Millionen wertvollsten Volksvermögens sinnlos geopfert wurden.

Daß diese Drangsal beendet und das Unglück nicht noch größer wurde, verdanken wir zuerst unserem Herrgott. — Ihm gilt daher unser erster, heißer Dank.⁷⁴

Nach Schwärzler ergriff im Namen der französischen Behörden Oberst Jung das Wort. Er betonte, daß Frankreich Österreich als befreundete Nation betrachte und daß es dem Land in dieser „eisenharten Zeit, wo wirtschaftliche Erwägungen allen anderen vorangehen“, beistehen werde. Er habe Verständnis dafür, daß viele die Besatzungszeit möglichst schnell beendet sehen möchten. Doch dazu sei ein eigener Beitrag nötig:

„Wenn das österreichische Volk zeigen wird, indem es zu seiner viele Jahrhunderte alten demokratischen Tradition zurückkehrt, daß es endgültig auf Abenteuer Verzicht leistet, in die es hineingezogen wurde, Männer beseitigt, die dazu beigetragen haben, ihm Unglück zu bringen, wenn es ohne Hintergedanken und in vollem Bewußtsein den Weg der Freiheit und der Demokratie einschlägt, dann wird es keinen Grund mehr geben, ihm diese zusätzliche Last aufzubürden.“

Oberst Jung verließ hierauf den Saal, und der Landtag ging zur Tagesordnung über. Zunächst wurde die Landesverfassung aus dem Jahre 1923 wieder in Kraft gesetzt. Als nächsten Schritt beschlossen die Abgeordneten die Geschäftsordnung und übernahmen sie in der Fassung des LGBl. Nr. 24/1932. Laut Landesverfassung mußte nunmehr ein Präsident gewählt werden. Die Wahl fiel mit 25 Stimmen auf Ulrich Ilg.

Bei der anschließenden Kür zum Landeshauptmann erhielt er 24 Stimmen.⁷⁵ Die Zahl der Regierungsmitglieder wurde mit sieben festgesetzt, und zwar fünf für die ÖVP und zwei für die SPÖ. Zum Landesstatthalter wurde Dr. Martin Schreiber (ÖVP) bestellt. Für die Volkspartei zogen weiters Eduard Ulmer, Adolf Vögel und Andreas



Erste Sitzung der neugewählten Vorarlberger Landesregierung am 11. Dezember 1945 in Bregenz.



Colonel Jung und der provisorische Landesausschuß bei der wöchentlichen Aussprache.

Sprenger in die Landesregierung ein, die SP-Landesräte waren Jakob Bertsch (Landesparteiobmann) und Hans Draxler. Als Bundesräte wurden Ex-Landeshauptmann Ing. Ernst Winsauer, Eugen Leissing (beide ÖVP) und Franz Mellich (SPÖ) bestimmt.

Obwohl die ÖVP bei den November-Wahlen eine Zweidrittelmehrheit erhielt, konnte die SPÖ im Vergleich zu den Wahlen während der Ersten Republik ordentlich zulegen. Damals pendelte sie nur um die Zwanzigprozentmarke. Die KP blieb bedeutungslos. Das Stärkeverhältnis, das sich bei dieser ersten Wahl herauskristallisierte, sollte sich auch bei den kommenden Wahlen im wesentlichen nicht mehr verändern — abgesehen davon, daß 1949 viele ehemalige Nationalsozialisten in der FPÖ-Vorläuferpartei, dem VdU („Verband der Unabhängigen“), eine politische Heimat fanden.

Die Gründungskonferenz des ÖGB und die ersten Betriebsratswahlen

Bereits in den ersten Tagen nach der Befreiung bildeten sich in Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz „Bezirksausschüsse“, die den Neuaufbau der Gewerkschaften in die Wege leiteten. Auch die Besetzung dieser Gremien erfolgte paritätisch mit je einem Vertreter der demokratischen Parteien. Auf Ortsebene wurde auch die ÖDW eingebunden.

Ende August 1945 bestanden „Vorbereitende Ausschüsse“ zur Gründung des Gewerkschaftsbundes, jedoch ließ die Wiederzulassung der Gewerkschaften durch die französischen Militärbehörden auf sich warten. Sie erfolgte erst am 17. September 1945. An diesem Tag beschloß der Alliierte Rat, den drei Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ die volle Freiheit der politischen Betätigung in ganz Österreich zu gestatten. In der französischen Zone durften sich nach der Anerkennung der Parteien auch die Gewerkschaften neu formieren. Kurz darauf traten in Bregenz die Bezirksausschüsse zusammen und bildeten eine provisorische Landesexekutive, bestehend aus je vier Vertretern der drei politischen Parteien. An der Spitze der neuen überparteilichen Gewerkschaftsorganisation stand der Bau- und Holzarbeitergewerkschafter Hans Ciresa.

Er zählte — wie der Sekretär Anton Linder, der aus dem Schweizer Exil zurückgekehrt war, — zur sozialistischen Gesinnungsgemeinschaft innerhalb des ÖGB.⁷⁶ Es gab drei Vorsitzende, jede Partei stellte einen. Zum zweiten Sekretär wurde der Dornbirner Textilgewerkschafter Josef Kraft (ÖVP) bestellt, der von 1924 bis 1934 Landessekretär der christlichsozialen Textilarbeiter und während der austrofaschistischen Ära Sekretär des Gewerkschaftsbundes gewesen war.

Die Anfangsschwierigkeiten waren beträchtlich, wie aus dem ersten Tätigkeitsbericht der Gewerkschaft über das Jahr 1945 hervorgeht:

„Während in der Folge die Lösung der Lokalitätenfrage für Feldkirch dank des Entgegenkommens des Bürgermeisters, durch die Räumung einer Naziwohnung verhältnismäßig rasch möglich war und auch ein günstiger Mietvertrag abgeschlossen werden konnte, stieß die Bereitstellung von Lokalitäten in den anderen 3 Städten auf gewisse Schwierigkeiten, die zum Teil bis heute nicht behoben sind.“

Obwohl so wichtige Voraussetzungen wie ein Betriebskataster, gute Post- und Verkehrsverhältnisse in dieser wirtschaftlich schwierigen Nachkriegsphase fehlten, wurden noch im Jahre 1945 Betriebsrats- und Vertrauensmännerwahlen durchgeführt.

In 531 Betrieben, in denen insgesamt 15.746 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren, wurden 1.187 Mandate vergeben. Am meisten Vertreter und Vertreterinnen stellte die ÖVP, nämlich 341. Nur 275 Betriebsräte wurden der SPÖ zugerechnet, 281 den Parteilosen, 247 konnten nicht zugeordnet werden. An die KPÖ gingen 43 Mandate.⁷⁷

Parteilose und nicht näher zu bestimmende Vertreter stellten somit fast die Hälfte aller Betriebsräte, die ÖVP erhielt die größte Zustimmung, die SPÖ-Gewerkschafter lagen mit 275 Mandataren nur an dritter Stelle.

Für die Gewerkschaften war dieses Ergebnis unerfreulich, mußte doch damit gerechnet werden, daß die fraktionslosen Gewerkschafter schwer kontrollierbar waren und dadurch die ohnehin bescheidene Schlagkraft noch gemindert würde. Gründe dafür waren:

— Die Betriebsratswahlen wurden zu einem Zeitpunkt durchgeführt, als die Formierung der neuen politischen Parteien noch im Gange war.

- Ein Teil der Arbeiterschaft scheute nach den zurückliegenden negativen Erfahrungen ein politisches Engagement.
- Schon in der Ersten Republik hatte Vorarlberg den geringsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad aller österreichischen Bundesländer aufgewiesen.
- Die vorherrschende Klein- und Mittelbetriebsstruktur erschwerte die klare politische Deklaration der Betriebsräte. Oft gingen fraktionslose Vertreter innerbetrieblichen Konfliktsituationen aus dem Weg.
- Auch die Vorarlberger Arbeiterschaft war gegenüber dem Nationalsozialismus nicht völlig resistent gewesen. Nicht alle einstigen NS-Sympathisanten schlossen sich sofort einer demokratischen Partei an.⁷⁸

Die Gründungsversammlung des überparteilichen Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) konnte erst nach den Landtags- und Nationalratswahlen stattfinden. Am 8. Dezember 1945 fanden sich in Feldkirch im Tonkinosaal die Gewerkschafter ein und verabschiedeten einstimmig eine Resolution, in der die wesentlichen gewerkschaftlichen Forderungen enthalten waren.

Resolution des ÖGB bei der Gründungsversammlung:

„Ausgehend von der so teuer erkaufte Erfahrung, wonach eine dauernde Verankerung der Demokratie nur dann erfolgen kann, wenn neben der Überwindung des nazistischen Geistes die Grundlagen zum Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft und zur sozialen Gerechtigkeit geschaffen werden, halten die Versammelten die Erfüllung folgender Voraussetzungen für dringend nötig:

- 1. Gewährung des vollen Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten an dem Wiederaufbau der Wirtschaft.*
- 2. Ausschaltung aller jener Kräfte und Personen aus der Wirtschaft und Verwaltung, die als exponierte Faschisten, direkt oder auch nur indirekt als Geldgeber an dem Unglück Österreichs schuldig wurden.*

3. *Reinigung der Betriebe, Ämter und Dienststellen von stark belasteten nazistischen Elementen unter Mitwirkung der Betriebsräte und Vertrauensmänner.*
4. *Kommissarische Leitung privater Industrie- und Wirtschaftsbetriebe, aus denen Naziunternehmer entfernt werden, im Einvernehmen mit den im Betriebe Beschäftigten.*
5. *Unverzügliche, planmäßige Wiederingangsetzung der Industrie und Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.*
6. *Sofortige Wiederinkraftsetzung aller sozialen Gesetze nach dem Stand vom 1. Jänner 1933 und ehestens Novellierung dieser Gesetze im Sinne einer anzustrebenden sozialen Gerechtigkeit.*
7. *Rückkehr zur kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ersetzung der Tarifordnungen durch Kollektivverträge zur Wahrung einer anzustrebenden sozialen Gerechtigkeit.*
8. *Erziehung der Jugend und allgemeine Umschulung zur Qualitätsarbeit.*⁷⁹

Präsident Hans Ciresa konnte rund 500 Personen begrüßen, unter ihnen befanden sich auch Landeshauptmann Ulrich Ilg und als Vertreter der französischen Militärregierung Commandant Delestre.

Als erster Redner ergriff der Sekretär des Gewerkschaftsbundes, Nationalrat Anton Linder das Wort. In seinem Grundsatzreferat ging er auf die Pflichten und Rechte der Betriebsräte ein. Weiters behandelte

*„der Redner das Problem der Reinigung der Betriebe und Ämter von den Nazi-Elementen unter Mitwirkung der Betriebsräte und Vertrauensmänner. Seine Ausführungen schloß der Sekretär mit einer Bitte an die Militärregierung wegen Verminderung der Besatzungstruppen, Lieferung von notwendigen Rohstoffen und Kohlen.“*⁸⁰

In dieser ersten Nachkriegsphase galt es für die Gewerkschafter, die Errungenschaften des früheren österreichischen Sozialrechts wiederherzustellen.

Was während der Weltwirtschaftskrise anfangs der dreißiger Jahre begonnen hatte — die Demontage der sozialen Einrichtungen —, setzte

das autoritäre „Ständestaat“-Regime fort. Der demokratische Inhalt der Arbeitsverfassung, das Betriebsrätegesetz und das Arbeiterkammergesetz sowie das Koalitionsrecht wurden beseitigt. Doch der entscheidende Abbau erfolgte während der NS-Zeit. Durch das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ wurde im Arbeitsvertragsrecht anstelle des Kollektivvertragswesens ein autoritäres staatliches Zwangssystem eingeführt, das Sozialversicherungswesen zu einem Instrument der Arbeitsmarktpolitik und Rüstungsfinanzierung degradiert. Der größte Teil der österreichischen Bestimmungen wurde abgeschafft und reichsdeutsche Rechtsnormen wurden eingeführt.⁸¹ Nun mußte die Sozialpolitik wieder an die große Tradition der Ersten Republik angeknüpft werden. In der Provisorischen Regierung Renner übernahm der Vorsitzende des ÖGB, Johann Böhm, das Staatssekretariat für soziale Verwaltung. Innerhalb kurzer Zeit gelang es, das nationalsozialistische Recht zu überwinden.⁸²

Der Aufbau des ÖGB ging jedoch keineswegs reibungslos vor sich. Trotz intensiver Werbung waren Ende des Jahres 1945 von den rund 22.000 unselbständig Beschäftigten in Vorarlberg nur 3.872 gewerkschaftlich organisiert, davon 1.765 in der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeitergewerkschaft. Diese Teilorganisation war also mit Abstand am stärksten und umfaßte zu diesem Zeitpunkt 45,6 Prozent aller ÖGB-Mitglieder. Sie hatte ihren Sitz in der Textilmetropole des Landes, in Dornbirn.

Die Mitgliederzahlen des ÖGB stiegen im folgenden Jahr rasch an. Am 31. Dezember 1946 hatte der ÖGB bereits 19.279 Mitglieder und erreichte damit einen Organisationsgrad von zirka 50 Prozent. In diesem Jahr wurden auch die Arbeiterkammer⁸³ und die Handelskammer neu gegründet.⁸⁴

Das Landeswirtschaftsamt

Die Unterkunfts- und Ernährungssituation war im Jahre 1945 schlecht, Vorarlberg auf Hilfe von außen angewiesen.⁸⁵ Die Schweizer Nachbarn⁸⁶ und die französischen Behörden zögerten nicht, die leidgeprüfte Bevölkerung mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern zu unterstützen.

Die Nationalsozialisten hatten die Eigenständigkeit Vorarlbergs — und damit altbewährte Wirtschafts- und Verwaltungseinrichtungen — beseitigt. Daraus resultierten beim Wiederaufbau nach Kriegsende besondere Schwierigkeiten. Die NS-Wirtschaftspolitik hatte durch ein kompliziertes System von Dienststellen die Güterverteilung bis ins kleinste Detail geregelt. Auch der neue Landesausschuß konnte nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft angesichts der herrschenden Notlage auf eine zentrale Wirtschaftslenkung nicht verzichten. Er beschloß daher nach der Installierung des Landesernährungsamtes, in dem alle Aufgaben, die die Ernährungswirtschaft betrafen, zusammengefaßt waren, die Schaffung eines Landeswirtschaftsamtes, dem alle Fragen der Wirtschaft des Landes übertragen wurden. Dieses Landeswirtschaftsamt erhielt mit Zustimmung der französischen Militärregierung die Aufgaben und Rechte des ehemaligen Reichswirtschaftsministeriums und aller nachgeordneten Dienststellen sowie die der Wirtschaftsvertretungsorganisationen, also insbesondere der Wirtschaftskammern. Somit waren in Vorarlberg alle Agenden der Wirtschaftslenkung wie auch der Vertretung der Wirtschaftsinteressen auf eine einzige Stelle zusammengezogen.⁸⁷

Der Übergang von der Kriegswirtschaft zur Zivilproduktion war schwierig. Ein Vergleich der Beschäftigungszahlen vom März 1945 mit jenen des August 1945 zeigt die gravierenden Umstellungsschwierigkeiten. Wird für März ein Index von 100 angenommen, so ist ein Rückgang auf 52 Prozent auszumachen. Waren am 31. März 1945 insgesamt 31.137 Beschäftigte registriert (rund 10.000 mehr als im März 1938!), so waren es am 1. August 1945 nur mehr 15.006.⁸⁸ Dieser Beschäftigungsrückgang ließ sich nicht allein mit dem Abzug der Zwangs- und Fremdarbeiter erklären, sondern damit, daß die Zahl der im Arbeitsprozeß stehenden Einheimischen wesentlich geringer war als in den normalen Vorkriegsjahren.⁸⁹

Eine zentrale Rolle im Wirtschaftsleben des Landes kam weiterhin der Textilindustrie zu. Sie wieder in Schwung zu bringen, war auch ein wichtiges Anliegen der Landesstellen. Besonders der Rohstoffmangel hinderte die Firmen daran, ihre Kapazitäten auszuschöpfen. Nun ließen die französischen Besatzungsbehörden Verhandlungen mit der benachbarten Schweiz über die Aufnahme von Lohngeschäften zu.⁹⁰

Befriedigung des Unterhaltungsbedürfnisses: Kino und Theater

Um dem Unterhaltungsbedürfnis der Bevölkerung entgegenzukommen, schaute die französische Militärregierung dazu, daß das Lichtspielwesen bald wieder in Gang kam. Zunächst wurde auf die alten Lagerbestände zurückgegriffen, und es wurden alte österreichische Filmproduktionen gezeigt. Im Dezember kamen französische Originalfilme wie „Katja“, „Die Ehrenlegion“ oder „Eifersucht“ in die heimischen Kinos. Allerdings mußten die Kinoveranstaltungen immer mehr eingeschränkt werden, weil die Kinosäle für andere Zwecke benötigt wurden. Im sozialistischen „Vorarlberger Volkswille“ wurde dazu bemerkt, man dürfe „nicht vergessen, daß das Kino das einzige Vergnügen der breiten Schichten unserer Bevölkerung ist“.⁹¹

Die Gründung der Landesbühne im November setzte auf kulturellem Gebiet ein deutliches Zeichen des Neuanfangs. Am 1. Dezember spielte das Ensemble Karl Schönherr's „Erde“.

Schlußbemerkungen

Für die politische und gesellschaftliche Entwicklung in Vorarlberg lassen sich folgende Leitlinien nach der Beseitigung der NS-Herrschaft ausmachen:

- der parteipolitische „Burgfrieden“ in der unmittelbaren Nachkriegszeit
- die weitgehende personelle Kontinuität zwischen der Christlich-sozialen Partei bzw. der Vaterländischen Front vor dem „Anschluß“ und der ÖVP nach 1945
- die politische Dominanz des konservativen Lagers
- die Integration des sozialdemokratischen Lagers in die Nachkriegsgesellschaft
- eine nur oberflächliche „Entnazifizierung“
- und günstige Rahmenbedingungen für den „Wiederaufbau“.⁹²



Die französischen Truppen im Kleinen Walsertal: oben Besuch des Oberbefehlshabers General Charles de Gaulle; unten eine Einheit der marokkanischen Kolonialtruppen.



Anmerkungen

¹ Version nach Schelling: Festung Vorarlberg, S. 110.

² Siehe Löffler-Bolka: Vorarlberg 1945, S. 180 ff. Ihre Arbeit ist grundlegend für den behandelten Zeitraum.

³ VN, 6.9.1945.

⁴ Auf der 2. Konferenz von Quebec erfolgte am 16. September 1944 die künftige Zoneneinteilung für ein besetztes Deutschland. Für Österreich wurde die Aufteilung in der Korrespondenz zwischen der US-Botschaft in London und dem US Secretary of State am 22. August 1944 vorgenommen. In beiden Fällen war Frankreich als Besatzungsmacht nicht vorgesehen. Erst auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam wurde Frankreich ins Spiel gebracht.

Durch den militärischen Erfolg der französischen Armeen in Südwestdeutschland und in Vorarlberg entstand eine neue Situation. Die Angliederung der eroberten Gebiete in diesem Raum an die im Juli 1945 festgelegten Zonengrenzen erfolgte nach heftigsten politischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und Frankreich.

Nach der Übernahme Tirols von den Amerikanern im Juli 1945 wurde von den Franzosen in Innsbruck eine für die gesamte Zone zuständige Militärbehörde installiert. Von dieser hing auch die Militärregierung in Vorarlberg ab. Vgl. Fitz: Die militärischen Aspekte des Kriegsendes 1945 am Bodensee. S. 6 ff.

⁵ Vgl. Gmeiner (Hg.): Recherche sùr Bregenz. Krieg und Frieden 1945 im Tagebuch der Anni Forster, S. 128 ff.

⁶ Siehe dazu Bischof/ Leidenfrost: Die bevormundete Nation.

⁷ Vgl. dazu die Untersuchung von Schmolz und Weber: Frauengeschichten – Alltagsgeschichten nach 1945.

⁸ Die Anfangszeit der französischen Militärverwaltung hat Klaus Eisterer eingehend erforscht.

⁹ Der in Rieslingen (Kreis Konstanz) 1965 geborene Historiker Jürgen Klöcker arbeitet derzeit an einer Dissertation zu diesem Thema. Sie soll den Titel „Abendland – Alpenland – Alemannien. Frankreich und die Neugliederungsdiskussion in Südwestdeutschland 1945/47“ erhalten und im Herbst 1995 abgeschlossen werden.

¹⁰ Vgl. Wanner: Die österreichische demokratische Widerstandsbewegung, Land Vorarlberg.

- ¹¹ Er wurde nach Kriegsende Obmann der Holz- und Bauarbeitergewerkschaft und erster ÖGB-Landespräsident.
- ¹² Siehe dazu Schelling: Festung Vorarlberg, S. 257 ff.
- ¹³ ORF (Hg.): Ende und Anfang, S. 9 f.
- ¹⁴ Zum Verhältnis Sozialisten-Kommunisten siehe Weber: „Jeder Betrieb eine rote Festung!“, S. 171 f.
- ¹⁵ Zitiert nach Portisch/ Riff: Die Wiedergeburt unseres Staates, S. 455.
- ¹⁶ Zur Situation der Bevölkerung und zur Alltagsgeschichte siehe Gmeiner (Hg.): Recherche sùr Bregenz. Krieg und Frieden 1945 im Tagebuch der Anni Forster.
- ¹⁷ Vgl. Greussing: Schichtwechsel, S. 342.
- ¹⁸ Fitz: Der militärische Aspekt des Kriegsendes, S. 8.
- ¹⁹ Siehe Greussing: Schichtwechsel, S. 343; Weber: „Jeder Betrieb eine rote Festung!“, S. 169.
- ²⁰ GBIB, 7.7.1945.
- ²¹ GBIB, 7.10.1945.
- ²² GBID, 27.5.1945.
- ²³ GBID, 9.12.1945.
- ²⁴ GBID, 27.5.1945.
- ²⁵ „Organisation“, „Presse“, „Wiedergutmachung“, „Säuberung“, „Wirtschaft“ und Sport“. Siehe Organisationsschema von Herbert Stohs in Wanner: Die österreichische Widerstandsbewegung, Land Vorarlberg, S. 79.
- ²⁶ Zitiert nach Wanner: Die österreichische Widerstandsbewegung, Land Vorarlberg, S. 80.
- ²⁷ Ebenda, S. 81.
- ²⁸ Siehe Pichler: Politische Verfolgung der ersten Tage, S. 75 f.
- ²⁹ VN, 12.3.1946. Zu den einzelnen Personen siehe das Register in: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen.
- ³⁰ VW, Nr. 5, 7.1.1946.
- ³¹ Siehe dazu Stiefel: Entnazifizierung in Österreich, S. 81 ff.
- ³² Die komplizierte Materie bedurfte natürlich auch der öffentlichen Erläuterung. Am 12. Februar 1946 hieß es dazu in den „Vorarlberger Nachrichten“: „Nach diesem Gesetz und seinen Durchführungsbestimmungen können Illegale, zu denen auch die als ‚Alte Kämpfer‘ und ‚Altparteigenossen‘ anerkannten Personen zählen, und solche, die die nationalsozialistische Bewegung während der Verbotszeit durch beträchtliche finanzielle Zuwendungen gefördert oder durch Schädigung des österreichischen Wirtschaftslebens für Zwecke dieser Bewegung den Bestand

des selbständigen Staates Österreich zu untergraben unternommen haben, nicht Mitglieder eines Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorganes einer juristischen Person (Vorstand, Verwaltungs- oder Aufsichtsrat u. dergl.) sein. Sie können auch im Wirtschaftsleben nicht in führender Stellung tätig sein und auch kein Gewerbe betreiben, das Verlässlichkeit voraussetzt. Sie haben dieselben gewerberechtlichen Folgen zu tragen, die mit einer Verurteilung wegen Verbrechen verbunden sind.

Illegale, SS-Angehörige und Funktionäre vom Zellenleiter und Gleichgestellten aufwärts sind bei ihrer wirtschaftlichen Betätigung auch insoferne gehindert, als sie ihr unbewegliches Vermögen weder veräußern noch belasten können und auch über ihr bewegliches Vermögen nur im Rahmen der laufenden Verwaltung oder der Fortführung des Haushalts verfügen können. Gegenteilige Verfügungen sind nichtig... Auf dem Gebiete des Steuer- und Abgabenrechtes können gegen diese Leute Sonderbestimmungen erlassen werden und Miet- und Pachtverhältnisse ohne Rücksicht auf bestehende Schutzbestimmungen gekündigt werden.“
VN, 12. 2. 1946.

³³ Eisterer: Französische Besatzungspolitik in Tirol und Vorarlberg, S. 164 ff.

³⁴ Ebd., S. 214.

³⁵ So beim Rodund-Werk der Illwerke oder im Wirtatobel (Langen bei Bregenz).

³⁶ Eisterer: Französische Besatzungspolitik in Tirol und Vorarlberg, S. 215.

³⁷ Ebd., S. 221.

³⁸ Siehe Gespräche in: ORF (Hg.): Ende und Anfang. Erinnerungen an die Maitage 1945.

³⁹ Siehe Ilg: Lebenserinnerungen, S. 49.

⁴⁰ Zum Druck der Alliierten auf die österreichische Politik siehe Knight (Hg.): „Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen“, S. 26 ff.

⁴¹ Die Drei-Parteien-Vereinbarung von ÖVP, SPÖ und KPÖ vom 30. März 1946 hatte den Übergang vom individuellen zum kollektiven Entnazifizierungsverfahren und die Gruppeneinteilung mit zwingenden „Sühnefolgen“ für „Belastete“ und „Minderbelastete“ gebracht. Dazu wurde begonnen, einfache Mitglieder ganzer Organisationen (zum Beispiel des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps und des Nationalsozialistischen Fliegerkorps) von der Registrierung auszunehmen, ein Verfahren, das bei den NS-Gesetzen vom 6. Februar 1947 erweitert wurde.

Zu den Problemen in der Praxis siehe Weber: „Wirtschaftssäuberung“.

- ⁴² Bericht der Landesstelle Vorarlberg des ÖGB, 1946.
- ⁴³ ÖGBBV, 1947, S. 64.
- ⁴⁴ VTZ, Nr. 247, 25.10.1946.
- ⁴⁵ Vgl. Stärk: Geschichte der Dornbirner Realschule, S. 259.
- ⁴⁶ VN, Nr. 33, 9.10.1945.
- ⁴⁷ Vgl. Stärk: Geschichte der Dornbirner Realschule, S. 260.
- ⁴⁸ VN, Nr.9, 11.9.1945.
- ⁴⁹ VN, Nr. 58, 8.11.1945.
- ⁵⁰ VN, Nr. 23, 27.9.1945.
- ⁵¹ Siehe Eisterer: Fraternalisierung 1945.
- ⁵² Vgl. Fitz: Der militärische Aspekt des Kriegsendes, S. 6 f. und Klöcker: Zivilbevölkerung und französische Besatzung, S. 31.
- ⁵³ Fitz: Der militärische Aspekt des Kriegsendes, S. 8.
- ⁵⁴ Ilg, Ulrich: Meine Lebenserinnerungen, S. 50.
- ⁵⁵ Gemeinde Götzis, Sitzungsprotokoll vom 18. Mai 1945.
- ⁵⁶ Fitz: Der militärische Aspekt des Kriegsendes, S. 8.
- ⁵⁷ Vgl. Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Bd. V, S. 195.
- ⁵⁸ VN, 2. Oktober 1945.
- ⁵⁹ VN, Nr. 34, 10.10.1945.
- ⁶⁰ Zu Hans Nägele siehe Bundschuh: Kreist das „Blut der Ahnen?“
- ⁶¹ Als erstes periodisches Blatt erschien das Amtsblatt der Landeshauptstadt Bregenz. Es wurde am 23.4.1946 eingestellt.
- ⁶² Gmeiner bemerkt dazu: „Im Aufruf des Bürgermeisters Kohler hatte damals der zweite Begriff im Schlachtruf der Französischen Revolution auf Jahre hinaus noch keine Bedeutung, nämlich Egalité - Gleichheit.“ Gmeiner (Hg.): Recherche sùr Bregenz, S. 180.
- ⁶³ Präs. 563/1945, Lagebericht an die MR, Juli/August 1945, VLA, Zitiert nach Löffler-Bolka: Vorarlberg 1945, S. 179.
- ⁶⁴ VN, Nummer 1, 1.9.1945.
- ⁶⁵ VV, Nr. 8, 24.11.1945.
- ⁶⁶ Bilgeri: Geschichte Vorarlbergs, Bd. V, S. 197.
- ⁶⁷ Dipl. Ing. Ernst Winsauer (1890-1962) war von 1934 bis 1938 Landeshauptmann gewesen. Vgl. Schwarz: Die Vorarlberger Landeshauptmänner und die Abgeordneten zum Vorarlberger Landtag, S. 141.
- ⁶⁸ VN, 1.10.1945.
- ⁶⁹ Zu diesen Wahlen siehe Leidenfrost: Die Nationalratswahlen 1945 und 1949.
- ⁷⁰ Siehe Greussing: Schichtwechsel – Vorarlberger Arbeiterbewegung im Neuanfang 1945/46, S. 346.

- ⁷¹ VV, Nr. 8, 24.11.1945.
- ⁷² Zur Rolle der Kommunisten siehe Weber: „Jeder Betrieb eine rote Festung!“, S. 172 ff.
- ⁷³ Vgl. Bilgeri: Geschichte Vorarlbergs, Bd. V, S. 199.
- ⁷⁴ XVI. Vorarlberger Landtag 1945/46, Stenographischer Bericht, S. 1.
- ⁷⁵ Er übte diese Funktion bis 1964 aus.
- ⁷⁶ Zu Anton Linder siehe Bundschuh: Anton Linder im Schweizer Exil * (1934-1945).
- ⁷⁷ ÖGBBV, 1946, S. 7.
- ⁷⁸ Vgl. Wanner: Die Geschichte der Vorarlberger Kammer für Arbeiter und Angestellte 1946-1985, S. 56.
- ⁷⁹ ÖGBBV, 1945, S. 8 f.
- ⁸⁰ VW, Nr. 22, 11.12.1945.
- ⁸¹ Vgl. Walsler: Bombengeschäfte, S. 219 ff.
- ⁸² Siehe Klenner: Hundert Jahre österreichische Gewerkschaftsbewegung, S. 205 ff.
- ⁸³ Siehe dazu Wanner: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg 1946–1985, S. 13 ff.
- ⁸⁴ Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Vorarlberg (Hg.): 100 Jahre Handelskammer und gewerbliche Wirtschaft in Vorarlberg. Feldkirch 1952, S.27.
- ⁸⁵ Siehe dazu Längle: Die Ernährungslage in Vorarlberg im Jahre 1945 und Liener: Die wirtschaftliche Entwicklung Vorarlbergs zwischen 1945 und 1955.
- ⁸⁶ Zur Schweizer Hilfe im Jahre 1945 siehe Küng: Rheingrenze 1945.
- ⁸⁷ VWuSS 1945, S. 97.
- ⁸⁸ Ebd., S. 6 f.
- ⁸⁹ Ebd., S. 9.
- ⁹⁰ Vgl. dazu Küng: Rheingrenze 1945, S. 133 ff.
- ⁹¹ VW, Nr. 5, 7.1.1946.
- ⁹² Vgl. Barnay: Die Erfindung des Vorarlbergers, S. 440 ff.

Abkürzungen

BDM	Bund Deutscher Mädel
DMG	Dokumentensammlung der Johann-August-Malin-Gesellschaft, Bregenz
GBID	Gemeindeblatt Dornbirn
HJ	Hitlerjugend
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
MR	Militärregierung
MAF	Militärarchiv Freiburg
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVT	Neue Vorarlberger Tageszeitung
NSKF	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
ÖDW	Österreichische demokratische Widerstandsbewegung
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
ÖGBBV	Österreichischer Gewerkschaftsbund, Bericht Vorarlberg
ÖVP	Österreichische Volkspartei
ORF	Österreichischer Rundfunk
ÖStA-AdR	Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik
SA	Sturmabteilung
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
SS	Schutzstaffel
VdU	Verband der Unabhängigen
VLA	Vorarlberger Landesarchiv
VN	Vorarlberger Nachrichten
VT	Vorarlberger Tagblatt
VTZ	Vorarlberger Tageszeitung
VV	Vorarlberger Volksblatt
VW	Vorarlberger Wacht
VWuSS	Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik

Literatur

- Albrich, Thomas / Gisinger, Arno: Im Bombenkrieg. Tirol und Vorarlberg 1943-1945. Innsbruck 1992.
- Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers. Ethnizitätsbildung und Landesbewußtsein im 19. und 20. Jahrhundert (=Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs Bd. 3). Bregenz 1988.
- Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs. Bd. V. Kanton oder Bundesland. Untergang und Wiederkehr. Wien-Köln-Graz 1987.
- Bischof, Günter / Leidenfrost, Josef: Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949 (=Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 4) Innsbruck 1988.
- Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im „Dritten Reich“. Düsseldorf 1987.
- Boberach, Heinz: Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, Bd. 17, Herrsching 1984.
- Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. München 1969.
- Bundschuh, Werner: Kreist das „Blut“ der Ahnen?“. Zum Bild der Dornbirner Unternehmer im Werk von Hans Nägele. In: Bundschuh, Werner / Walser, Harald (Hg.): Dornbirner Stadt-Geschichten. Dornbirn 1987, S. 29-82.
- Bundschuh, Werner: Anton Linder im Schweizer Exil (1934 bis 1945). In: Montfort, 43. Jg. 1991, Heft 4, S. 311-325.
- Christen, Hans: Wie Colmar 1945 befreit wurde. In: Neue Zürcher Zeitung 14.2.1995.
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Österreicher und der Zweite Weltkrieg. Wien 1989.
- Eisterer, Klaus: Französische Besatzungspolitik. Tirol und Vorarlberg 1945/46. (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 9). Innsbruck 1991.
- Eisterer, Klaus: Fraternalisierung 1945 (= Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde Nr. XIV), Mai 1993, S. 21-34.
- Fitz, Erwin: Der militärische Aspekt des Kriegsendes 1945 am Bodensee. In: Rohrschacher Neujahrsblatt 1995, 85. Jg., S. 1-12.

- Frei, Erwin: Der militärische Aspekt des Kriegsendes 1945 am Bodensee. In: Rorschacher Neujaahrsblatt 1995, 85. Jg., S. 1–12.
- Fritsch, Sybille: Die Situation des professionellen Theaters der Nachkriegszeit in Vorarlberg mit besonderer Berücksichtigung der Bregenzer Festspiele (1945-1974), Phil. Diss. Wien 1975.
- Geyer, Michael: Deutsche Rüstungspolitik 1860-1980. Frankfurt am Main 1984.
- Gmeiner, Emmerich (Hg.): Recherche sur Bregenz. Krieg und Frieden 1945 im Tagebuch der Anni Forster. Bregenz 1995.
- Greber, Gebhard: Die Südtiroler Umsiedler in Vorarlberg. In: Montfort, 31. Jg., Heft 4, 1979, S. 259-294.
- Greussing, Kurt: Schichtwechsel - Vorarlberger Arbeiterbewegung im Neuanfang. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 341-357.
- Hanisch, Ernst: Österreichische Geschichte. 1890-1990. Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien 1994
- Ilg, Ulrich: Meine Lebenserinnerungen. Dornbirn 1985.
- Hetzer, Gerhard: Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition. In: Broszat, Martin u. a. (Hg.): Bayern in der NS-Zeit III. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Teil B. München, Wien 1981, S. 1-234.
- Huebmer, Hans: Vorarlberg und seine Energiewirtschaft. In: Montfort, Heft 1/1973, S. 7-21.
- Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Bregenz 1985.
- Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Vorarlberg (Hg.): 100 Jahre Handelskammer und gewerbliche Wirtschaft in Vorarlberg. Feldkirch 1952.
- Klenner, Fritz: Hundert Jahre österreichische Gewerkschaftsbewegung. Entstehung und Entwicklung. Wien 1981.
- Klößler, Jürgen: Zivilbevölkerung und französische Besatzung am Bodensee im Jahr 1945. In: Rorschacher Neujaahrsblatt 1995, 85. Jg., S. 31–35.

- Küng, Heribert: Rheingrenze 1945. St. Gallen, Liechtenstein und Vorarlberg am Ende des Zweiten Weltkrieges. Buchs 1989.
- Längle, Julius: Die Ernährungslage in Vorarlberg im Jahre 1945. In: Wanner, Gerhard (Hg.): 1945. Ende und Anfang. Informationsbuch Nr. 2. Lochau (1986), S. 99-102.
- Landeswirtschaftsamt Bregenz, Abteilung Statistik (Hg.): Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik, 1. Jahrgang 1945.
- Leidenfrost, Josef: Die Nationalratswahlen 1945 und 1949: Innenpolitik zwischen den Besatzungsmächten. In: Bischof, Günter/Leidenfrost, Josef: Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949 (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 4). Innsbruck 1988. S. 127-153.
- Liener, Hannes: Die wirtschaftliche Entwicklung Vorarlbergs zwischen 1945 und 1955. In: Wanner, Gerhard (Hg.): 1945. Ende und Anfang. Informationsbuch Nr. 2. Lochau (1986), S. 89-94.
- Löffler-Bolka, Dietlinde: Vorarlberg 1945. Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Vorarlberg 1945. Bregenz 1975.
- Minott, Rodney: Top Secret - Hitlers Alpenfestung. Tatsachenbericht über einen Mythos. Reinbek 1967.
- Moser, Arnulf: Die Grenze im Krieg. Austauschaktionen für Kriegsgefangene und Internierte am Bodensee 1944/45. Konstanz 1985.
- Österreichische Kraftwerke in Einzeldarstellungen. Hg. vom Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe. Folge 27. Kraftwerk Rodund. Wien 1956.
- Österreichischer Rundfunk (Hg.): Ende und Anfang. Erinnerungen an die Maitage 1945. Niederschrift von Radiointerviews, die 1965 für eine Hörfunk-Dokumentation über die Bildung einer provisorischen Landesregierung im Mai 1945 aufgenommen worden sind. Dornbirn 1985.
- Persico, Joseph E.: Geheime Reichssache. Der Kampf der CIA gegen die deutsche Abwehr. Wien 1980.
- Pichler, Meinrad: Politische Verfolgungen der ersten Tage/Widerstandsgruppen. In: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Bregenz 1985, S. 71-84/85-102.

- Pirker, Paul: Citadelle Bregenz. Bregenz 1946.
- Portisch, Hugo / Riff, Sepp: Österreich II. Die Wiedergeburt unseres Staates. Wien 1985.
- Rauchensteiner, Manfred: Krieg in Österreich 1945. Wien 1970.
- Rupp, Willi: Vor 40 Jahren endete die Naziherrschaft. Befreiung Vorarlbergs begann im Leiblachtal. In: VN 12.5.1985.
- Schausberger, Norbert: Rüstung in Österreich 1938-1945. Eine Studie über die Wechselbeziehung von Wirtschaft, Politik und Kriegsführung. Wien 1970.
- Schelling, Georg: Festung Vorarlberg. Ein Bericht über das Kriegsgeschehen 1945 in Vorarlberg. Ergänzt und mit Register versehen von Meinrad Pichler. Bregenz (1987).
- Schmoll, Astrid: Dornbirner Frauen und ihre Alltagsgeschichten in der Nachkriegszeit. (=Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde Nr. XIV). Mai 1993, S. 3-19.
- Schmoll, Astrid / Weber, Wolfgang: Frauengeschichten - Alltagsgeschichten nach 1945. In: Weber, Wolfgang (Hg.): Spurensuche. Neue Methoden in der Geschichtswissenschaft. Regensburg 1993, S. 32-33.
- Schwarz, Reinhold: Die Vorarlberger Landeshauptmänner und die Abgeordneten zum Vorarlberger Landtag. In: Land Vorarlberg (Hg.): Landstände und Landtag in Vorarlberg. Geschichtlicher Rückblick aus Anlaß der Wiedererrichtung einer Volksvertretung vor hundert Jahren (1861-1961). Bregenz 1961.
- Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, I. Jahrgang, Neue Folge.
- Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol-Vorarlberg. 4. Jahrgang, Zusammengestellt vom Statistischen Amt für die Alpen- und Donaureichsgaue. Wien 1944.
- Stärk, Wilhelm: Geschichte der Dornbirner Realschule. Bregenz 1991.
- Stiefel, Dieter: Entnazifizierung in Österreich. Wien 1981.
- Tschabrun, Alois: Widerstand und Nazi-Orden. Dornbirn 1986.
- Vorarlberger gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m.b.H. (Hg.): Geschäftsbericht 1940.
- Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft. Das Unternehmen stellt sich vor. O. O. (Bregenz) o. J. (1974).

- Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft (Hg.): Strom aus Vorarlberg. 50 Jahre Vorarlberger Illwerke 1924-1974. Bregenz o. J. (1974).
- Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft. Zusammenfassender Gesamtbericht. O.O. o. J.
- Walser Harald: Die Hintermänner. Vorarlberger Industrielle und die NSDAP 1933-1938. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 96-106.
- Walser, Harald: „... nicht die Letzten?“ Der „Fall Beer“ und die Vorarlberger Kulturpolitik. In: Allmende. Eine alemannische Zeitschrift. Heft 9. Sigmaringen 1984, S. 169-174.
- Walser, Harald: „Der Engel von Auschwitz.“ Zum Wirken der Krankenschwester Maria Stromberger. In: Montfort 1988, S. 70-77.
- Walser, Harald: Bombengeschäfte. Vorarlbergs Wirtschaft in der NS-Zeit. Bregenz 1989.
- Walser, Harald: Für Ethik, Sitte und Moral. Kleiner kulturgeschichtlicher Streifzug durch Vorarlberg. In: Vorarlberger Landesmuseum (Hg.): Max Haller (Ausstellungskatalog). Bregenz 1992, S. 59-66.
- Wanner, Gerhard: Die Geschichte der Vorarlberger Kammer für Arbeiter und Angestellte 1946-1985. Feldkirch (1985).
- Wanner, Gerhard: Die österreichische demokratische Widerstandsbewegung, Land Vorarlberg. In: Wanner, Gerhard (Hg.): 1945. Ende und Anfang. Informationsbuch Nr. 2. Lochau (1986), S. 69-88.
- Weber, Jürgen und Wolfgang: „Jeder Betrieb eine rote Festung!“ Die KPÖ in Vorarlberg 1920-1956 (= Schriftenreihe der Rheticus-Gesellschaft 32). Feldkirch 1994.
- Weber, Wolfgang: „Wirtschaftssäuberung“: Eine quantifizierende Untersuchung zur Geschichte der Entnazifizierung im Bezirk Feldkirch 1945-1947. In: Vorarlberger Oberland, Heft 1, 1991, S. 5-16.
- Zensur in Vorarlberg. Eine Dokumentation der Sozialistischen Fraktion des Vorarlberger Landtages. Bregenz o. J. (1983).



Abbildungsnachweis

- S. 2, 24, 31, 34, 35, 45, 49, 55, 94: DMG
S. 12: DÖW
S. 15 u.: Bernhard Wilfing, Bregenz
S. 15 o., 27, 36, 107: Peter Meusbürger, Mittelberg
S. 27, 61, 70, 84: Stadtarchiv Dornbirn
S. 38: Stadtarchiv Bregenz
S. 43: Vorarlberger Illwerke: Strom aus Vorarlberg, S. 35
S. 49: Vorarlberger Landesregierung (Hg.): Vorarlberg unser Land,
S. 150
S. 54: N. Beer: Der brennende Rosenbusch, Stocker Verlag
S. 61, 99 o.: Schelling: Festung Vorarlberg, S. 258
S. 67: Gmeiner: Recherche sur Bregenz, S. 109
S. 83, 99 u.: Löffler: Vorarlberg 1945, S. 139
S. 84: Dornbirner Kriegsopferbuch

Meinrad Pichler: Am Ende eines Irrwegs

Harald Walser: Vorarlbergs Startbedingungen in die
Zweite Republik

Werner Bundschuh: Das befreite Land —
Die „Besatzungszeit“

ISBN 3-900754-16-0

VORARLBERGER AUTOREN GESELLSCHAFT